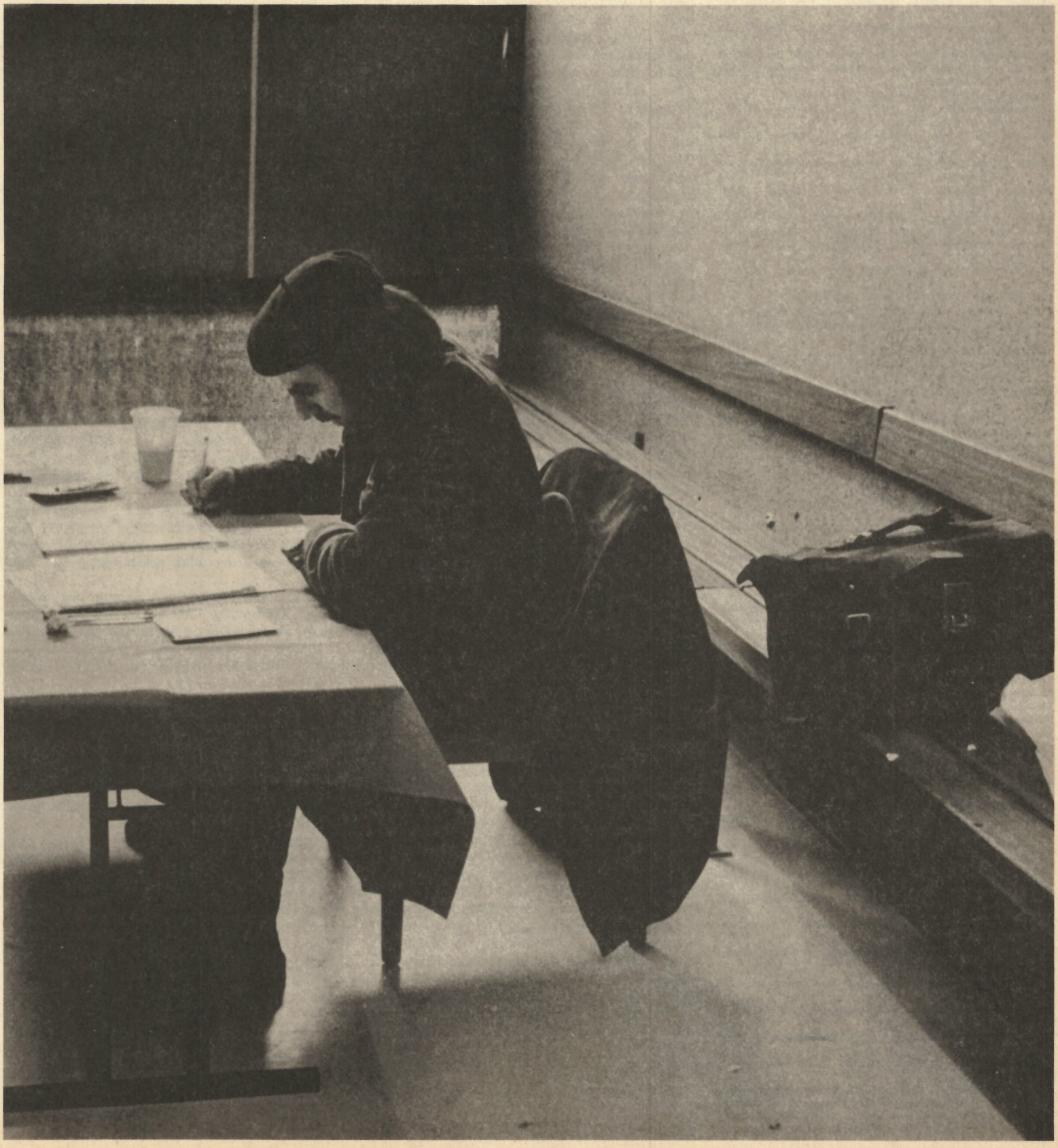
D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 119
Februar '80 DM 2,–
12. Jahrgang



links

Lokale Gruppen und Kontaktadressen des SB

Aachen: SB-Gruppe, c/o Adalbert Evers, Elsaßstr. 55 a, 5100 Aachen
Augsburg: Arbeitskreis SB, Vorderer Lech 45, 8900 Augsburg
Bad Schussenried: SB-Initiativgruppe, c/o Angela Kresinsky, 7951 Ingoldingen-Hinterweiler
Bamberg: SB Bamberg c/o Buchladen Colibri, Kapuzinerstr. 30, 8600 Bamberg, Tel. 0951/28825
Berlin: SB-Berlin, c/o Lehrerzentrum, Hermannstr. 225 II, Hof, 1000 Berlin 44, Tel. 030/6236096
Bielefeld: SB-Bielefeld, c/o Buchladen Eulenspiegel, Niederwall 46, 4800 Bielefeld 1, Tel. 0521/175049
Bochum: Dieter Schweitzer, Hustadtring 41, 4630 Bochum, Tel. 0234/701656
Bonn: Hans-Hermann Nieters, Moselweg 38, 5300 Bonn 1, Tel. 02221/235602
Braunschweig: Angela Praetorius, Getrudenstr. 3, 3300 Braunschweig
Bremen: Arbeitsgruppe SB, Gruppe Bremen, Hollerallee 53, 2800 Bremen, Tel. 0421/347318
Darmstadt: Barbara Mayer, Herderstr. 7, 61 Darmstadt
Delmenhorst: Arbeitskreis SB, c/o Kinny, Bürgerkampweg 36, 2870 Delmenhorst, Tel. 04221/51426
Dortmund: SB-Gruppe, c/o Bücherstube, Gr. Heimstr. 62, 4600 Dortmund 1, Tel. 0231/103306
Duisburg/Mülheim: SB-AG, c/o Wohngemeinschaft Düsseldorferstr. 128, 4330 Mülheim, Tel. 0208/481229
Elmshorn: SB-Initiative, c/o Plata-Hauschild, Holzweg 43, 2200 Elmshorn, Tel. 04121/74729
Erlangen: Sozialistisches Zentrum, Hindenburgstr. 17, 8520 Erlangen
Essen: Werner Hoffmann, Twingenbergplatz 7, 4300 Essen 1
Esslingen: SB Esslingen, c/o Bert Heim, Berlinerstr. 12, 73 Esslingen, Tel. 0711/3512327
Frankfurt: SB Frankfurt, Kl. Hochstr. 5, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/285281
Freiburg: Roland Baum, Moltkestr. 32, 7800 Freiburg
Fulda: SB-Gruppe, c/o Otto Hotzel, Postfach 1542, 6400 Fulda 1
Gelsenkirchen: Willi Scherer, Overwegstr. 16, 4650 Gelsenkirchen, Tel. 02322/23806
Gießen: Kurt Walker, Alicenstr. 26, 6300 Gießen
Göttingen: Karl-Heinz Fränk, Albrecht Thaer Weg 8, 3400 Göttingen, Tel. 0551/36416
Hamburg: ISZ Hamburg, Altonaerstr. 28, 2000 Hamburg 6, Tel. 040/433289
Hannover: SB Hannover, c/o Offizin Druckerei, Stiftstr. 11, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/17622
Heidelberg: ISZ, c/o Lehrerzentrum, Sophienstr. 7 a, 6900 Heidelberg, Tel. 06221/29775
Hildesheim: Ulrich Räbiger, Orleansstr. 4, 32 Hildesheim
Hunsrück/Pfalz: Willi Michel, Wolfsangel 42, 6750 Kaiserslautern
Karlsruhe: Manfred Rzepka, 7517 Waldbronn-Reichenbach, Schwarzwald-Apotheke
Kassel: Ulrich Restat, Kirchweg 68, 3500 Kassel, Tel. 0561/18629
Kiel: SB Kiel, Königsweg 29, 2300 Kiel, Tel. 0431/16341
Köln: Sozialistisches Büro c/o Dieter Asselhoven, Postfach 100191, 5000 Köln 1, Tel. 0221/244450
Konstanz: Birgit Arnold, In der Abtswiese 22, 7752 Reichenau, Tel. 07534/7133
Lübeck: Initiativgruppe SB, c/o Bernd Möller, Krempelsdorfer Allee 57, 2400 Lübeck
Mannheim: Gudrun Libnau, Birkenweg 6, 6803 Neckarhausen
Marburg: Dieter Höhne, An der Schanze 7, 3550 Marburg 1, Tel. 06421/42334
München: SZ München, Heßstr. 80, 8000 München 40, Tel. 089/524996
Münster: SB Münster, c/o Jürgen Rose, Mecklenbeckerstr. 449, 4400 Münster
Nürnberg/Nordbayern: SB Nürnberg/Sozialistisches Zentrum, Dallinger Str. 16, 8500 Nürnberg
Osnabrück: Sozialistisches Büro Osnabrück, 4500 Osnabrück, c/o Autonomie-Buchladen, Martinstr. 101, 45 Osnabrück
Reutlingen: Eberhard Wolz, Im Wengle 4 I, 7411 Reutlingen-Betzingen
Saarbrücken: Werner Schmitt, Blumenstr. 24, 6600 Saarbrücken
Siegerland: Buchhandlung Bücherkiste, Weidenauerstr. 224, 5900 Siegen 21, Tel. 0271/45135
Schweinfurt/Unterfranken: Buchladen am Fischerrain, Am Fischerrain 32, 8720 Schweinfurt, Tel. 09721/22763
Schwetzingen/Oftersheim/Plankstadt: Hilmar Hoppe, Richard Wagner Str. 5, 6830 Schwetzingen, Tel. 06202/5334
Stuttgart/Ludwigsburg: Sozialistisches Regionalbüro, Neckarstr. 178, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/264345
Tübingen: Sozialistisches Zentrum, Münzgasse 13, 1. Stock, 7400 Tübingen
Ulm: Klaus Grössler, Unterer Hasenkopfweg 27, 7900 Ulm, Tel. 0731/52940
Wiesbaden/Mainz: Wolf-Günter Gerlach, Gneisenaustr. 15, 6200 Wiesbaden
Wolfsburg/Gifhorn: Otto Schütte, Reislingerstr. 12, 3180 Wolfsburg 1, Tel. 05361/52392
Würzburg: SB-Gruppe, Leutfresserweg 11, 8700 Würzburg, Tel. 0931/77223
Wuppertal: Harald Jakobeit, Liegnitzerstr. 51, 5600 Wuppertal 2, Tel. 0202/644312

Soweit Interessenten in Orten wohnen, die hier nicht angegeben sind, wenden sie sich bitte an die Kontaktadresse der am nächsten gelegenen lokalen Gruppe oder auch an das Sozialistisches Büro, Ludwigstr. 33 I, Postfach 591, 6050 Offenbach 4, Tel. 0611/82006.

Sowjetunion — USA und Afghanistan

Die Sowjetunion ist in uralte Zeiten und Methoden zurückgekehrt – nach außen wie nach innen. In den letzten sechzig Jahren hat die Sowjetunion für die Emanzipation der Länder der Dritten Welt durchaus eine progressive Rolle gespielt: es ist merkwürdig, daß Fidel Castro diese Rolle gerade in dem historischen Augenblick definierte, als die Sowjetunion dabei war, sie aufzugeben. In ihrer Analyse haben die Chinesen mit der These des Sozialimperialismus keine sehr originelle Kritik geliefert; aber sie haben eine Konfliktserfahrung formuliert: die imperialen Großmachtinteressen einer konsolidierten UdSSR gegen den Emanzipationsanspruch eines Landes der Dritten Welt, wie es die Volksrepublik China nun einmal darstellt. Daß die Kritik am real existierenden Sozialismus, d.h. an einer nichtkapitalistischen Produktionslogik ohne republikanische Freiheiten nach innen und einer Wiederkehr altimperialer Interessenpolitik nach außen, auf die VR China erweitert werden muß, dafür haben spätestens die vietnamesischen Lehrstunden und die anhaltende Verfolgung von Dissidentengruppen, die nur ihr verfassungsmäßiges Recht auf das Anschlagen von Wandzeitungen ausüben, genügend Anlaß gegeben.

Die begriffslose Anpassung der Pekinger Führung an die westlichen, sprich US-Interessen in weltpolitischem Rahmen paßt ebenso in diese Logik wie das skrupellose Durchsetzen der sowjetischen Interessen gegenüber Afghanistan. Allerdings ist die Spekulation, daß die Sowjetunion in Afghanistan ihr Vietnam erleben würde, äußerst leichtfertig. Letztlich politisch entscheidend wird sein, daß außer der Anwesenheit sowjetischer Truppen kein vereinigendes Moment zwischen den verschiedenen Guerillagruppen existiert. Ohne eine sozialrevolutionäre Massenmobilisierung werden die Sowjets schwer zu vertreiben sein und die Sowjetunion hat noch einige politischen Trümpfe in der Hand, z.B. ein freies Belutschistan oder andere Separatbewegungen zu unterstützen. Auch bleibt die Sowjetunion gegenüber einer patriotischen Alternative kompromißfähig, wenn sich ihre Marionette nicht halten läßt.

Seit Stalins Zeiten hat die Sowjetunion eine weltpolitisch defensive Strategie beibehalten; d.h. Unterstützung sozialrevolutionärer Bewegungen in Asien und Afrika, wenn dadurch imperialistische Herrschaftsinteressen gefährdet werden, und Stabilisierung der eigenen Grenzen durch die Bildung von cordons sanitaires. Die bittere Erfahrung, daß die Sowjetunion zunächst schutzlos den Einfall der Hitlertruppen hinnehmen mußte, hat ihr Sicherheitsdenken nur verstärkt. Der Kalte Krieg, vor allem die Politik von John Foster Dulles war gekennzeichnet durch die amerikanische Offensivstrategie der "Eindämmung", die durch Destabilisierung der an die sowjetischen Grenzen anschließenden Nachbarländer potentiell mit der Gefahr von Konterrevolutionen drohte. Diese Politik der USA ist gescheitert, Entspannung in Europa war die denkbare Alternative, die aber mehr im europäischen, besonders deutschen Interesse liegt als im amerikanischen.

Selbst in Afghanistan handelte die Sowjetunion in der Logik ihrer Sicherheitspolitik. Die Entwicklung der Länder an ihrer Südgrenze ist für sie ungewiß. Das Verhalten der USA unkalkulierbar, die in der Dritten Welt immer auf die falschen Pferde setzen (s. dazu Bakhtiar) und anschließend ihren Mißerfolg durch Säbelrasseln kompensieren müssen. Dieses amerikanische Schwanken zwischen Hilflosigkeit und Aggression stärkt, wenn das Pendel wie zur Zeit nach rechts ausschlägt, in der Sowjetunion die militärischen Sicherheitsfanatiker nach außen und die geheimpolizeilichen nach innen.

Daß die Sowjetunion an der Konsolidierung absoluten Vorrang einräumt, hat auch die Deportation Sacharows gezeigt – eine Willkürmaßnahme, die nicht durch die Tatsache besser wird, daß er vor dreißig Jahren noch als Konterrevolutionär erschossen worden wäre. Auch diese Maßnahmen erinnern an die pedantische bürokratische Repression des Zarismus, dessen Diktatur eben wesentlich milder war als der stalinistische Terror.

Der strafversetzte Panzergeneral Bastian hat in seiner Lagebeurteilung völlig recht, wenn er den "Nachrüstungsbeschluß" der NATO als Bedrohung der Sowjetunion interpretiert – ebenso bedeutsam, wie Kennedy die Stationierung der Mittelstreckenraketen auf Kuba als lebensbedrohlich für die Interessen der USA angesehen hat. In der Kubakrise steckte noch Großmachtlogik, während die Politik Carters ein verbalradikaler Wahnsinn eines Südstaatenprovinzlers ist, der den nahtlosen Übergang von der Entspannung zum Heißen Krieg provozieren kann.

An allen Krisenpunkten war er, Jimmy Carter, der Hauptbeteiligte. Es war seine abenteuerliche Iran-Politik, daß er versuchte den Schah gegen den Willen einer ganzen Nation zu halten. Und es war seine Blauäugigkeit, auf Bitten der alten Schahkumpel Rockefeller und Kissinger den Massenmörder einreisen zu lassen. Dann der unsägliche "Nachrüstungsbeschluß": Das Absurde seines Muskelspiels war nicht nur die Gefährdung eines zehnjährigen Entspannungsprozesses; sondern er hat auch die Europäer so unter Zugzwang gesetzt, daß vor allem die Deutschen diesen Beschluß **gegen ihre eigenen vitalen Interessen** unterstützt haben, denn die Stationierung des Raketenpotentials auf deutschem Territorium macht Westdeutschland wieder bei einer Kriegsgefahr zum Kampfplatz Nr. 1!

Durch Carters Profilierungssucht im Wahljahr wird die Kriegsgefahr nicht geringer. Jugoslawien wird jetzt schon für den Fall von Titos Tod zum Ausgangspunkt des Dritten Weltkriegs hochstilisiert. Angenommen, es sickern tatsächlich antikommunistische und chauvinistische Kampftruppen nach Jugoslawien ein, die jugoslawische Armee könnte sich nicht durchsetzen, dann muß doch die sowjetische Armee eingreifen! Was die Gefahr eines Atomschlags heraufbeschwört, wenn Carter so weitermacht. Und jetzt auch noch diese knallhart imperialistische Carter-Doktrin! Der persische (arabische) Golf als amerikanisches Interessengebiet, welch ein Wahnwitz! Alle reaktionären arabischen Regimes stehen auf wackligen Füßen, die USA muß sie jetzt alle stützen und würde ihren Sturz doch nicht verhindern (s. Iran) können. Wie kopflos Carter handelt, zeigt schon die Vorbereitung des Olympiaboykotts. Carter hat Südafrika um Unterstützung gebeten – Südafrika, das seit zwanzig Jahren wegen der Apartheid an Olympia nicht teilnehmen darf. Wir scheinen es mit einem Lübke der Weltpolitik zu tun zu haben.

DETLEV CLAUSSEN

Titelfoto: Abisag Tüllmann

Zum Tode Rudi Dutschkes

Seite 20

Strauß – Grüne und Wahlen

Seite 10

In dieser Nummer setzen wir die Diskussion über Strauß, Grüne und Linke fort. Joachim Hirsch versucht in seinem Beitrag die realen politischen Möglichkeiten eines künftigen Kanzlers Strauß zu diskutieren. Dany Diner und Winfried Thaa versuchen, die strategische Diskussion fortzusetzen. Wir dokumentieren darüber hinaus in zahlreichen Zuschriften die Diskussion unserer Leser.

Die Krise in Afghanistan

Seite 28

Die Sowjetunion versucht ihren Einmarsch in Afghanistan mit ausländischer Einmischung und bevorstehender imperialistischer Invasion zu begründen. Sie bemäntelt damit aber nur das Versagen der afghanischen Kommunisten in den letzten Jahren, in denen sie der Bevölkerung eine "Modernisierung" aufzuzwingen versuchten. Der Ethnologe Christian Sigrist stellt dieses Versagen dar.

Apokalypse – damals – Apocalypse – now

Seite 25

Coppolas Film ist nicht nur von den Drehbedingungen her ein Wagnis, sondern auch durch seine Thematik. Es handelt sich um den Versuch, in Szenen die rasche Aktualisierbarkeit latenter faschistischer Disposition in der "zweiten Natur" des westlich sozialisierten Mannes zu zeigen – bei den "Filmhelden" wie beim Zuschauer.

Inhaltsverzeichnis

Kurzberichte/
Kommentare 4

u.a. Göttinger Klinikum

12 Jahre Manufaktur

Die Grünschnäbel
in Frankfurt

Diskussion:

Dany Diner:
Falsches Gegeneinander 8

Joachim Hirsch:
Chance für Strauß? 10

Winfried Thaa:
Es geht um mehr 13

Zuschriften
an die "links" 16

Detlev Claussen:
Zum Tode Rudi Dutschkes 20

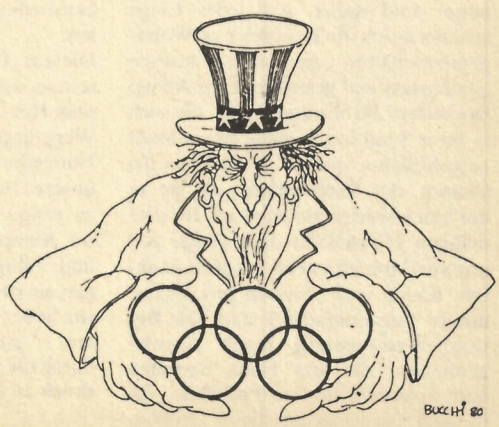
Angelo Bolaffi:
Utopie und neue Theorie
der Macht 22

Jürgen Fischer:
Die Heroldisierung
der Justiz 23

Robert Detobel:
Apokalypse damals –
Apocalypse now 25

Christian Sigrist:
Afghanistan 28

Bruno Schoch:
KPF 30



Zur Situation im besetzten Göttinger Klinikum

Im Oktober 1979, anschließend an eine Uni-Vollversammlung, besetzten rund 60 Menschen Teile des alten Klinikums in Göttingen. Mittlerweile wohnen rund 100 Leute in den Gebäuden. Seit einiger Zeit schon leerstehend, dienten diese wie andere Häuser einer Art universitätsinternen Spekulation. Sie waren freigehalten für Aus- und Umbaupläne der Verwaltung; die Pläne selbst sind diffus, die Realisierungsabsichten undurchsichtig, geprägt vom langem Arbeiten der Behörden.

Angesichts der gravierenden Wohnungsnot in Göttingen, besonders für Studenten (nur 13% kommen in Studentenheimen unter, es gibt ewig lange Wartelisten), haben sich die jetzigen "Mieter" zur Besetzung entschlossen. Sie wollen damit zugleich gegen den flotten räumlichen und personellen Ausbau der Universität protestieren, der das Problem der Bereitstellung von Wohnraum – für Studenten wie Bedienstete – mit penetranter Regelmäßigkeit außer Acht läßt.

Die Bewohner, von der Bevölkerung mit Spenden wohlwollend unterstützt, organisieren das Leben im Klinikum selbstverwaltet; sie schreiben: "Von den zumeist jungen Leuten hier sind der überwiegende Teil Studenten, aber auch Schüler, Lehrlinge und Arbeiter sind dabei. Auf jeder Etage schließen sich die Bewohner zu Wohngemeinschaften zusammen, kochen gemeinsam und gestalten ihren Alltag. Besonders für Erstsemester, die sich in ihrer Situation in einer neuen Stadt zurechtfinden müssen, besteht so die Chance, der Vereinzelung, die sie an der Uni erwartet, zu entgehen. Im ehemaligen Hörsaal, in dem einige von uns vor Monaten noch Medizin paukten, finden jetzt zweimal pro Woche unsere Versammlungen statt. Die Bewohnerversammlung regelt Angelegenheiten, die das Haus betreffen und diskutiert interne Probleme, die in einer Gemeinschaft dieser Größenordnung oft genug entstehen.

Und was sicher den größten Teil der Arbeit ausmacht: Rund um die Uhr müssen die Gebäude bewacht werden, um ungebetene "Gäste" fernzuhalten: Von irgendwelchen Herren der Univerwaltung über Zivilpolizisten, die schon mal ins Haus eingedrungen sind bis hin zu einem Großaufgebot der Polizei. Auch Dinge wie die versuchte Brandstiftung am Anfang der Besetzung,. die zu einem Feuerwehreinsatz mitten in der Nacht führte, sind Gefahren, mit denen wir rechnen müssen.

Die Vollversammlung, an der jeder teilnehmen kann, der bei der Besetzung aktiv ist, entscheidet über weiteres Vorgehen, Erweiterungen der bewohnten Teile, Aktionen wie Demos usw. Vorsitzende oder ähnliches gibt es bei uns nicht, jeder hat gleichviel zu sagen, jeder stimmt ab."

In einem Brief an den Uni-Präsidenten betonen die Besetzer ihre Verhandlungsbereitschaft, um ordentliche Mietverträge zu erhalten: "Wir versuchen seit einem viertel Jahr mit den für die Gebäude zuständigen Stellen, der Universitätsleitung der Universität Göttingen – mit Ihnen Herr Professor Kamp –, in Gespräche zu treten, die eine Normalisierung unserer Wohn- und damit auch unserer Lebensbedingungen herbeiführen sollen.

Diesem Dialog wurde aber bis jetzt seitens der genannten Stellen – Ihrerseits Herr Professor Kamp – aus dem Wege gegangen.

Nunmehr haben wir uns entschlossen, unsere Bereitschaft in einem Dialog zu treten – mit Ihnen Herr Professor Kamp – und unsere Bereitschaft und Fähigkeit, unseren Verpflichtungen als ordnungsgemäße Mieter – die wir lieber heute als morgend sein wollen – nachzukommen, einmal mehr durch die Zahlung der Miete zum Ausdruck zu bringen."

J.S.

12 Jahre Manufaktur

Politische Kultur in Deutschland, dazu in der Provinz und mit einer Tradition – es gibt sie. Zwei über die Landesgrenzen bekannt gewordene Beispiele sind der Club alpha in Schwäbisch Hall, der 1978 12 Jahre alt wurde (siehe "links" Juli 1978) und die Manufaktur in Schorndorf. Dort wurde eine ehemalige Porzellanmanufaktur (daher auch der Name) umfunktioniert und im Februar 1968 mit einer emanzipatorischen Kulturarbeit begonnen, als Alternative gegenüber kommerziellen Konzertagenturen und gegen die Trennung von Politik und Musik. Unbekannte wie bekannte Liedermacher, Schriftsteller, Musik- und Theatergruppen etc. stellten sich einem kritischen Publikum vor.

Die Manufaktur ist Anziehungspunkt für Jugendliche und Junggebliebene nicht nur aus Schorndorf und Umgebung. Ihr Wirkungskreis erstreckt sich bis nach Stuttgart, Ulm, Heidelberg, Göppingen und Heilbronn. Ihr Erfolg beruht auch darauf, daß es mit dieser Kulturarbeit gelungen ist, die Motivation zur Selbsttätigkeit immer wieder zu wecken. 25 ehrenamtliche Mitarbeiter unterstützen heute vier hauptamtliche. Die Manufaktur, ein mutmachendes Beispiel linker Politik.

Nun ist das Dutzend doch voll geworden. Am Anfang haben's nur wenige für möglich gehalten. Am 10.2.68 wurde die Manufaktur eröffnet und im schwäbischen Städtchen Schorndorf konnte man's an den Stammtischen oder von Nachbar zu Nachbar über den Gartenzaun hören: Spinner, Kommunisten, werden vom Osten finanziert, Revoluzzer, Nichtstuer usw. usw. Sie fühlten sich im Recht, denn mit dem Anfang der Manufaktur kam ein Hauch jener Aufbruchstimmung, die an den meisten deutschen Universitäten und auf den Straßen Berlins herrschte, in die Stadt. Am 12. April 1968, ein Tag nach dem Attentat auf Rudi Dutschke, gingen wir auf die Straßen von Schorndorf. Es war für uns das erste Mal und nach 1945 auch das erste Mal für die Bevölkerung Schorndorfs. Erstaunen, Unsicherheit auf beiden Seiten. In der Nacht zwischen dem 11.4. und 12.4. schrieben wir in der Manufaktur Transparente und Tafeln, noch tief betroffen von der Nachricht des Attentats und beeindruckt von der demokratischen Rede Gustav Heinemanns im Fernsehen. Unsere Betroffenheit war nicht grundlos!

Rudi Dutschke und seine Freunde vom SDS hatten uns 1967 hellhörig

12 Jahre
Manufaktur

DAS DUTZEND IST VOLL !!

JUBILÄUMSVERANSTALTUNG
die **Rudi Dutschke**
und seiner Familie gewidmet ist.

Freitag 8.2.80
19.30 Uhr
Stuttgart
Killesberg Halle 6

Eintritt: 14.- DM
plus Vorverkaufsgebühren

2 DM pro Eintrittskarte gehen auf den Sonderfond 'Rudi Dutschke'.

Kartenvorverkauf:

Schorndorf
Galerie SPECTRUM, Marktplatz 27
Buchhandlung BACHER, Marktplatz 14
MANUFAKTUR, Gmünderstr. 36

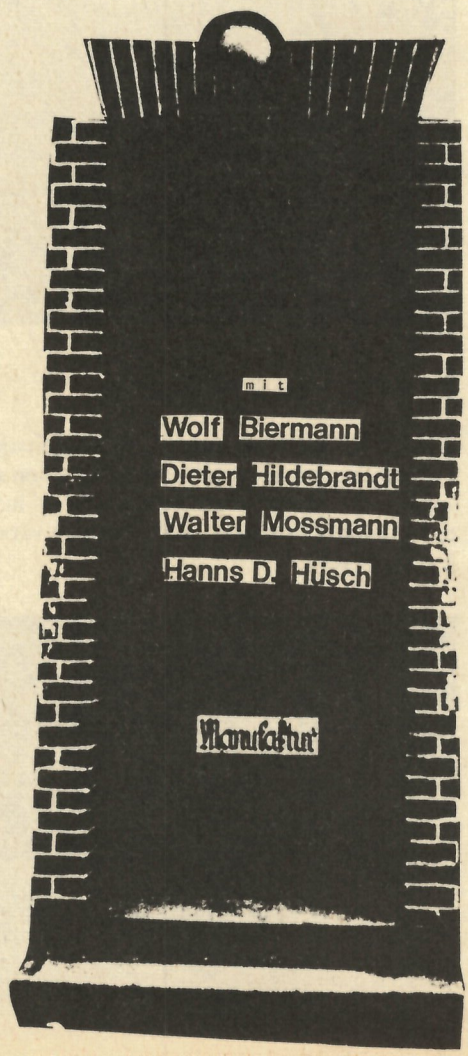
Stuttgart
Kartenhäusle, kleiner Schloßplatz
Sozialistisches Zentrum, Neckarstr. 148

Waiblingen
Neumanns Musikladen, Lange Str. 49

Schwäbisch Gmünd
Reisebüro Heffner, Marktplatz 13

Esslingen
Provinzbuchladen, Grabbrunnenstr. 8

oder an der Abendkasse ab 18.00 Uhr



gemacht. Unsere immer wiederkehrende Diskussion, mit dem ewigen "was-man-alles-tun-müßte" nun endlich aus dem Kreislauf zwischen Kino und Café, zwischen Wirtshaus und Sportplatz auszubrechen, bekam eine neue Dimension. Wir hörten plötzlich nach draußen und ließen unsere Selbstbemitleidung. Mit der studentischen Rebellion begann für uns wenige in der Provinz ein Abschnitt, dessen positive Wirkung nur selten Gegenstand von analytischen Abhandlungen über die Auswirkungen der Studentenrevolte ist. Man machte sich in vielen kleinen Orten plötzlich auf die Socken und begann seine frustrierende Freizeitsituation aktiv zu verändern. Natürlich war dieser Punkt der erste Ansatz für uns, denn die Studenten waren in den größeren Städten und wir, die in der Lehre standen, hatten am Ort lange, langweilige Abende und Wochenenden vor uns. Nur in der Freizeit wurde gelebt, einigermaßen bewußt gedacht, gestritten und wieder vertragen. Und im Radio hörten wir es jetzt täglich: Der SDS macht weiter, Dutschke war kein Strohfeuer, das hat uns imponiert, wir merkten, da läuft was. Warum sollte bei uns nichts laufen? Wir sahen es nicht mehr ein. Der Tod von Benno Ohnesorg ließ auch den letzten Zweifel vor der eigenen Courage verstummen. Die Gründung der Manufaktur war der Beginn eines neuen Lebensinhalts, einer produktiven Unruhe, die in den Jahren darauf in vielen Bereichen ihren Einfluß nahm. Wir problematisierten u.a. die Lebensbedingungen der ausländischen Arbeitnehmer. Wir protestierten auf der Straße gegen die NPD, für die Beendigung des Krieges in Vietnam, gegen den Einmarsch in der CSSR. Wir begannen über die Freizeit- und Lehrstellensituation anderer Jugendlicher nachzudenken und zu handeln. 1970 bauten wir in Schorndorf ein selbstverwaltetes Jugendzentrum auf, ohne zu wissen, daß parallel zu uns, in der ganzen Bundesrepublik ähnliches gemacht wird. Die Jugendzentrumsbewegung entstand. Was '67/68 in den großen Städten an der Tagesordnung war, wurde '70 in den kleinen Städten der Provinz auch für eine große Menge von Jugendlichen wirksam: Selbst handeln – es nicht mehr den Etablierten überlassen!

In Schorndorf arbeiteten wir zu dieser Zeit zweigleisig: Es gab den politisch-kulturellen Club Manufaktur und dazu das selbstverwaltete Jugendzentrum Hammerschlag. Beide Einrichtungen gibt es heute noch! 1973 war die bundesdeutsche Jugendzentrumsbewegung auf ihrem vorläufigen Höhepunkt. Über 1000 Initiativen gab es und bei vielen war es ähnlich wie bei uns: Die Wurzel lag in den Jahren '67/68!

Eine große Zahl der Initiativen hat ihr Ziel – ein selbstverwaltetes Jugendzentrum – erreicht. Viele haben es leider aufgegeben. Auch heute gibt es noch eine Menge dieser Initiativen, nur nicht mehr so intensiv von der Öffentlichkeit wahrgenommen. Die politisch-kulturellen Clubs aus den 60er Jahren sind dagegen immer weniger geworden. Im Falle der Manufaktur ist diese Entwicklung nicht eingetreten. "Der lange Marsch", der immer auch mit dem Begriff "Geduld" zusammenhängt und den Rudi Dutschke als konkrete Möglichkeit gesehen hat, wird von uns weitergegangen. Sehr zum Ärger der wieder größer gewordenen reaktionären Schicht in der Bevölkerung.

Doch eins ist uns klar: Wir haben auf dem Weg für eine humanere Welt, für eine friedliche Zeit, noch einige große Schritte zu tun.

Wir dürfen da nicht müde werden.

WER SICH NICHT WEHRT,
LEBT VERKEHRT!
KEINE MACHT FÜR NIEMAND!

Die Grünschnäbel in Frankfurt

Der Anlaß

Das Stichwort "Bundesgartenschau" pflegt im normalen Bewußtsein etwas positives auszulösen. Die Bürger assoziieren hierbei in der Regel neue und mehr Grün- und Erholungsflächen, kurz: "Natur in der Stadt" (so das offizielle Motto in Frankfurt). Die bis heute vorliegende Planung entlarvt aber diese Vorstellungen als reine Wunschträume: Ein kurzer Blick auf das vorgesehene Gelände zeigt, daß **kein Quadratzentimeter mehr Grün** geschaffen wird. Handelt es sich doch um schon **vorhandene Grünflächen**, die in iher Charakteristik zwar Unterschiede aufweisen, aber dafür gerade in ihrer Vielfalt allen in der Nähe wohnenden Bürgern mannigfaltige Möglichkeiten der Entspannung und Erholung bieten.

Die **zentrale Sorge** der Betroffenen dreht sich daher um den **Nutzen** der Bundesgartenschau für sie selbst. Wird doch befürchtet, daß intakte Nah-Erholungsgebiete umgewandelt werden in Touristenattraktionen. Gegen eine Bundesgartenschau spricht auch der simple Grund, daß effektiv weniger Grün dabei herauskommt, sind doch allein 45% der Investitionen für "Beton" im weitesten Sinne (Parkplätze, Trassen, Zäune, Restaurants, Toiletten etc.) vorgesehen. An die Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der Bürger hat dabei niemand gedacht!

Die Gründung

Die "Grünschnäbel" wurden aus einer unmittelbaren Betroffenheit heraus gegründet, im Juni 1979; war doch der beliebteste Park der Innenstadt, der Grüneburgpark, in Gefahr. Durch Flugblätter und eine Bürgerversammlung im Westend wurde ein großer Teil der Bürger des Westends, Bockenheims u.a. mobilisiert. Der Zustrom zur Bürgerinitiative hielt ungebrochen an, bis etwa 80 aktive Grünschnäbel zusammenwaren.

Über die unmittelbare Betroffenheit hinaus entwickelte sich schnell in den Diskussionen eine Sensibilisierung für die politischen Hintergründe und Zusammenhänge, insbesondere wurde rasch erkannt, daß die Bundesgartenschau nicht isoliert von der generellen Stadtentwicklungspolitik betrachtet werden kann. Daraus entfaltete sich eine grundsätzlichere Kritik an der "Grün"-Politik der Stadt und ihrer Voraussetzungen.

Die Grundlagen der "Grünschnäbel"

Das **Selbstverständnis** ist gekennzeichnet, daß wir uns als eine von allen Parteien unabhängige Gruppe verstehen, die aber nicht unparteiisch ist, sondern von den Interessen und Bedürfnissen der Bewohner dieser Stadt ausgeht. Wir suchen daher auch die **Kooperation** mit allen Menschen, Gruppen, Initiativen, auch Parteien (aber klar abgegrenzt). Wir wollen ein Netz gegenseitiger Maßnahmen (Information und Aktion) aufspannen, da wir nicht gedenken, im luftleeren Raum zu operieren. Dadurch vermeiden wir auch bzw. unterlaufen wir alle Versuche, einzelne Initiativen gegeneinander auszuspielen, ausgehend von dem Vorwurf, Bürgerinitiativen betrieben "Kirchturmspolitik" nach dem St. Florians-Prinzip. Deshalb ist jeder ein "Grünschnabel", der sich für eine bessere Grünpolitik einsetzt unter der Prämisse der **Basisorientierung**, d.h. der aktiven Einbeziehung aller Bürger (von der Planung bis zur Gestaltung). Die Mitarbeit hängt also einzig von den eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten ab. Deshalb auch sind die Grünschnäbel in der Arbeitsgemeinschaft Frankfurter Bürgerinitiativen. Deshalb haben auch die AG Westend, die BI Westend, die Arbeitsgemeinschaft Frankfurter Bürgerinitiativen, das Frankfurter Forum für Stadtentwicklung, Arbeitskreis Bockenheim, Arbeitskreis Ökologie und Umweltschutz, die BI zur Erhaltung des Landschaftsschutzgebietes Niddatal, die Pfarrer des ev. Dekanats Nordwest mit 12 Gemeinden u.a.m. sich mit den "Grünschnäbeln" einig erklärt in der Ablehnung der Bundesgartenschau. Deshalb auch gibt es keine reine Stadtteilorientierung des "Grünschnäbel".

Die **Organisation** beruht auf dem Prinzip der **Selbst-Organisation**, d.h. wir müssen **immer wieder** neu herausfinden, wie und auf welchen Wegen und mit welchen Mitteln wir unsere Ziele verwirklichen können. Selbstorganisation heißt dabei auch z.B., daß wir keine Abstimmungen im üblichen Sinne veranstalten, sondern versuchen, uns gegenseitig zu überzeugen.

Die **Finanzierung** erfolgt aus eigenen Mitteln. Jeder tut das dazu, was er erübrigen kann. Darüber hinaus verkaufen wir Aufkleber. Spenden ohne Auflagen nehmen wir an. Wichtig ist nur, daß wir kein hierarchischer Verein sein wollen, der von Zuschüssen etwa der Stadt abhängig ist.

Unser **Verhältnis zum "Bürger" und zu den 'Medien"** ist einfach zu umschreiben: Wir wollen keine "taktischen" oder "instrumentellen" Beziehungen. An einem Beispiel: Wir sammeln nicht Unterschriften aus taktischen Gründen, sondern wir versuchen, die Meinungsbildung bei den Bürgern argumentativ anzuregen. Wenn diese überzeugt sind, dann erst bleibt es ihnen überlassen, sich per Unterschrift zu äußern. Deshalb machen wir auch Bürgerversammlungen, eben nicht als Alibi, sondern als Forum für die Bürger, als Beitrag zur Meinungs- und Willensbildung.

Die Aktivitäten

Die wichtigsten Aktivitäten des letzten halben Jahres lassen sich zu einem Stichwort reduzieren: Information. Diese Aufgabe haben wir durch Informationsstände in verschiedenen Stadtteilen und durch mehrere Bürgerversammlungen abgedeckt. Natürlich zählen dazu auch die verschiedenen Flugblätter und Argumentationslisten. Diese Aufgabe ergibt sich vor allem dadurch, daß die offiziellen und offiziösen Papiere, Broschüren, Erklärungen usw. entweder sehr allgemein und in der Darstellung einseitig positiv sind, wie auch ständig relativiert, modifiziert und verbal geändert werden. Der Kern der städtischen und

politischen Vorstellungen bleibt aber konstant. Ergebnis dieser eher verschleiernden, dabei massiven Informationspolitik der Stadt ist oft eine Verunsicherung auch der informierten Bürger, da die widersprüchlichen Aussagen natürlich nicht zusammenhängend wahrgenommen werden. Außerdem konfrontieren wir uns selbst mit diesem Vorrang der Information mit den Bürgern: Wir lernen ständig aus dieser direkten Auseinandersetzung etwas über die unterschiedlichen Interessen- und Bedürfnislagen der Menschen, ihren abweichenden Lebensbedingungen in den einzelnen Stadtteilen, über ihre Politik-Erfahrung usw. Wir selbst treffen uns bisher einmal wöchentlich, diskutieren Maßnahmen und analysieren die vorliegenden Informationen.

Die Ziele

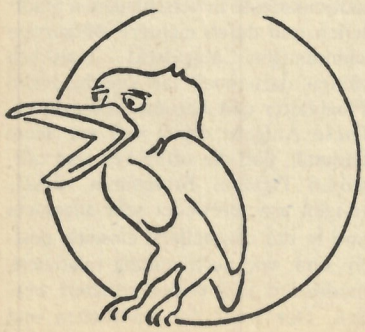
Primär ging es zunächst im Laufe unserer "Geschichte" um die Verhinderung der Bundesgartenschau in Frankfurt. Fast gleichzeitig entwickelten wir Vorstellungen über Alternativen zur BGS bzw. zur besseren Verwendung der dafür geplanten Steuermittel. Unser Motto: **Bundesgartenschau – wir pfeiffen drauf!** als Kurzformel wurde inhaltlich zur Forderung: **Keine Bundesgartenschau – aber mehr Grün für alle!** Wir fordern nämlich in der Tat "Natur in der Stadt", aber durch neue und mehr Grün- und Erholungsflächen, in allen unterversorgten Stadtteilen, in Wohnungsnähe für alle Menschen in Frankfurt nach den Bedürfnissen und Wünschen. Unsere Forderung versucht die **konkreten Lebensbedingungen** zu artikulieren, die in den einzelnen Quartieren oft stark voneinander abweichen, zum Ausgangspunkt der Politik zu nehmen. Diese Lebensbedingungen schlagen sich in den Bedürfnissen, Wünschen, Träumen und Hoffnungen der dort lebenden Menschen nieder. Diese subjektiven Verarbeitungen der konkreten Lebensbedingungen müssen endlich ernst genommen werden. Daher ist die Neuorientierung der gesellschaftlichen und politischen Handlungsebene an eben diesen Bedingungen und den an diesen Bedingungen leidenden Menschen Voraussetzung einer am Menschen orientierten Politik. Wenn Politik ein Anliegen aller davon Betroffenen werden soll, dann müssen **die Betroffenen zu Handelnden** werden. Das verstehen wir unter Bürgerbeteiligung. Unter den gegebenen politischen und gesellschaftlichen Strukturen, die bei vielen Bürgern Ohnmacht und Handlungsverzicht erzeugen, ist daher zu diskutieren, wie eben diese Umwandlung zum "tätigen Subjekt" zu gewinnen ist.

Schon diese kurzen Gedanken zeigen, daß Grünpolitik immer auch schon Gesellschaftspolitik ist. Die Machthaber definieren hingegen im Augenblick Grünpolitik (und betreiben sie auch) eher als "Oberflächenveredelung".

Des Kaisers neue Kleider

Große Illusionen über die Realisierung können wir nicht wecken. Aber in unserem Rahmen können wir alle einen Beitrag dazu leisten, die Zusammenhänge aufzuzeigen und die Alternativen aufzuweisen. Dazu gehört auch, des Kaisers neue Kleider zu zerreißen. Denn gerne schmücken sich die Mächtigen mit der Behauptung, sie täten gerade in Sachen Grün eine Menge. Das Beispiel Bundesgartenschau etwa beweist aber nur, daß schon vorhandenes "vergoldet" (oder "versilbert") werden soll. Dabei produzieren sie einen Alibi für ihre anderen Untaten, etwa im massiven Autobahnbau in allen Himmelsrichtungen dieser Stadt. Für den Alleentunnel etwa sind alleine 350 Mio. DM veranschlagt. Für die BGS sind 115 Mio. DM veranschlagt. Allein diese Dimensionen beweisen im Vergleich, welchen Stellenwert, unabhängig von der Kritik an der Bundesgartenschau, sog. Grünpolitik hat. Sie ist nichts als Augenwischerei, solange nicht die grundlegenden Probleme zumindest erkannt worden sind. Ein Aufmotzen und Ästhetisieren bestehender Grünflächen zu Prestigeobjekten dient nur der Ablenkung mit dem Ausruf: Seht, welch schönen Kleider wir anhaben! Aber indem wir diesen schönen Schein zerreißen, zeigen wir, daß sie **nackt** sind.

CLAUS STROTHMANN



Jugendhof Bessunger Forst gefährdet

Der Jugendhof Bessunger Forst bei Darmstadt, gegründet 1966, ist mittlerweile eine weit über den südhessischen Raum bekannte und attraktive Freizeit- und Bildungsstätte für Jugendlich, attraktiv nicht nur wegen der niedrigen Preise und des vielfältigen Freizeitangebots, sondern vor allem wegen der Möglichkeit, den Aufenthalt dort ohne die üblichen Beschränkungen der traditionellen Beherbergungsbetrieben zu gestalten, also ohne Ruhe-, Ordnungs- und Sauberkeitsfetischismus. Der Trägerverein des Jugendhofes ist zwar als gemeinnützig anerkannt, finanziert sich aber im wesentlichen durch die direkten Einnahmen. So ist die Anerkennung als Zivildienststelle als einzige staatliche Unterstützung von existentieller Bedeutung, sollen die Aufenthaltskosten noch bezahlbar bleiben. Seit 1972 haben denn auch 40 Zivildienstleistende dort eine – in ihren Augen – sinnvolle und befriedigende Arbeit getan, befriedigend nicht zuletzt, weil sie bei allen anstehenden Problemen gleichberechtigt mitbestimmen konnten.

Dies alles scheint nun gefährdet durch einen an Disziplin, Ordnung und Hierarchie fixierten Referenten des Bundesamtes für Zivildienst. Er glaubte sich bei einem Routinebesuch "in eine Wohnkommune niedrigster Stufe" versetzt. "Alles starrte vor Schmutz, Unaufgeräumtheit und allgemeiner Unordnung ... Alles wirkte abbruchreif und asozial ... Der Leiter ... saß inmitten seiner ungepflegten ZDL in der Küche beim Palavern ... Ich schlage vor, die jetzt dort tätigen Dienstleistenden unverzüglich zu versetzen, wobei eine vorherige ausgiebige Körperreinigung und Desinfektion angezeigt wäre." Außerdem werden "die ZDL nicht am langen Zügel geführt und voll in die Organisation integriert." (Zitate aus dem Bericht des Referenten). Man hätte das ganze als Satire auf das Bewußtsein eines analen, subalternen deutschen Beamten abtun können, hätte sich das Bundesamt für Zivildienst nicht dessen Darstellung zu eigen gemacht (nicht so übrigens die zuständigen Darmstädter Behörden, die, alarmiert durch den o.a. Bericht, bei einem Lokaltermin die hygienischen Verhältnisse wie den Gesamtzustand des Jugendhofes für vorschriftsmäßig hielten!). Hier wie in anderen Überlegungen des Bundesamtes scheint sich die Tendenz anzudeuten, den Zivildienst zu militarisieren: wenn schon keine sterilen Kasernenstuben, keine strammstehenden Rekruten, so doch der kasernierte Befehlsempfänger des zivilen Dienstes; der Zivildienstleistende als Soldat ohne Knarre und Drillich. So verfügte man denn auch das Amt, ohne weitere Kontaktaufnahme mit den direkt Betroffenen, die sofortige Versetzung der fünf Zivildienstleistenden des Jugendhofes. Diese Versetzungsorder konnte bisher durch eine einstweilige Anordnung des Verwaltungsgerichts Köln gestoppt werden. Nach einem Widerspruch des Kölner Amtes muß jetzt das Oberverwaltungsgericht Münster entscheiden.

Angesichts dieser Tendenzen beim Bundesamt für Zivildienst ruft der Jugendhof Bessunger Forst e.V. alle Zivildienststellen, Verbände, Gruppen und Einzelpersonen auf, die die Notwendigkeit des Jugendhofes und ähnlicher Zivildienststellen befürworten, die eine echte Alternative zum Wehrdienst, eine sinnvolle und die persönliche Freiheit der Zivildienstleistenden für wichtig halten, dies dem Bundesbeauftragten für den Zivildienst schriftlich mitzuteilen. Für einen Durchschlag der Schreiben wären die Mitarbeiter des Jugendhofes sehr dankbar.

Kontaktadresse: Jugendhof im Bessunger Forst e.V., Aschaffenburger Str. 183-185, 6101 Roßdorf 1, Tel. 06151/14171

Adresse des Bundesbeauftragten für den Zivildienst: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bundesbeauftragter für den Zivildienst, Hans Iven, Lengsdorfer Hauptstr. 76-80, 5300 Bonn – Lengsdorf.

"Wir sind da in schlechte Gesellschaft geraten" – M.E.K. Bilk – Rocktheater

Die Gruppe M.E.K. Bilk gibt es seit 1975. Im Herbst 1978 wurde das Konzept für ein Rocktheater erstellt und im April 1979 eine ausgedehnte Tournee durch so ziemlich alle deutschen Großstädte gemacht. Die Gruppe hat sich dann im Sommer 1979 umbesetzt. Zwei Frauen und sechs Männer haben die Kritik und Vorschläge während der Frühjahrtournee aufgenommen und Musik und Theater der neuen Besetzung angepaßt. Es hat sich vieles geändert.

UNSERE SCHOO BRINGT:

den herrn spekulantius aus bild und anderswo, der das thema 'sanierung', leben und wohnen im schönen stadtteil, hinreichend vertreten wird, wir werden ihm mit 3 sketchen hilfreich zur seite stehen; rudolf, die ratte, den langbeinigen verfassungsschnüffler, dem ungeahntes widerfahren wird ...; ein trostreiches lied zur arbeitslosigkeit, mit dem schlichten titel "arbeitslos"; einen traditionell-aktuellen beitrag zu frauen- und männerbewegung ("ich bin ein mann" & "magd des herrn"); branco, den kleinen neo-nazi, der sich entschließt, ganz entscheidende wahlhilfe zu leisten; einen beschreibend-wertenden beitrag oder vor-trag zur wahl '80 ("wahlkalypso"); ein leichtes stück beißender ironie über den uns alle umgebenden konsum (kom sum mit mir ... oder "john travolta imma wollta ..."); ein sehr übertragbares beispiel kollektiven erlebens einer razzia auf'm acker (der "waldspaziergang"!!); noch ein sehr schönes stück über mek bilk & die allgemein-undogmatische-brd-bewegung oder die undogmatisch-allgemeinhinbewegungs-brd; und mittendrin ein lied zu astrid 'anna' proll.

Die Tournee beginn im April im Ruhrgebiet. Vom 16.-31. Mai spielen wir in Norddeutschland – Rhein-Main-Gebiet und vom 19.6.-30.6. beginnend in Mannheim in Süddeutschland.

Wir haben noch Termine frei. Ruft uns also schnell an: Tel. 0211/393216

Hier darf jeder machen, was er will (im Rahmen der FDGO versteht sich)

Ein Bundespräsident muß es ja schließlich genau wissen, so natürlich auch der Herr Carstens: "Hier in der Bundesrepublik Deutschland kann doch jeder sagen oder drucken, was er will" (16.1.80 auf einer Diskussion mit Jugendlichen).

Was dann allerdings unter 'was er will' verstanden werden kann, wurde schon am nächsten Tag deutlich: ein Dr. Bechtle – Herausgeber der Esslinger Zeitung, Vorstandsmitglied der Zeitungsverleger und 'Drucker' der BILD-Zeitung – bekam richterliche Unterstützung für die Bechtle-Definition zu drucken, was er will, bzw. was er nicht will. Denn: "Nach geltendem Recht ... darf die Presse den Abdruck von Anzeigen und Leserbriefen einer politischen Richtung verweigern" (ein aus dem §-Dschungel zitierender deutscher Richter am 17.1.80) Sprachs und gab damit Bechtle, dem 'Springer-Knechtle', und seiner Esslinger Zeitung recht, die einen Nachruf auf Rudi Dutschke partout nicht drucken wollte.

Um die Betroffenheit über Rudis Tod zum Ausdruck zu bringen, wollten 8 Esslinger Organisationen und zahlreiche Einzelpersonen den Nachruf in der örtlichen Presse abdrucken lassen. Dabei sollte ein Zusammenhang hergestellt werden zwischen dem Tod von Rudi und den Mordhetzern von damals und heute. Die Anzeige wurde nur 'unter Vorbehalt' angenommen, da 'man erst prüfen müsse, ob der Inhalt gegen Gesetze verstoße'. Nachdem die Anwälte der Esslinger Zeitung nach 3 Tagen noch immer prüften, sollte der Abdruck durch eine einstweilige Verfügung erzwungen werden. 'Ein Nachruf unterliege einer Dringlichkeit, die nur auf diesem Wege eingeklagt werden könne' (Anwälte Antragsteller). Außerdem sei durch die Monopolisierung der EZ (88% der Haushalte) ein Abdruck in einer anderen Zeitung nicht möglich.

In Anlehnung an Carstens Freiheitsbegriff der Presse, mußte dann auch das Gericht zu der Einsicht kommen, daß die einstweilige Verfügung abzulehnen sei.

"Bei dem Nachruf handelt es sich um eine politische Meinungsäußerung in der Form von Auszügen aus dem Gedicht von Wolf Biermann, welches auszugsweise des eigenen Vortrages des Antragstellers bereits im Jahre 1968 veröffentlicht worden ist. Bereits dieser zeitliche Zusammenhang spricht gegen jegliche Dringlichkeit. Anders wäre es evtl. wenn es sich um eine Todesanzeige üblicher Art handeln würde, in der beispielsweise Ort und Datum der Bestattung bekanntgegeben werden" (Anwälte der EZ).

Konnte denn der Wolf nicht noch 12 Jahre warten? Übrigens müssen sich die Organisationen noch nachträglich bei dem Wolf entschuldigen (was jetzt geschehen sei), da sie keine Genehmigung für den Abdruck eingeholt hatten: "Schließlich würde die Veröffentlichung der Anzeige einen Verstoß gegen das Urhebergesetz bedeuten. Wie der Antragsteller vortragen läßt, stammt der Text des Liedes von Wolf Biermann. Eine Genehmigung des Urhebers zur Veröffentlichung liegt nicht vor"! Ja, wenn das so ist! Und noch eins ließen die Juristen der EZ wissen:

"... war die Veröffentlichung der Anzeige auch deshalb nicht zumutbar, weil in dem Haus, in dem die Esslinger Zeitung gedruck wird, als Lohnauftrag auch eine nicht unerhebliche Auflagenzahl der Bild Zeitung gedruckt wird. Die Anzeige aber richtet sich in unsachlicher Weise gegen die Bild Zeitung ..."

Trotz dieser so überzeugend vorgetragenen Argumente wollte der Richter davon nichts wissen; er ließ eine 'politische' Definition der Geschichte erst gar nicht zu. Was ihn allerdings nicht hindern konnte, sich den anderen Argumenten der EZ anzuschließen:

– eine Monopolstellung der Esslinger Zeitung sei nicht vorhanden, es gebe auch noch andere Zeitungen in Esslingen (u.a. die BILD)

– nach geltendem und verfassungsrechtlich nicht zu beanstandendem Recht darf die Presse den Abdruck von Anzeigen und Leserbriefen einer bestimmten politischen Richtung verweigern, ohne daß darin eine unzulässige Beeinträchtigung der Wahlfreiheit läge, selbst wenn zugleich den entgegenstehenden Meinungen Raum gegeben würde. Daran ändert auch eine regionale Monopolstellung nichts. (NJW 76, 1627)

Fazit: der Nachruf wird in der Esslinger Zeitung nicht gedruckt, wie schon beim Tod von Ulrike Meinhof. Für einen "Sämann der Gewalt" Schlagzeile EZ vom 27.12.79) darf es keine öffentliche Trauer geben. Das ist die Freiheit des Verlegers, zu drukken, was er will. In einem Land, wo jeder drucken kann, was er will.

Die Freiheit stirbt zentimeterweise ...

SZ ESSLINGEN

Nachruf

Drei Kugeln auf Rudi Dutschke
Ein blutiges Attentat
Wir haben genau gesehen
WER da geschossen hat

†

Wir trauern um
Rudi Dutschke

Mit den Schüssen damals wurde nicht nur er getroffen. Die Kugeln trafen die politische Bewegung, die für Freiheit und Menschlichkeit eingetreten ist. Am 24.12.1979 ist Rudi an den Folgen des Attentats gestorben. Sein Tod kann nicht das Ende unseres Kampfes sein. Denn damals wie heute ist es unser Kampf gegen die Gewalt dieser Gesellschaft; gegen den stückweisen Abbau demokratischer Rechte: die Freiheit stirbt zentimeterweise. Diese Gewalt hat viele Gesichter:

Eine der Kugeln kam
Aus Springers Zeitungswald
Ihr habt dem Mann die Groschen
Auch noch dafür bezahlt
Der Kampf, den Rudi Dutschke geführt hat, muß heute verstärkt fortgeführt werden. Nur wer sich wie er gegen die Unterdrückung wehrt, lebt für die Freiheit. Wir nehmen uns diese Freiheit!
Drei Kugeln auf Rudi Dutschke
Ihm galten sie nicht allein
Wenn wir uns jetzt nicht wehren
Wirst du der nächste sein

(Wolf Biermann)

Sozialistisches Zentrum Esslingen/ AKW-Nein-Gruppe Esslingen/Bürger gegen Faschismus Esslingen/Frauenzentrum Esslingen/Die Grünen, OG Esslingen/Gruppe Internationale Marxisten, OG Esslingen/Jungsozialisten Esslingen/Provinzblatt – alternative Zeitung für Esslingen/sowie zahlreiche Einzelpersonen aus Esslingen.

Kleinanzeigen

MATERIALIEN/PAPERS ...

(1/2) Es gibt **unbekannte Liedermacher,** die bekannt werden sollten, so Jürgen Slopianka mit seinen Liedern aus dem deutschen Alltagsleben. Die LP "Farben" und ein Noten- und Textbuch wird von der editions treves e.V., Postfach 1401, 55 Trier 1 vertrieben.

(2/2) **Sondernummer der HEZ – Berliner Zeitschrift** für Erzieher und Sozialarbeiter über die Reaktionen auf den Heimerziehungsskandal im Mädchenheim im Diakoniezentrum Heiligensee. Was hat eine Dokumentation bewirkt? Gegen Voraussendung von DM 3,-- plus Porto ist das Heft über HEZ c/o Zeitungskooperative, Eisenbahnstr. 4, 1 Berlin 36 zu beziehen.

(3/2) Arikeldienst der Arbeitsgemeinschaft Junge Presse NRW zum Thema **"Arbeitslosigkeit"**. Das 66 Seiten umfangreiche Heft enthält Beiträge zur Jugendarbeitslosigkeit, Berufsbildungssystem, ABM-Maßnahmen, Selbsthilfen, Lehrlingsbewegung, Forderungskatalog franz. Arbeitslosenkomitees u.a. Bezug: AGHPNW c/o Ansgar Klein, Im Erlengrund 1, 5205 St. Augustin 2

(4/2)' Die **Interessengruppe Spichernplatz** bietet folgendes Informationsmaterial an: Buch: Dokumentation über die Neugestaltung des Spichernplatzes im Stadtteil Derendorf in Düsseldorf, Band 1, 1976, 191 Seiten, Größe DIN A 5, Auflage 1000, Preis DM 5,--; Band 2, 1977, 253 Seiten, Größe DIN A 5, Auflage 1000, Preis DM 5,--; Band 3, 1979, 292 Seiten, Größe DIN A 5, Auflage 1000, Preis DM 5,--; Tonbandcassette: "Kampf um einen Spielplatz", Rundfunksendung vom 29. Oktober 1976, 60 Min. Musik- und Sprechteil, Preis DM 5,--; Video-Cassette: "Ein Spielplatz", Fernsehfilm des WDR von 1976, farbig, 20 Minuten. Kostenlose Ausleihe, Portokosten trägt der Ausleiher. Überweisungen bitte auf das Konto 7443211 bei der Deutschen Bank, Düsseldorf. Kontaktadresse: Interessengruppe Spichernplatz, Meineckestr. 28, 4 Düsseldorf 30, Tel. 0211/433729

(5/2) Dokumentation **"Kommunikationszentrum Honigfabrik"** schildert die Entstehungsgeschichte des Zentrums, die bisher geleistete Arbeit und die Perspektiven der Arbeit in diesem Jahr. Bezug: Honigfabrik e.V., Industriestr. 125-131, 2102 Hamburg 93

(6/2) **Infos und Dokumentationen des Arbeitskreis Friedenswoche, Postfach 1113, 79 Ulm.** 1. Dokumentation zur 1. Ulmer Friedenswoche 1977 Themenheft der Zeitschrift "Probleme des Friedens-Info" (64 Seiten zur Planung, zum Verlauf und zur Auswertung der Friwo). Wir haben noch ein paar Exemplare (Preis DM 3,--).
2. "Krieg ist kein Kinderspiel". Dokumentation zur 2. Ulmer Friedenswoche 1978 (auf 76 Seiten wird ein anderes Friwo-Organisationsmodell vorgestellt, Planung, Durchführung, Auswertung, Nachwehen und Fotos auf insgesamt 76 Seiten). Preis: DM 3,-- + DM 1,-- Versandkosten.
3. Info-Material zur 3. Ulmer Friedenswoche 1979 (Programm und Zeitung) gegen Versandkosten. Bestellungen bitte an unsere oben angegebene Adresse oder einfach durch Überweisung des Betrags auf unser Konto bei der Sparkasse Ulm-Söflingen, Kto.Nr. 6511218.

(7/2) **"BOLIVIEN, IM NOVEMBER 1979" SONDERNUMMER** 14 der **LA MENTIRA"** (Entwicklungsheferzeitung Bolivien) berichtet ausführlich über die politischen Ereignisse in Bolivien im Monat November 1979, der charakterisiert ist durch den blutigen Militärputsch unter Oberst Natusch Busch und dem Volkswiderstand gegen diesen faschistischen Putsch. Mindestpreis: DM 1,50. Zu beziehen über KIA, Postfach 291, 3430 Witzenhausen 1, Tel. 05542/4378 oder direkt bei: LA MENTIRA, Casilla 12, TARIJA – Bolivien (in diesem Fall Bezahlung überweisen an: Alois Kohler, Landesgirokasse Stuttgart, Girokonto-Nr.: 6484149, Kennwort: Sondernummer 14. Spenden sind willkommen und gehen an die Bolivianische Menschenrechtskommission!

(8/2) **ARBEITSKREIS BILDUNG:** Anfang Januar erschienen: Programmatische Erklärung des Arbeitskreises Bildung: "Was Schule ist – und wie man sich in ihr verhält". (Mit einem Aufruf zur Mitarbeit). Zu beziehen gegen Vorauszahlung von DM 2,80 in Briefmarken an G. Haack, Reinhäuser Landstr. 96, 34 Göttingen oder auf das Postscheckkonto Han. 48313-305.

(9/2) **Für umweltbewußte Leser:** Energieaufkleber – Umweltschutzpapier in reichhaltiger Auswahl – Umweltpostkarten – Stempel gegen die Neutronenbombe und das Rauchen – Bücher zu Öko- und Ernährungsfragen. Muster, Preis- und Bücherlisten anfordern! df-Versand, Postfach 1246, 23 Kiel

(10/2) Jürgen Michalski: Ursprung einer Entwicklung – Die Anfänge der **Arbeiterbewegung in Kiel** und seinem Umland. 164 Seiten, zahlreiche Abbildungen und Grafiken, DM 19,80. df-Versand, Postfach 1246, 2448 Burg

(11/2) Verkaufe **"Blätter für deut. und intern. Politik"** 1970-1978 (vollständig!) gegen Höchstgebot. Weingran, Krugenden 13, 51 Aachen

(12/2) **"Sozialhilfe in Stuttgart"** Zeitung über Sozialhilfe für Sozialhilfeempfänger und Arbeiter mit wenig Lohn. (DM 2,-- + DM 1,-- Porto). Wer hat Material über Sozialhilfe-Regelsatz und Zusammenhang mit untersten Lohngruppen? Welche Gewerkschafts- oder Betriebsgruppe hat Erfahrung im Kampf um die Anhebung der unteren Lohngruppen (Frauenarbeit)? Bitte melden! Arbeiterselbsthilfe e.V., Rostocker Str. 9, 7 Stuttgart 50

(13/2) **Arbeit an Datensichtgeräten:** ÖTV-Betriebszeitung zu diesem Thema gegen DM 1,-- in Briefmarken von Björn Krüger, Rotenwaldstr. 80, 7 Stuttgart 1

(12/2) **Arbeiterkalender 80:** Kampfplakate der Arbeiterbewegung, 12 plakatgroße, mehrfarbige Kalenderblätter, Spiralheftung, DM 17,80 zzgl. Porto von "Studiengruppe zur Geschichte der Arbeiterbewegung", Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1

(15/2) **"Rationalisierung"** im Angestelltenbereich, 250 Seiten, DM 8,-- + Porto, von Sackstetter, Lumpp, über Studiengruppe, Neckarstr. 178, 7000 Stuttgart 1

(16/2) **SCHNEEWITTCHEN · Frauenlieder –** Unser neues Plättli ist da und wir zittern lustvollzagend-neugierig eurer Meinung zum "Feuerball" entgegen. Habt ihr nicht Lust, eine Rezension zu schreiben, oder uns mal übern Äther zu schicken, oder ... oder ... Und allen Leuten zu erzählen, daß unsere neue Platte da ist und bei uns "Schneewittchen" c/o Angi Domdey, 2 Hamburg 1, Norderstr. 46, Tel. 040/242801, oder bei der phonogram zu bestellen ist?

(17/2) Materialien zur Vergangenheits- und Gegenwartsbewältigung. Johanna Wölflingsleder/ Johannes Dressel: **Faschismus** zu beziehen bei: Arbeitsgemeinschaft Faschismus und Geschichtsunterricht, z.Hd. Johannes Dressel, Müllner Hauptstr. 27, A-5020 Salzburg

(18/2) **Plakat** gegen die Zerschlagung des NDR: 1 Plakat DIN A 2 à DM 4,--, ab 10 Plakate à DM 3,50, ab 50 Plakate à DM 3,--/Aktion Lehrerzentrum Soltau/Kontaktadresse: Hermann Schulze, Ernst-August-Str. 11, 3040 Soltau

(19/2) **Suche** Materialien zum Thema "Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf Partnerbeziehungen". Außerdem: wer kennt Arbeitslosenselbsthilfegruppen im Raum Münster/Dortmund/Ruhrgebiet? Georg Schirmer, Frie-Vendt-Str. 19, 44 Münster, Tel. 0251/42370.

(20/2) **Brauche dringend** Materialien zu Bahro für Abschlußarbeit (Papiere zu Frankfurter Sommer-Seminar 1979 zu Bahro). Suche auch Kontakt zu Leuten, die über Bahro arbeiten. Michael von Roell, 51 Aachen, Neumarkt 11, Tel. 0241/ 506519

ARBEITS-/FREIZEIT-/ WOHNKONTAKTE

(21/2) "Wir suchen **Super-8-Filmgruppe** oder Leute, die engagierte S-8-Filme gedreht haben und Interesse besitzen, bei inem schlagkräftigen, selbstorganisierten Verleih mitzumachen. Die Initiative wird bislang von über einem Dutzend Gruppen getragen. Bitte melden bei: GEGENLICHT – 8 mm-Verleih – Taborstr. 22, 1 BErlin 36

(22/2) **Wer hat Lust,** mit mir (29) im Sommer (Termin: 20.6.-31.7.80) nach Guatemala zu reisen und diesen Trip auch inhaltlich vorzubereiten? Adresse: Karin Schäfer, Adolfstr. 12, 53 Bonn

(23/2) **Raum Stade, Cuxhaven, Bremervörde** – welche Genossinnen und Genossen haben in diesem Raum Interesse an einer SB-Arbeit? Bitte melden bei H. Jürgen Kahle, Tel. 04778-562

(24/2) **ZDL gesucht,** ab März/April/Mai für ein Kleinstheim in Marburg/Lahn, in dem 6 Kinder leben. Ein Abschluß im päd. Bereich ist leider erforderlich (Soz.päd., Diplpäd., Staatsexamen etc.). Bewerbungen an: Jugendheim Marbach GmbH, Kinderhaus Schülerhecke, An der Schülerhecke 34, 3550 Marburg

(25/2) **Wir suchen** sozial engagierte Rechtsanwältin (-anwalt) für unsere Sozietät. Brunn und Kollegen und Mitarbeiter, Sandweg 9, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/490392.

DISKUSSION

Falsches Gegeneinander

In der gegenwärtigen Debatte um ein Bündel aktueller Fragestellungen in der linken Diskussion und im SB scheinen sich zwei Formen von Politikverständnis gegeneinander zu richten und so eine wirkungsvolle gemeinsame Arbeit zu blockieren. Die eine strebt nach einer institutionellen Wirksamkeit ihrer politischen Tätigkeit, wie sie sich auch in einer Beteiligung beim "Grünen" Wahlversuch in Parteiform niederschlägt. Die andere stellt dem ein anderes Verständnis von politischer Tätigkeit entgegen, das sie durch das erstere gefährdet sieht.

Politische Identität und praktische Politik

Wenn es sich dabei um zwei Konzepte politischer Einwirkungsmöglichkeiten handeln würde, die sich nur aufgrund unterschiedlicher Einschätzung strategischer Perspektiven gegenüberstehen, wäre dies zwar bedauerlich, aber nicht zu umgehen. Meines Erachtens handelt es sich aber um Auseinandersetzungen, die eine Ebene politisch-realer Kontroversen noch gar nicht erreicht haben, sondern sich in einer Sphäre bewegen, die Sprachlosigkeit und Mißverständnisse produziert und verhärtet. Also um eine Entwicklung, die vermeidbar wäre und damit noch nicht vermittels realer Verhältnisse den Charakter von Notwendigkeit annimmt.

Die politische Grundhaltung in der Linken und vor allem im SB gründet sich auf Erfahrungen, die sich wesentlich von als falsch erlebten oder vermittelten unterscheiden wollen. Vor allem besteht zu recht eine klare Unterscheidung von solchen Konzeptionen, die sich auf das Versprechen von Emanzipation kapriziert haben, ohne sie konkret im politischen Alltag zu erfüllen. Ein solches Versprechen genügt heute nicht mehr. Vor allem der Überhöhung des Fortschritts der Menschheit über den Menschen ist jegliche Überzeugungskraft geschwunden. Aus der Erfahrung mit der Geschichte ist vor allem die Haltung hervorgegangen, daß die Wahrnehmung unmittelbarer Interessen – eine Propaganda der Tat – sowohl für den Einzelnen, als auch für die langfristig angelegte Umwälzungsstrategie die rechte Form sei. Auch dem ist beizupflichten. Solche Vorstellungen waren nicht beliebig entstanden, sondern hatten ein politisches Umfeld, das ihr Pate stand. Neben den Erfahrungen und Lernprozessen der Protestbewegung wäre auch das jenen Elementen doch sehr gegensätzliche Moment der Reformphase der sozial-liberalen Koalition als Milieu zu nennen, eine konjunkturelle Entwicklung, die trotz allen betonten und berechtigten Pessimismus der Linken ihr dennoch ein vermeintlich kontinuierliches Aufstreben emanzipatorischer Möglichkeiten verhieß. In den Grauzonen zwischen sozialdemokritisch verwaltetem status quo und potentiell gesellschaftsverändernden aktivistischen Schüben stand das SB.

Die politische Atmosphäre in der Linken, die jener Realität parallel ging, war von einer recht widersprüchlich gewachsenen Identitätsbildung bestimmt worden. Hier ist nicht der Ort, sich im einzelnen darüber auszulassen. Die Geschichte der ML-Bewegung bis in die Gegenwart hinein ist dafür als Extremfall beispielhaft. Der ideologisch falsche Rückgriff auf Geschichte als Treppengeländer aktueller Politik galt aber auch für andere. Identität bzw. Scheinidentität bildete sich aus Identifikation und Gegenidentifikation historisch tradierter Versatzstücke von Erfahrung anderer. Für das SB schienen sich solche Probleme durch die Politik der "Organisierung der Interessen" nicht zu stellen, ja, sie sollte geradezu dadurch unterlaufen werden. Man bezog sich auf Gesellschaften im engeren Sinne und kümmerte sich wenig um die nunmehr verfehmte sogenannte "große Politik", die man in Gegensatz zu den "unmittelbaren" Interessen stellte. Das Wort von den "kleinen Brötchen" hielt Einzug, eine Perspektive, die irgendwann durch die kleinen Schritte schon den großen Sprung in den Sozialismus ermöglichen würde. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Hier geht es nicht um eine Kritik an Selbstorganisation, emanzipatorischer Eigenveränderung, Eigenverantwortung, Gegenstruktur und alternativen Zusammenhängen. Es geht hier auch nicht um eine Karikierung des originären Ansatzes der SB-Politik, sondern um ihre verformte Realität. Eine Vernachlässigung der ursprünglichen Intention einer solchen Politik kann also zu nichts anderem führen, als zu Wiederherstellung der alten Scheiße auf höherer Stufe, eine Entwicklung, die uns als Traditionalismus wohlbekannt ist und zu nichts anderem gut ist, als das Versprechen auf Emanzipation bis zum St. Nimmerleinstag zu verwalten. Es gilt vielmehr auf die Verabsolutierung einer solchen Haltung hinzuweisen, die sich dahingehend in die Tasche lügt, als sie die Bedingungen, das Umfeld einer solchen Politik ignoriert. Sie nimmt nicht zur Kenntnis, daß sie nur in einem solchen politischen Umfeld möglich sein kann, in dem eine Verbindung, ein Durchlauf zwischen jener verabscheuten und verlachten "hohen" Politik und den konkreten Arbeitszusammenhängen besteht. Zur eigenen Identitätssicherung war man weitgehend bestrebt, diesen, der eigenen Politik äußerlichen Zusammenhang zu verleugnen und die eigene, auf gesellschaftliche Veränderung bezogene Tätigkeit glattweg als "autonom" zu deklarieren; als bestünde nicht das als Realität fort, auf das man sich doch in gesamtgesellschaftlicher Veränderungsabsicht bezieht. Das schließt im übrigen die Wahlfrage und die mit ihr – fälschlicher- und ideologischerweise verbundenen – Parlamentarismusfrage ein.

Wahlen können einem tatsächlich zu recht schnuppe sein, so lange der Wahlakt zu etwas deklariert wird, was auf gesellschaftliche emanzipatorische Veränderung abzielen soll. Daß dies nicht der Fall sein kann, bedarf keiner weiteren Ausführung. Dennoch muß es erstaunen, wie viele Linke die Wahlen immer wieder prinzipiell diskutieren und zwar in negativer Abgrenzung zum Anspruch des Systems, bei Wahlen würde der Volkswille tatsächlich von unten nach oben transformiert. Die Abgrenzung vom Wahlakt beim deklarierten Nichtwähler aus Prinzip, das im übrigen mit der Haltung einhergeht, dabei gleich der SPD eins ausgewischt zu haben, als stünde man mit ihr in einem subjektiv-vertraulichen Beziehungsverhältnis, macht mißtrauisch. Es drängt sich der Eindruck auf, als ob trotz aller Eigenständigkeitserklärungen die Abgrenzung ein linkes Identitätskorsett darstellt, als ob trotz aller linker Autonomieerklärungen eine emotional aufgeladene "Bestrafungsaktion" ausgeübt wird. Von den eigenen Interessen und Absichten ist hierbei nicht die Rede.

Vom Moment der Zeit im politischen Handeln

Dies mag für viele nicht zutreffen und auch empirisch falsch sein. Atmosphärisch besteht dennoch ein Klima von offener oder insgeheimer Verdächtigung fort, anhand der Wahlfrage durch ein abstraktes "dafür" oder "dagegen" den nunmehr als "richtig" festgelegten Weg sozialistischer Rechtschaffenheit verlassen zu haben. Dieser neue Dogmatismus operiert mit Denk- und Handlungsverboten. Seine Hauptwaffe ist theoretischer Natur und heißt "Anti-Parlamentarismus". Er beruft sich auf eine wichtige Debatte in der Linken, wie sie in den sechziger Jahren geführt worden ist und beträchtlich zur Ablösung von traditionell betriebener Politik beitrug und damit die "Straße" als Forum neuer, tätiger politischer Öffentlichkeit entdeckte. Die Parlamentarismuskritik räumte mit den althergebrachten Vorstellungen von Vertretung und "demokratischer" Stellvertretung auf, stellte Bewegung und Einzelnen in den Vordergrung – kurz: sie denunzierte den Anspruch auf Volkssouveränität durch den Parlamentarismus und entlarvte die bürgerliche Demokratie als eine Diktatur, deren Herrschaft mittels Formen verläuft, die schon qua Definition den tatsächlichen Willen in sein Gegenteil zu verkehren vermag. Das, was heute souverän als gemeinhin bekannt gehandelt wird, war damals eine durchaus aufrüttelnde Erkenntnis: daß nämlich der ganze Parlamentarismus, die sogenannte Parteidemokratie nur dafür gut ist, den Willen eine Elite von oben nach unten so zu vermitteln, als vermittele er sich in Wirklichkeit von unten nach oben.

Welche Bestandteile die Parlamentarismuskritik auch immer noch enthalten haben mag, sie war vor allem nicht deshalb "richtig", weil sie in einem abstrakten Sinne wahr, sondern weil sie in einer besonderen historischen Phase ein durchaus wirksames Mittel der Denunziation der politischen Verhältnisse war, die es zwecks Veränderung zu erschüttern galt. Dem formaldemokratischen Parlamentarismus, dem institutionellen, verfassungsgemäßen Schutzheiligen des Systems den kritischen Spiegel seiner Wirklichkeit vorzuhalten und der Bewegung so den politischen Raum der "Straße", die außerparlamentarische Tätigkeit zu eröffnen, war eine richtige und wahre Handlung zugleich.

Diese Wahrheit, daß der Parlamentarismus nicht den Willen von unten nach oben zu transportieren vermag, sondern zur Legitimation reibungsloser Herrschaft von oben nach unten dient, bleibt. Was nicht bleibt, ist der Effekt der Kritik. Die richtige Parlamentarismuskritik nimmt selbstkarikierende Züge an, wenn sie rationalistisch vermeint, die Aufklärung über die Wirklichkeit des Parlaments

sei bereits politisch genug, um verändernd wirken zu können. Und sie ignoriert gleichzeitig die Mobilisierungsfähigkeit durch eine aktuell "richtige" Inanspruchnahme prinzipiell untauglicher Mittel der Veränderung. Das mag vielen Ohren "taktisch" klingen. Aber dabei handelt es sich um Politik insofern, als es um die Ausnutzung, bzw. Herbeiführung von Manövrierraum, um politische Handlungsfähigkeit geht. Nichts ist fruchtloser und selbstzerstörerischer für linke Politik, als ein Standpunktdogmatismus, der die prinzipiell richtige Einsicht in gesellschaftliche Funktionsmechanismen zur politischen Eigenblockade einsetzt. Das gilt natürlich nicht nur auf den Parlamentarismus allein bezogen, sondern auch für jegliche andere auf oder gegen politische Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft gerichteten Politik.

Wenn darüber Einigkeit erzielt werden könnte, daß gesellschaftliche Veränderung nicht alleine dort ausreicht, wo Politik in einem engeren Sinne dort beginnt und aufhört, wo unmittelbar über die konkrete Verfolgung von Interessen verfügt wird, wenn also die sogenannte "große Politik", die bis in die letzte Pore jener "kleinen Brötchen", der totalen Vergesellschaftung wegen, durchschlägt und sie somit fernsteuert, dann wäre es dem Veränderungsanspruch angemessen, die Verkoppelung beider Bereiche von Politik (polemisch: "Politikverständnis, oder was man wohl für eins hat") auch in der Praxis anzuerkennen und nicht denunziatorisch – wie ich meine: zur Identitätserhaltung – gegeneinander auszuspielen. Dies geschieht übrigens weit mehr in der Theorie als in der Praxis. Letztere nimmt schon intiutiv die Sphäre der Öffentlichkeit und des Staates weit mehr zur Kenntnis, als die legitimatorische Theoretisierung es zuläßt.

Nehmen wir das Beispiel des "Russell-Tribunals". Sein Zweck war die Verteidigung des bißchen an bürgerlicher Demokratie, die linkes Handeln in dieser Gesellschaft benötigt. Dazu gab es zwar Diskussionen über Details, nicht aber über die prinzipielle Bedeutung eines solchen Unternehmens. Wer aber was Adressat des Tribunals? Was waren seine Formen? Wurde nicht genau jener Ebene der Politik entsprochen, der man theoretisch doch den Rücken zu kehren geglaubt hatte? Und wer sollte – und dabei stellt sich die Gretchenfrage – die während des Tribunals geäußerte Kritik in die bürgerliche Öffentlichkeit transformieren oder gar den weiteren Abbau demokratischer Freiheitsrechte den Weg verstellen, wenn nicht Personen als Funktionsträger in solchen Institutionen, die dazu über das herrschende System legitimiert sind? Waren also nicht die Teilhaber an der formalisierten bürgerlichen Herrschaft die tatsächlichen Adressaten? Saßen sie nicht in den Parlamenten, befanden sie sich nicht in den Parteien? Hier sollten also Funktionsträger auch linke Interessen zu den ihren machen, in dem ihnen akribisch nahegebracht werden sollte, daß sie dabei nichts anderes tun, als ihre eigenen zu wahren. Es wurde mittels des Russell-Tribunals also bestätigt, daß man der eigenen Politik wegen eines politischen Umfeldes bedarf, daß ein Mindestmaß an Bewegungsfähigkeit zuläßt, um überhaupt linke Politik betreiben zu können, will man sich nicht als kritischer Kritiker aus der Realität flüchten, immer recht behalten und niemals Recht bekommen.

Bild: Ellen Bailly

Heute wird der Manövrierraum, in dem sich linke Politik gesellschaftlich wirksam und nicht nur zur eigenen Identitätssicherung bewegen kann, bis zur politischen Strangulierung eingeschränkt. Die Sozialdemokratie – von der kurzen und zu falschen Hoffnungen Anlaß gegebenen Reformphase abgesehen – kann die Defensivfunktion hinsichtlich des sozialen und politischen status quo nicht wahrnehmen und erst recht nicht sich denjenigen Kräften passiv gegenüber verhalten, die jenen status quo nach vorne hin aktiv verändern wollen. Der sich als zunehmend aushöhlende Raum politischer Vermittlung zwischen gesellschaftlicher Bewegung und institutioneller Verankerung muß aufgefüllt werden, soll die von uns betriebene Politik nicht leerlaufen. Es geht also um die Herstellung fehlender institutioneller Übertragungsformen für unsere Politik.

Von Prinzipialismus und Bewegung

Besteht Einigkeit über die Notwendigkeit von politisch-institutioneller Vermittlung unserer Aktivitäten bzw. die Bedeutung de Aufrechterhaltung des politischen Raumes, in dem sich Vermittlung realisiert, so kann man hinsichtlich der daraus zu ziehenden Konsequenzen zu unterschiedlichen Einschätzungen kommen. Abstrakt gesprochen bedürfte dieser sich institutionelle entleerte politische Raum einer sozialistischen Partei. Nun wissen wir um die zerstörerische Wirkung monolitischer Organisationsformen, der erstickenden Anpassung an die Formen organisierter Politik, der darüber erfolgenden Anlehnung an die Funktionsmechanismen des Systems und an die lähmende Wirkung des Parlamentarismus. Diese Alternative institutionellen Eingreifens kann also eindeutig als eine falsche Strategie kenntlich gemacht werden. Dies hieße nämlich ein Primat institutioneller Politik über die gesellschaftlich verankerte Bewegung hinzunehmen. Was sich als eine politisch wirksame Mischform von Bewegung und institutioneller Einbindung angeboten hätte, wäre eine Unterstützung von Wahlbeteiligung in Form einer linken Liste gewesen, deren Funktion mittels politischer Drohgebärden und tatsächlicher Teilhabe am formalisierten System die Manövrierfähigkeit und Wirksamkeit der gesellschaftlich relevanten Tätigkeit an der Basis nur hätte erweitern können. Die konkreten Aktivitäten an der Basis brauchen dadurch nicht notwendig einschränkend zu werden. Es hätte sich eine ohnehin bestehende politische Arbeitsteilung formalisiert und so durch ihre bloße Existenz auf der Ebene der Repräsentanz die zur "Mitte" hin integrierende Sozialdemokratie herausgefordert. Dem ist zwar vom Prinzip her in Form des Russell-Tribunals nachgegangen worden, ohne dies aber systemadäquat zu institutionalisieren. Wer diese widersprüchliche und durch die Realität gestellte Einheit von institutionell wirksamer und an der Basis wirkender Politik in ein "entweder – oder" aufspaltet, glaubt in Wirklichkeit nicht an selbstbestimmte Autonomie gesellschaftlicher Bewegung, meint sie also von den "Versuchungen" der institutionellen Tätigkeit "bewahren" zu müssen und stellt sich damit als Gralshüter und ideeller Basis-Leninist über die beschworenen Lernerfahrungen, Selbsttätigkeit und gewonnener Identität der Bewegung, die er so zu schützen vermeint. Kurz: insgeheim wird nicht an die Möglichkeit der Basis zur Eigendefinition und Beständigkeit geglaubt.

Der Schritt auf die Herbeiführung eines eigenständigen linken Institutionalisierungszusammenhangs hin bedeutet keineswegs Formalisierung und Vereinheitlichung, sondern politische Verstrebung. Dieses Bedürfnis nach politischer Eingriffsfähigkeit wurde inzwischen von den Grünen aufgenommen. Sie begannen ein Feld zu beackern, das allzulange brach lag, ob uns ihre politischen Formen nun gefallen mögen oder nicht. Dies auch dann, wenn sie mit der Ökologiebewegung nicht identisch sind und die AKW-Bewegung sowie die Bürgerinitiativen nicht repräsentieren, bringen sie dennoch ein Bedürfnis zum Ausdruck, das auf Veränderung drängt. Dabei wird uns auch

FORTSETZUNG SEITE 10

DISKUSSION

Chance für Strauß?

Die Debatten um die künftige politische Entwicklung der Bundesrepublik erscheinen derzeit an zwei Punkten eigentümlich verkürzt: einmal in bezug auf die Person Strauß, die entweder unvermittelt als Personifizierung des "größeren Übels" dargestellt oder aber taktisch zur austauschbaren Charaktermaske heruntergespielt wird, und in bezug auf die kommenden Wahlen, die so oder so motiviert zu einem historisch entscheidenden Ereignis hochstilisiert werden. Was dabei teilweise verlorenzugehen droht, ist der nüchterne Blick auf objektive Bedingungszusammenhänge und Kräfteverhältnisse, in denen politische Figuren und Akte wie etwa der Gang zur Urne erst ihre Bedeutung erhalten.

Es soll hier nicht um eine umfassende Diskussion von Voraussetzungen und Ansätzen linker Politik in der Bundesrepublik gehen. Vielmehr soll darauf aufmerksam gemacht werden, daß es auch eine "Politik des Kapitals" bzw. relevanter Kapitalgruppen gibt, die – über direkte und indirekte Parteiunterstützung, vielerlei Stützpunkte im Verwaltungsapparat, die Politik gegenüber den Gewerkschaften, Investitionsstrategien, Kontrolle über Medien u.v.a.m. – den politischen Prozeß wesentlich beeinflußt. Dies wird in der gegenwärtigen Diskussion in ihrer – positiven wie negativen – Parlamentsfixiertheit des öfteren übersehen. Man sollte aber im Gedächtnis behalten, daß Politik auch auf staatlicher Ebene eben nicht einfach über Wahlen gemacht wird, sondern daß der parlamentarische Prozeß selbst noch einmal Bestandteil eines umfassenderen und recht komplizierten Bedingungsgefüges ist, von dem aus Wahlentscheidungen beeinflußt werden und Wahlergebnisse erst ihren politischen Stellenwert erhalten.

Ob Strauß gewählt wird oder nicht, welchen Spielraum er im Falle seiner Wahl haben würde, welche Rolle die "Grünen" dabei möglicherweise spielen, wird immer noch vergleichsweise wenig davon beeinflußt, wo einige zehntausend Linke ihr Kreuzchen machen. Das hängt von ökonomischen Bedingungen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ab, in denen natürlich auch die Linke eine Rolle spielt, nur hat man manchmal den Eindruck, daß sie selber nicht ganz weiß, auf welche Weise.

Dabei gibt es gerade hierzulande die historische Erfahrung des Jahres 1966, wo mit der Bildung der Großen Koalition ein entscheidendes Neuarrangement auf der Ebene der politischen Apparate durchgesetzt wurde, ohne daß dabei Wahlen irgendeine Rolle gespielt hätten. Was sich dann politisch voranbewegt hat, war das Ergebnis einer Vielzahl außerparlamentarischer Aktivitäten, von der Studentenbewegung bis zu den aufkommenden Bürgerinitiativen. Für die Verschiebungen auf Regierungsebene war entscheidend, daß veränderte ökonomische Bedingungen und soziale Konfliktlagen nach dem Ende des "Wirtschaftswunders" andere ökonomische und massenintegrative Strategien, vor allem eben die Einbeziehung der Gewerkschaften in den staatlichen Wirtschaftsregulierungsprozeß erfordert hatten. Dafür war der Appell an das Wahlvolk durchaus verzichtbar. Die BRD mit ihren bürokratisierten und quasi verstaatlichten Parteiapparaten bietet für einen "Machtwechsel" mittels innerparteilichen und koalitionsmäßigen Verschiebungen besonders günstige Voraussetzungen. Und daran hat sich seither nichts geändert. Schon deshalb ist ungewiß, welchen politischen Effekt individuelle und kollektive "Wahlentscheidungen" letztendlich haben. Die Fäden, an denen die Figuren auf der politischen Bühne hängen, enden beileibe nicht nur beim Wähler.

Nach wie vor ist richtig, daß die Durchsetzung von Strauß als Kanzlerkandidat der Unionsparteien eine einschneidende Veränderung der Parteienkonstellationen signalisiert (vgl.

FORTSETZUNG VON SEITE 9

keine später, d.h. im Nachhinein sich als wahr einstellende Voraussage hinwegtrösten, daß sich hier Richtiges in falschen Formen niederschlug. Sicher wäre uns ein sozialistisch-grünes Bündnis, das sich nicht in verformender Parteienstruktur hineinzwängt, lieber gewesen als eine grüne Partei mit bloß buntem und alternativem Anhang.

Der Eingriff der Realität und die Mobilität der Entscheidung

Nun stellt sich die Realität widersprüchlicher und bei weitem antiprinzipialistischer dar, als der eigene vorausschauende Wille ihn herbeiwünscht. Die Überlegungen hinsichtlich einer sich auch institutionalisierenden Politik werden von den Schwankungen in der Wirklichkeit eben mehr mitbestimmt, als es unseren strategischen Einsichten recht sein mag. Auch das richtet sich gegen prinzipialistische (Welt-)Anschauungen. Um zum Punkt zu kommen: eine Entscheidung in der Institutionalisierungs- und Wahlfrage wird von der Mobilisierungsfähigkeit bestimmt. Die leidige Frage nach der Überwindungsfähigkeit der fünf Prozent ist nicht das, was viele in arroganter Distanz als Prozentezählerei abtun und dabei nach dem ideologischen Hackebeil des denunziatorischen "Politikverständnis" greifen, womit sich jede Diskussion sofort in die Tabuzonen politischer Identitätsklauberei verschiebt, sondern ist für das politische System der Bundesrepublik eine qualitative, ja eine Verfassungsfrage. Um es offen auszusprechen: gelänge die Herbeiführung einer Liste, die sich nicht eine lähmende Parteiform gibt, sondern als öffentlichwirksamer und institutioneller Arm sozialer Bewegungen und kontinuierlicher Tätigkeit in das politische System hineinwirkt, dann müßte dieser Schritt, der sich von parlamentarischer Tätigkeit und institutioneller Unterwerfung unterscheidet, unternommen werden. Meines Erachtens hätte ein solcher Schritt bereits nach der letzten Bundestagswahl eingeleitet werden müssen. Für eine solche Entscheidung ist aber heute die Zeit bereits zu weit fortgeschritten. Darüber hinaus bahnt sich gegenwärtig zu allem Überfluß eine internationale Entwicklung an, die in einem viel stärkeren Maße als ohnehin erwartet, die Bedeutung des europäischen Verhaltens in der Entspannung zwischen Ost und West steigert. Es ist sicherlich richtig, daß auf einer sozial und ökonomisch quantifizierbaren Ebene sich die Handlungsabsichten und der Manövrierraum von Unionsparteien und Koalition nicht unterscheiden. Aber es sind nicht allein die objektiv bemessenen Zwänge des Systems in der Bundesrepublik selbst, die Politik vorhersehbar definieren. Reaktion auf Handlungszwänge sind immer auch in zweierlei Richtung auflösbar. Es ist sicherlich keine Hysterie auf die zunehmende Kriegsgefahr und die grundsätzlich veränderte politische Atmosphäre hinzuweisen, wie sie sich seit wenigen Wochen verdichtet hat. Ohne den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan in irgend einer Weise zu rechtfertigen, muß darauf hingewiesen werden, daß z.B. eine Entscheidung wie der perverse "Nachrüstungs"-beschluß auf dem Parteitag der Sozialdemokratie, dem bisherigen Garanten einer Entspannungs- und Abrüstungspolitik in Mitteleuropa, denjenigen Kräften im Kreml den Rücken gestärkt haben muß, die schon immer die Politik der Entspannung als ein lästiges Gewicht ihrer eigenen Rüstungsabsichten und die daraus zu folgernde Politik betrachtet haben. Was in einem europäisch und weltpolitisch so bedeutsamen Land wie der Bundesrepublik geschieht, kann anderen nicht egal sein.

Wir haben eben viel zu lange den Vermittlungszwang zwischen beiden "Politikverständnissen" ignoriert und damit unsere eigene Bedeutung heruntergespielt. Eine Unionsregierung unter Strauß hieße gerade in der gegenwärtigen Entwicklung eine zusätzliche Verhärtung der UdSSR herbeizuführen, verschärfte die zu erwartende Repression in Osteuropa und schraubte die Eskalationsspirale hinauf. Hier und Heute werden Entscheidungen in der "großen" Politik mit winzigen Mehrheiten zustande gebracht. Wir haben also einen Einfluß, der zwar unserer qualitativen politischen Konstitution nicht entspricht; aber danach fragt später niemand.

Gerade in der Wahlkampfphase gilt es Einfluß auf die öffentliche Meinung auszuüben, gegen Kriegsgeschrei und Kriegsgefahr. Dies aber nicht mit einem unverbindlichen pazifistischen Ethos, sondern mit einer politischen Programmatik, die auch Ansprüche hinsichtlich der bislang als Tabuzone gehandelten "hohen" Politik stellt, auch wenn sie wahltechnisch für die anstehende Wahl nicht realisierbar sind. Realitätsgerechtes Verhalten heißt endlich die institutionelle Ebene der Politik auch praktisch ernst nehmen, heißt politisch Ansprüche stellen und ihre Umsetzung angehen. Eine solche Vorbereitung muß vorläufig noch auf der Ebene der Bewegung allein erfolgen. Sie darf aber in Zukunft nicht mehr auf ihr verharren.

DANY DINER

Hirsch/Roth in "links" Nr. 112/113). Sie bedeutet die Formierung einer reaktionären Alternative zum sozialdemokratischen "Modell Deutschland" auf Parteiebene und hat darüber hinaus erheblich zur Rechtsverschiebung der SPD beigetragen – eine Entwicklung, die ihrerseits "grünen" Parteiaktivitäten Auftrieb gab. Das Ergebnis der politischen Entwicklung im Jahre 1979 ist eine einigermaßen grundlegend veränderte Konstellation im System der politischen Apparate, die den Herrschenden durchaus neue Möglichkeiten eröffnet hat. Was aber davon Wirklichkeit wird, hängt nicht allein davon ab, was Schmidt, Strauß oder die Wähler **wollen**. All dies sind nur Faktoren in einem politischen Kräftespiel, das sehr viel weiterreichende Dimensionen hat. Die Durchsetzungschancen, über welche die "Alternative Strauß" verfügt, wird sicherlich von seiner Fähigkeit bestimmt, Wahlunterstützung zu gewinnen, aber auch – etwas vereinfacht ausgedrückt – von der Brauchbarkeit seiner Politik für die dominierenden Kapitalgruppen. Beides hängt ganz wesentlich von der ökonomischen Entwicklung ab: vom Ausmaß der Ängste und Unsicherheiten, die möglicherweise reaktionär mobilisierbar sind und davon, inwieweit das sozialdemokratische "Modell Deutschland" auch in Zukunft noch in ausreichendem Maße die Verwertungsbedingungen des westdeutschen Kapitals politisch absichern kann. Daraus bestimmt sich auch der Spielraum, den Strauß im Falle seiner Wahl zum Kanzler hätte.

Die relative Stabilität des "Modell Deutschland"

Und von daher betrachtet, stehen Strauß' Chancen nicht übermäßig gut. Ein entscheidendes Handicap für ihn ist, daß das Schmidtsche Krisenmanagement und die mit dem sozialdemokratischen "Modell Deutschland" etablierte Form der Absorbierung und Ausgrenzung gesellschaftlicher Konflikte trotz aller Schwierigkeiten immer noch recht gut funktioniert, daß insbesondere die Einbindung der Gewerkschaften in die von der sozialliberalen Regierung gestützte imperialistische Kapitalstrategie vorerst noch nicht ernsthaft gefährdet erscheint. Strauß hat darauf gesetzt – siehe seine Sonthofen-Rede –, daß infolge einer dramatischen Verschlechterung der Wirtschaftslage für das Kapital ein frontaler Angriff auf die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften notwendig würde, und daß das herrschende technokratische Krisenmanagement durch eine durchgreifendere Repressionspolitik und eine umfassendere reaktionäre ideologische Mobilisierung ersetzt werden müsse. Dies war sicherlich nicht aus der Luft gegriffen: tatsächlich sind die Verwertungsbedingungen des Kapitals erheblich gefährdet, liefern gesellschaftlich Marginalisierung, Arbeitslosigkeit, eine um sich greifende "Sinnkrise" und die Bedrohung einer relevanten Anzahl kleinerer Kapitale durch den weltmarktbestimmten ökonomischen "Strukturwandel" eine sich tendenziell verbreitende Basis, die für chauvinistische Politik nach innen und außen ausgenutzt werden kann. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß gerade für die dominierenden, weltmarktorientierten und technologisch fortgeschrittenen Kapitalgruppen eine Strauß-**Regierung** derzeit auch mit erheblichen Risiken verbunden wäre.

Sicherlich ist auf lange Sicht gesehen die ökonomische Basis des sozialdemokratischen "Modell Deutschland" sehr brüchig. Sie besteht darin, daß sich das westdeutsche Kapital, mittels einschneidender technischer Umstrukturierungs- und Spezialisierungsprozesse, als anpassungs- und leistungsfähiger Lieferant insbesondere von Produktionsmitteln eine bevorzugte Position auf dem Weltmarkt erobern und dabei nicht zuletzt von den Industrialisierungsprozessen im "Ostblock" und in den "Schwellenländer" der Dritten Welt (z.B. Iran, arabische Staaten, Lateinamerika) profitieren konnte. Diese Position ist gebunden an die Aufrechterhaltung eines freien internationalen Waren- und Kapitalverkehrs, war gestützt von den fortwährenden DM-Aufwertungen, wodurch die Rohstoffimporte verbilligt und Auslandsinvestitionen zwecks Eroberung von Märkten und Auslagerung unrentabel gewordener Produktionen begünstigt wurden, setzt vor allem eine "maßvolle" Gewerkschaftspolitik voraus, durch welche nicht nur Lohnsteigerungen in Grenzen gehalten, sondern vor allem auch Produktionskontinuität, "Leistungsbereitschaft", Mobilität und Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte gewährleistet werden. Das dem sozialdemokratischen "Modell Deutschland" zugrundeliegende politische Kalkül läuft darauf hinaus, diese weltmarktorientierte ökonomische Strategie voll zu unterstützen, die unumgänglichen gesellschaftlichen Opfer in Kauf zu nehmen, mit der dadurch gesicherten relativen ökonomischen Prosperität aber zugleich auch die finanziellen Spielräume offenzuhalten, um politisch mit gezielt eingesetzten materiellen Konzessionen und Kompensationen und einem, wenn auch notdürftig, funktionierenden "Netz der sozialen Sicherung" operieren zu können.

Dies bedeutet, daß das sozialdemokratische "Modell Deutschland" seine offene Flanke vor allem gegenüber dem Weltmarkt hat und von den Entwicklungen dort entscheidend bedroht werden kann. Und hier sind die aktuellen Aussichten sicher nicht übermäßig, die langfristigen schon gar nicht günstig: Die sich international abzeichnende Rezession wird gerade die Nachfrage nach Produktionsmitteln verringern und den Konkurrenzkampf der Industrieländer auf diesem Sektor verstärken. Politische Umwälzungen wie im Iran bedrohen wichtige Absatzgebiete, der Ölpreis wird weiter steigen und die internationalen Währungsturbulenzen drohen, auch die DM ins Trudeln zu bringen. Es läßt sich sogar mit einiger Gewißheit begründen, daß die derzeitige westdeutsche Weltmarktstrategie auf längere Sicht nicht durchgehalten werden kann. Die Frage ist nur, ob das sozialdemokratische Konzept **jetzt schon** am Ende ist. Und das dürfte kaum der Fall sein.

"Nicht vergessen, daß Politik auch auf staatlicher Ebene, eben nicht einfach über Wahlen gemacht wird ..."

Immer noch Spielräume

Selbst wenn die pessimistischen Prognosen bezüglich der kommenden internationalen Wirtschaftsentwicklung einträfen, so heißt dies noch nicht, daß es für diesen Fall eine tragfähige alternative ökonomisch-politische Kapitalstrategie gibt. Eher kann vermutet werden, daß das westdeutsche Kapital auf eine Verschlechterung der Lage auf dem Weltmarkt zunächst mit einer Intensivierung seiner "technologischen" Expansionsstrategie reagieren und zugleich die ökonomisch-politischen Spielräume stärker ausnutzen würde, die es angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse im Inneren immer noch hat. Man muß dabei berücksichtigen, daß sich als Ergebnis der von den Gewerkschaften faktisch mitgetragenen Krisenpolitik der Anteil der Lohnabhängigen am Sozialprodukt seit 1974 kontinuierlich verringert hat, auch wenn es insgesamt noch nicht zu durchgreifenden Reallohnsenkungen gekommen ist. Die dadurch ermöglichte Steigerung der Unternehmensgewinne war eine wesentliche Ursache für den Konjunkturauf-

schwung, der im vergangenen Jahr seinen Höhepunkt erreicht hat. Es spricht nicht viel dagegen, daß diese Entwicklung erst noch einmal fortgesetzt werden kann, d.h. daß der durch verschärfte internationale Konkurrenz, Ölpreissteigerungen usw. verengte "Verteilungsspielraum" weiterhin und sogar noch verstärkt zu Lasten der Lohnabhängigen ausgleichbar sein wird. Nicht einmal Reallohnsenkungen, wenn sie ein gewisses Maß nicht überschreiten, erscheinen im Rahmen der gegebenen politischen Konstellationen ausgeschlossen. Das korporativistische Regulierungskartell, das sich zwischen sozialliberaler Regierung und Gewerkschaften etabliert hat, kann derartigen Belastungen durchaus standhalten, sofern es nur gelingt, einschneidende ökonomische Einbrüche zu vermeiden, das wieder zu erwartende Ansteigen der Arbeitslosenzahlen in Grenzen zu halten und die im internationalen Vergleich verhältnismäßig gute ökonomische Lage der BRD zu bewahren. Daß dies Opfer kostet, kann auch Schmidt plausibel machen. Seine Art des Spiels mit der Angst ist deshalb so wirksam, weil es kalkulierbare Auswege im Rahmen des gesellschaftlichen Status Quo zu bieten scheint.

Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß das sozialdemokratische "Modell Deutschland" nicht zuletzt auch deshalb vorerst überleben konnte, weil es eine zwar defensive, aber immerhin in Rechnung zu stellende Kampfbereitschaft der Arbeiter gibt, weil relevante soziale Bewegungen existieren und die "linke Infrastruktur" zwar schwach, aber keinesfalls zerschlagen ist. Sozialdemokratische Politik steht auch für den taktischen, zugleich repressiven und integrativen Umgang mit diesen Kräften, für die Vermeidung des Risikos einer breiteren sozialen Konfrontation.

Dies alles steht natürlich unter der Bedingung, daß die internationale Wirtschaftsentwicklung nicht vollends katastrophal wird. Klammert man aber diesen Fall aus, so bietet das sozialdemokratische "Modell Deutschland" immer noch ausreichenden Spielraum auch für eine wieder etwas härter werdende Krisenpolitik. Vor allem gewährleistet es nicht nur vorzüglich die außenpolitische Absicherung der kapitalistischen Weltmarkt-Expansionsstrategien, sondern zugleich immer noch auch eine vergleichsweise reibungslose Folgebereitschaft der Lohnabhängigen und ihrer Organisationen bei der Durchsetzung ökonomisch-technischer Anpassungsprozesse mit gravierenden sozialen Folgen.

Unkalkulierbare reaktionäre Politikvariante

Darin und in der immer noch gut gelingenden Aufspaltung und Ausgrenzung sozialer Konfliktherde liegt die Brauchbarkeit des mit der sozialliberalen Regierung etablierten Regulierungskartells für das technologisch fortgeschrittene und weltmarktorientierte Kapital. Trotz der damit verbundenen Kosten bleibt den dominierenden Kapitalgruppen derzeit keine sinnvolle Alternative, als weiter auf Schmidt und sein Gefolge zu setzen. Eine reaktionäre Politikvariante à la Strauß trägt dem gegenüber das kaum kalkulierbare Risiko internationaler Verwicklungen (insbesondere im Verhältnis zur Sowjetunion und zum imperialistischen Hauptkonkurrenten USA; immerhin ist Strauß auch der Exponent der westdeutschen Rüstungsindustrie, deren Interessen aber nicht unbedingt die des restlichen Kapitals sind), innerer sozialer Konfrontationen und unkontrollierbarer ideologischer Prozesses in sich. Dies immer wieder ins Bewußtsein zu heben, ist der Zweck des im Regierungslager gern geübten (und von allen gesellschaftlichen Inhalten bewußt absehenden) Verweises auf die "Unberechenbarkeit" des Franz Josef Strauß. Damit sind nicht nur die subjektiven Eigenschaften einer Person, sondern vor allem auch die Unwägbarkeiten einer politischen Strategie gemeint, die unübersehbare innere und internationale Verwicklungen mit sich bringen kann, und die in der Tat vorerst noch quer liegt zu der derzeit bevorzugten Politik des Kapitals. Eine wirkungsvolle Durchsetzung einer Strauß-Politik setzt nicht nur die teilweise schon vollzogenen Umschichtungen und Umformierungen in den politischen Apparaten voraus, sondern bedürfte noch einiger grundlegender kapitalfraktioneller Verschiebungen und Neuorientierungen. Dafür gibt es aber momentan noch keine Anzeichen.

Von daher erklärt es sich, daß Strauß in der gemachten Öffentlichkeit bislang nur schwachen Rückhalt bekommen hat, und daß er schon ganz erhebliche Mengen Kreide fressen mußte – sehr zu Lasten wahlwirksamer Profilierung bei seinem ureigenen Klientel. Und es ist gewiß keine Randerscheinung, wenn der Unions-Kanzlerkandidat öffentlich den Industrieverbands-Präsidenten wegen dessen wohlwollender Haltung gegenüber der Schmidt-Regierung anmacht oder vergebens zu verhindern sucht, daß der Handwerkskammer-Präsident dem derzeitigen Kanzler eine goldene "Ehrennadel" ans Revers heftet (Spiegel 51/79). Strauß steht unverkennbar derzeit etwas im Abseits.

Natürlich bedeutet dies nicht, daß Strauß' Kanzlerkandidatur nur Zufall oder persönlich motivierter Alleingang war. Sie hatte und hat immer noch strategische Bedeutung: weil sie den Rechtsruck und den politischen Verhärtungsprozeß innerhalb der SPD legitimatorisch absichert und damit auf einigermaßen paradoxe Weise den Handlungsspielraum der bestehenden Regierung wieder erweitert. Nicht zuletzt Strauß ist es zu verdanken, daß Schmidt seit dem letzten Parteitag wieder eine Mehrheit hinter sich hat. Und sie hat auf parteipolitischer Ebene eine wirkliche Alternative zum sozialdemokratischen "Modell Deutschland" formiert, auf die gegebenenfalls und bei entsprechenden inneren und internationalen Entwicklungen wird zurückgegriffen werden können. Insofern hat der Mohr seine Schuldigkeit gewiß getan.

Ob und wann sich die von ihm vertretene Politik nun aber tatsächlich voll durchsetzen wird und kann, wird nur sehr bedingt von Wahlergebnissen abhängen. Selbst wenn er gewählt würde, bedeutete dies noch lange nicht, daß damit auch sein Strategiekonzept sich durchgesetzt hätte. Und andererseits lassen sich solche strategischen Veränderungen auch ohne Wahleinflüsse durch Verschiebungen in den Partei- und Koalitionskonstellationen durchsetzen, wie schon gehabt: Die flexiblere, also sozusagen sozialkonservative Variante des "Modell Deutschland" ließe sich sicherlich auch im Rahmen einer großen Koalition durchhalten, genauso wie eine konsequente Durchsetzung des autoritären Sicherheitsstaates ohne die Person Strauß möglicherweise reibungsloser vonstatten gehen könnte. Ohnehin ist es letzteres, d.h. die gewissermaßen unspektakuläre, lautlose Perfektionierung, Differenzierung und Ausdeutung der Repressions-, Überwachungs- und Kontrollnetze und weniger politisches Rabaukentum, Chauvinismus und reaktionäre Massenmobilisierung, welche eine brauchbare politische Alternative für das technologisch hochentwickelte, weltmarktorientierte und damit auch gegen unberechenbare Störungen der gesellschaftlichen Normalzustände allergische Kapital darstellt. Die reale Alternative zum sozialdemokratischen "Modell Deutschland" der bisher gehabten Art ist möglicherweise eher die Verselbständigung und "Machtergreifung" der Herolds & Co., also des polizeilich-geheimdienstlichen, sozialpräventiven Sicherheitsapparats, der sich im Schoße der herrschenden staatlichen Zustände schon beachtlich entwickelt hat.

JOACHIM HIRSCH

express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

"express" ist die erste unabhängige Gewerkschaftszeitung in der BRD.

"express" berichtet ausführlich über Streiks, Betriebskämpfe und politische Aktionen der Lohnabhängigen im In- und Ausland,

"express" diskutiert Alternativen zur gewerkschaftlichen Strategie und Politik.

"express" erscheint jeweils Mitte des Monats mit 16 Seiten.

Aus der Januar-Ausgabe:

Horst-Dieter Zahn:
Benz, Preiss (IG Metall) contra Oberursel

Frank Deppe:
Die Entstehung der Einheitsgewerkschaft

Peter von Oertzen:
Mehr Demokratie in den Arbeiterorganisationen

Tarifrunde 1980:
IG Metall: Notfalls Alarm schlagen
IG Druck: Bewegung tut not!

RFFU – wat nu?
Der Streik, der nicht stattfinden sollte

Klaus W. Kowol:
Rudi Dutschke ist tot

Außerdem:
Weihnachtsposse beim DGB
'ran'-Redaktion
Hurra, DIE GRÜNEN sind da?
Weihnachtsfeier bei Opel, Bochum
SPD-Parteiaustritte

Probeexemplare und Bestellungen: Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach 4, Postfach 591

☐ bitte schicken Sie mir kostenlos Probeexemplare des "express"

☐ ich abonniere den "express" ab Januar 1980 zum Bezugspreis von DM 24,– (DM 18,– + DM 6,– Porto).

DISKUSSION

Es geht um mehr . . .

Die Diskussion über unser politisches Handeln angesichts der Strauß-Kanditatur auf der einen und einer "grünen" oder "alternativen" Wahlbeteiligung auf der anderen Seite gerät, obwohl sie ja nun auch im SB schon seit einiger Zeit geführt wird, immer wieder in die Gefahr, zum bloßen Streit um die richtige Antwort auf die Wahlfrage zu verkommen. Diese Tendenz wird natürlich begünstigt durch die enorme Bedeutung, die, ob zugegeben oder nicht, auch "gestandene" außerparlamentarische Linke dem Wahlakt für ihre politische Identität beimessen. So lautstark über das Kreuzchenmachen auch immer gelästert wird, wenn es um Wahlen geht, so scheinen alle Entscheidungen etwas vom Charakter schwerwiegender Gewissensfragen anzunehmen – auch oder vielleicht gerade bei denen, die eine Wahlbeteiligung oder gar das Wählen selbst prinzipiell ablehnen. Daß allzuviel über Wahlentscheidungen und viel zu wenig über die gesellschaftliche Situation in der Bundesrepublik und die daraus zu begründenden politischen Perspektiven gestritten wird, hat aber eine weitere Ursache in der Argumentation der Gegner einer, wie auch immer gearteten, Wahlbeteiligung. Es sind ja wesentlich zwei sich eigentlich widersprechende, trotzdem manchmal unvermittelt aneinandergefügte Argumentationslinien, von denen aus eine Einmischung in den Grün-Bunten Konstitutionsprozeß kritisiert wird.

Da ist einmal die Warnung vor Strauß, dem "personifizierten Übel schlechthin" (Klaus Vack). Strauß, und zwar auch als Person, muß ernstgenommen werden, da ist nichts zu verniedlichen. Die Warnung vor den Gefahren einer Strauß-Regierung blockiert allerdings dann jedes gründlichere Eingehen auf die Gefahren **und** Chancen der gesellschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik, wenn daraus schon der (Kurz-)Schluß gezogen wird, eine Grüne-Wahlbeteiligung sei abenteuerlich und die SPD/FDP-Koalition durch das linke Wählerpotential zu unterstützen. Wahlfixierung, womöglich noch mit dem Zusatz typisch bürgerlich, wird gern und oft den Befürwortern einer Beteiligung von Grünen und Alternativen Listen vorgeworfen. Dabei reduziert sich das ganze Problem aber doch dadurch auf eine Wahlentscheidung, daß die von der Strauß-Angst ausgehenden Kurzschlüsse unsere politischen Handlungsmöglichkeiten auf das Stimmkreuz fürs kleinere Übel zusammenschrumpfen lassen. Der Vorwurf der Wahlfixierung fällt also auf diejenigen zurück, die die Herausbildung einer vom Ökologieproblem ausgehenden politischen Kraft nur mehr durch die Brille einer möglichen Gefährdung eines SPD/FDP-Wahlsieges sehen.

Als zweite tragende Säule der Argumentation fungiert die Gegenüberstellung zwischen bürgerlich-parlamentarischer Stellvertreterpolitik und unserem eigenen basisdemokratischen Politikverständnis. Auf das dahinter stehende Problem ist weiter unten noch einzugehen. Wo aber aus der Diskussion ein Streit um Prinzipienfestigkeit gemacht wird, kann die bloße Tatsache der Beteiligung an parlamentarischen Formen der Politik, das "Sich Einlassen" als solches (man beachte die moralisch-bedrohliche, eine Gefährdung persönlicher Integrität anzeigende Bedeutung des Begriffs) schon als Sündenfall dargestellt werden, mit dem die in den letzten Jahren ansatzweise erreichte Umsetzung emanzipatorischer Ansprüche in politische Formen aufgegeben wird. In diesem Sinn fehlte in den "links"-Artikeln von Volkhard Brandes und Klaus Vack nur noch der gute alte "Verrats"-begriff. Daß die Forderung nach basisdemokratischer Selbstbeschränkung in Widerspruch zu dem Stellenwert gerät, den man einer Wahlentscheidung für die SPD/FDP-Koalition beimißt, scheint zumindest Volkhard Brandes geahnt zu haben. Er entschärft die Wahl deshalb zu einem individuellen, "pragmatischen" Akt, was immer das genauer heißen mag.

Mit dem Beschwören politischer Prinzipien ist aber weder eine ernsthafte Parlamentarismuskritik geleistet, noch kann damit das Verhältnis einer in den letzten Jahren stark gewachsenen und schließlich und endlich realen gesellschaftlichen Bewegung zu den parlamentarischen Institutionen begriffen werden. Auch hier also blockiert eine – sicher nicht aus der Luft gegriffene – Angst vor den Formen parlamentarischer Politik die tiefer gehende Auseinandersetzung mit den von der Strauß-Kandidatur auf der einen, der Bildung ökologischer Wahllisten auf der anderen Seite signalisierten Entwicklungsmöglichkeiten der Bundesrepublik. Diese aber, und gerade nicht vordergründige Wahltaktiken, begründen unser Eintreten für eine Stärkung der Linken in Grünen und Alternativen Listen. Bevor mit erhobenem Zeigefinger vor Strauß oder Prinzipienlosigkeit gewarnt wird, sollte deshalb auf die gesellschaftlichen Tendenzen eingegangen werden, die in der Bundestagswahl bzw. den vorausgehenden politischen Prozessen ihren Ausdruck finden.

Die gesellschaftliche Krise ist eine Krise des spätkapitalistischen Zivilisationsmodells

Anhaltende strukturelle Arbeitslosigkeit, die Weltmarktentwicklung der letzten Jahre und insbesondere die Rohstoff- und Energieprobleme zeigen an, daß nach der langen Nachkriegsprosperität die Kapitalakkumulation in eine neue, weitaus krisenträchtigere Phase getreten ist. Deshalb braucht niemand mehr Prophet zu sein, um zu wissen, daß die nächsten Jahre eine Zunahme des Rationalisierungsdrucks, eine Stärkung expansiver Tendenzen des westdeutschen Kapitals, sowie einen Abbau sozialstaatlicher Leistungen bringen werden. Es ist nun aber gerade nicht das Eintreffen der von marxistischen Politökonomen vorausgesagten strukturellen Verwertungskrise und schon gar nicht die – ja wieder mal auf sich warten lassende – Radikalisierung der Arbeiterklasse, was die gesellschaftliche Entwicklung vor allem auszeichnet.

Die politischen Formationen in der Bundesrepublik kamen und kommen nicht ins Rutschen wegen einer offenen Zuspitzung der ökonomischen Krise entlang der Klassenfronten, sondern weil das bisher so solide Fundament einer nahezu vollständigen Übereinstimmung in den gesellschaftlichen Zielvorstellungen auseinanderbricht. Hohes ökonomisches Wachstum – sprich Kapitalakkumulation – und die Steigerung des individuellen Konsums auch der Lohnabhängigen, die Perspektive, die bei allen Unterschieden SPD, FDP wie CDU/CSU teilen, wird zum ersten Mal weit über die linke Subkultur hinaus in Frage gestellt. Das geschieht, in noch schwachen Ansätzen, im Kampf gegen Rationalisierungsmaßnahmen, die nicht mehr als notwendiger Preis des Fortschritts hingenommen werden. Das geschieht durch die Frauenbewegung, die den Zusammenhang zwischen dem Patriarchat und der kapitalistischen Rationalität von Arbeit und zwischenmenschlichen Beziehungen thematisiert. Und es geschieht am stärksten durch die Ökologiebewegung, die die kapitalgerechte Zurichtung von Mensch und Natur bekämpft. Das Leiden an der Produktionsweise dieser Gesellschaft macht sich (noch) nicht Luft im Aufbrechen des Widerspruchs der Lohnarbeit zum Kapital, sondern im Widerstand verschiedener gesellschaftlicher Gruppen gegen Lebensformen, die der Rationalität dieser Produktionsweise verpflichtet sind. Daraus bezieht auch die Anti-AKW-Bewegung ihre Stärke, die sich nicht allein gegen diese bestimmte, ganze Generationen gefährdende Technologie wehrt, sondern gegen den in der atomaren Technik zum Wahnsinn kulminierten Fortschritt dieser Gesellschaft.

Kulturkritik, ob resignativ-pessimistisch oder die alten Zeiten romantisch verklärend, gibt es seit den Anfängen der bürgerlichen Gesellschaft. Alle politischen Kräfte, von rechts bis links, handelten gegen die oft mythischen ideologischen Bilder, aber stets noch auf der Seite des technischen Fortschritts. Das reaktionäre und faschistische Anknüpfen an "ursprünglichen" Gesellschaftsformen – Stichwort "Blut und Boden" – diente der sozialen Integration, änderte aber nichts an der vorangetriebenen Modernisierung im Kapitalinteresse. Daß sich eine politisch ernst zu nehmende Massenbewegung gegen die Entwicklungslogik der kapitalistischen Industriegesellschaft wendet und nach anderen, ihren Bedürfnissen und den darauf bezogenen Naturzusammenhängen adäquateren Produktionszielen sucht, ist neu.

Wer über die SB-Politik gegenüber den Grünen oder Alternativen diskutiert, muß die bevorstehende Wahl auf diese Ebene der gesellschaftlichen Entwicklung zurückbeziehen. Das geschieht aber oft genug gar nicht – wie etwa bei Klaus Vack – oder aber wie bei Gerhard Armanski im "Arbeiterkampf" so, daß die gesellschaftliche Realität mit den Gewichten traditionell marxistischer Vorstellungen vom Klassensubjekt gewogen und als zu leicht befunden wird.

Sicher geht es nicht darum, die Ökologiebewegung an die Stelle des Proletariats zu setzen und noch viel weniger darum, die alten Wünsche und Hoffnungen an eine Partei der Arbeiterklasse nun auf die "Grünen" zu richten. Die Ökologiebewegung zeigt aber, daß die destruktive Seite kapitalistischer Produktivität nicht

Der Ausbruch ist unvermeidlich und wird schrecklich sein

mehr nur als Ausbeutung der lebendigen Arbeit erfahren wird. Sie ist vielmehr in ihren Auswirkungen auf Lebensformen und Naturzusammenhänge zum gesamtgesellschaftlichen Problem geworden, ohne daß der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital über Verteilungskämpfe hinaus aufgebrochen wäre. Von daher ist zu diskutieren, ob in hochentwickelten Industriegesellschaften die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise nicht die breite Entfaltung ihrer kulturrevolutionären Kritik voraussetzt. Wobei kulturrevolutionär hier natürlich nicht im leninistischen Sinn den "Überbau" meint, sondern sich auf die Umwälzung der vom kapitalistischen Produktionsprozeß ausgehenden, aber weit darüber hinaus die verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche beherrschende Sachlogik bezieht. In gewissem Sinn wird die Determination der gesellschaftlichen Verhältnisse vom Prozeß ihrer Aufhebung in umgekehrter Reihenfolge reflektiert. Eine Umwälzung, die auf die Stellung des Menschen im Produktionsprozeß zielt und nicht nur die Eigentumsverhältnisse ändert, erfordert ein Bewußtsein von der Möglichkeit, die scheinbar sachlich begründeten Produktionsprozesse und die darauf bezogenen "Notwendigkeiten" entsprechend menschlicher Bedürfnisse und natürlicher Zusammenhänge umzugestalten, ein Bewußtsein also, wie es ansatzweise die Ökologiebewegung hervorbringt. Wenn so in spätkapitalistischen Gesellschaften eine allgemeine Entwicklung auszumachen ist, in der das Proletariat seine Rolle als **der** soziale Träger einer politischen Fundamentalopposition zunächst verliert, dann muß sie in der besonderen bundesdeutschen Situation umso stärker zur Geltung kommen. Die dominierende Weltmarktstellung des westdeutschen Kapitals wird es auch in nächster Zeit ermöglichen, zumindest die Kerntruppen der Gewerkschaften im Interesse der Konkurrenzfähigkeit "unserer" Industrie an eine kooperative Politik zu binden. Dazu kommt das Fehlen einer klassenkämpferischen wie auch radikal-politischen Tradition der westdeutschen Arbeiterklasse, so daß der gesellschaftliche Konsens in der BRD eben mit Sicherheit nicht von dieser Seite her aufbrechen wird.

Die Aufgabe der Linken besteht vor allem darin, als Gemeinsamkeit der verschiedenen Ansätze die Perspektive einer alternativen, d.h. nicht-ausbeuterischen, nicht-herrschaftlichen und naturgemäßeren Arbeit zu fördern. Das richtet sich nicht gegen die Pluralität der Emanzipationsbewegung, die im Sinn einer konkreten Vielfalt gerade ihre Stärke ausmacht. Die verschiedensten Ansätze selbst drängen doch aber sowohl auf die Entwicklung gesellschaftlicher Zielvorstellungen, wie auch auf einen politischen Minimalkonsens, der gemeinsames Handeln zu entscheidenden Punkten erst ermöglicht. Hier konservativ-harmonistischen Gesellschaftsbildern und einer honorigen Wahlpartei das Feld zu überlassen, kann doch nicht unser Ernst sein! In der Bundesrepublik steht, ausgehend von der Ökologiebewegung, die Konstitution einer breiten antikapitalistischen politischen Kraft an, eines "Alternativen Blocks" oder, weniger stählern und adäquater, eines "Alternativen Netzes". Positionen zur Wahlfrage sind auch daran zu messen, welchen Beitrag sie zu diesem Prozeß leisten. Der programmatische Minimalkonsens einer solchen Kraft, der Keim zu einer gesellschaftlichen Übergangsperspektive sein kann, ist mit dem Kampf gegen Atomenergie und Umweltzerstörung, der Forderung nach der 35-Stunden-Woche und einer Rationalisierungs- und Investitionskontrolle der Arbeitenden sowie einem konsequenten Eintreten gegen staatliche Repression umschrieben.

Ist Strauß mit dem "kleineren Übel" zu bekämpfen?

Auf demselben Feuer, das eine breite antikapitalistische Bewegung in der Bundesrepublik ermöglicht, der Krise des spätkapitalistischen Zivilisationsmodells, kann aber auch Strauß sein Süppchen kochen. Es wurde schon viel darüber geschrieben, ob Strauß dem westdeutschen Kapital eine wirtschaftspolitische Alternative zur Regierungspolitik bieten kann, und diese Überlegungen führten in der Regel zum Schluß, daß er nur ein modifiziertes, nach der sozialen Seite stärker gekapptes Austerity-Programm à la Schmidt aufzuweisen hat. Damit aber ist die von Strauß ausgehende Gefahr nicht erfaßt. Viel wichtiger als der Vergleich wirtschaftspolitischer Programme ist in diesem Fall die Chance, die Strauß die tiefsitzende ideologische Verunsicherung großer Bevölkerungsteile bietet. Nicht umsonst appelliert er immer wieder an "alte deutsche Tugenden" wie Leistung, Pflicht, Disziplin. Hier zeichnet sich eine neue und zugleich altbekannte Integration der westdeutschen Gesellschaft ab, die sich bis zu einem gewissen Grad durchaus von materiellen Interessensgegensätzen lösen kann. Daß eine derart ideologisch reintegrierte Gesellschaft dann auch enorme Expansionspotentiale in der Wirtschafts- und Außenpolitik erschließt, versteht sich. Der Sog einer reaktionären Lösung der gesellschaftlichen Krise bezieht seine Kraft deshalb nicht nur aus der ökonomischen Entwicklung, sondern wird umso stärker wirken, je weniger es gelingt, ihr alternative gesellschaftliche Ziele entgegenzustellen. Wer 1980 oder in den Jahren danach die politische Macht gewinnen wird, entscheidet sich in erster Linie nicht daran, ob nun Schmidt oder Strauß eher den Interessen des Großkapitals entspricht ("das" Großkapital wird's ohnehin selbst nicht so genau wissen), sondern an den gesellschaftlichen Perspektiven, die die beiden politischen Blöcke der Bevölkerung zu bieten haben.

Der Entscheidung, ob "kleineres Übel" oder nicht, muß deshalb auch die Frage vorausgehen, welche Alternative die SPD gegen das reaktionäre Zurückdrängen gesellschaftlicher Widersprüche zu bieten hat. Mit technokratischer Verwaltung wird da aber, jedenfalls über 1980 hinaus, nichts zu machen sein. Anders als '69 oder '72 steht die SPD nicht mehr für eine Politik, die durch Reformen oder Reformversprechen zumindest gesellschaftliche Perspektiven und politische Räume öffnet, in denen dann sozialistische Politik zu entfalten wäre. Das Modell einer an den Restriktionen der SPD-Politik ansetzenden sozialistischen Strategie ist dahin. Ich wüßte jedenfalls den Beispielen für '69 und '72, Universität und Gesamtschule etwa, nichts Vergleichbares mehr entgegenzuhalten. Der Reformismus der SPD, auf den man sich noch taktisch einlassen mußte, ist längst zum "Modell Deutschland" verkommen, das in der Zwischenzeit auch noch den Glanz gesicherten wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts verloren hat. Dazu kommt, daß sich die Ökologie- und besonders die Anti-AKW-Bewegung grundsätzlich anders zur SPD verhält als die außerparlamentarische Opposition der 60er Jahre. Die Koalitionsregierung baut die AKWs, sie setzt doch nicht Reformen durch, die den politischen Raum der Opposition vergrößern würden.

Eine Wahlempfehlung für die SPD wäre deshalb nicht vermittelbar mit den Inhalten der gesellschaftlichen Bewegungen, auf die wir uns beziehen und deren Entwicklung zu einer auch politisch wirksamen Alternative schon auf mittlere Frist der einzige Weg sein wird, Strauß, Dregger oder ähnliches zu verhindern.

Schranken der Basisbewegung und Möglichkeiten einer Wahlbeteiligung

In der Diskussion im SB wird immer die Basisbewegung berufen und geradezu händeringend-verständnislos gefragt, warum denn, um Gottes Willen, wir unser bisheriges Politikverständnis über Bord werfen sollten. Die Basis-Stellvertreter-Bilder sind aber so ziemlich das letzte, womit wir unser Verhältnis zu einer Parlamentskandidatur klären können. Daß aus der Ökologiebewegung bzw. aus Kräften, die sich auf sie beziehen, Wahllisten entstanden sind,

hat Gründe, die nicht in parlamentarischer Verblendung aufgehen. Im Kampf gegen Atomkraftwerke wendet sich eine außerparlamentarische Massenbewegung gegen eine stark repäsentative, d.h. für die zerstörerische Fortschrittslogik überhaupt stehende Technologie, die zugleich aber unmittelbar von Regierungs- und damit Parlamentsentscheidungen abhängt. Die Frage nach parlamentarischen Mehrheiten kann hier ganz offensichtlich weder im Sinn der "Quasselbude", noch der vom SB bisher vertretenen "Absicherung" langfristiger Wühlarbeit beantwortet werden. Der Konflikt selbst zielt unmittelbar auf parlamentarische Mehrheiten – ob durch Druck von außen in den bestehenden oder durch den einer eigenen Partei. Wenn Klaus Vack behauptet, die "plakat"-Gruppe oder die Bürgerinitiative von Lüchow-Danneberg sei "handlungsfähiger" als grüne Parlamentarier, so blendet er diese Ebene der politischen Machtverhältnisse, die sich der Ökologiebewegung selbst, und nicht nur irgendwelchen versponnenen Strategen stellt, aus. Der Widerstand gegen Atomkraftwerke und die Unzufriedenheit gegen die Fortschrittsrichtung überhaupt, ist so stark angewachsen, daß die sich darauf beziehenden parteiähnlichen Gruppen parlamentarische und politische Macht gewinnen können und auch in der Bundestagswahl Aussichten haben, das bestehende Parteisystem auseinanderzubrechen. Damit kann sich dann auch linke Politik nicht mehr moralisch-selbstbeschränkend mit der Demonstration eines gegenkulturellen "Wir-wollen-alles-ganz-anders" begnügen, sie muß sich vielmehr auf die reale Möglichkeit einer Veränderung in den politischen Machtverhältnissen einlassen und sich darauf bezogen den Kopf zerbrechen, wie Alternativen zu einer honorigen Umweltpartei entwickelt werden können.

Neben dieser Ignoranz gegenüber der Ebene politischer Machtverhältnisse wird von den Vertretern reiner Basisorientierung in der Regel unterschlagen, welche Schranken die Basis aufweist, die tatsächlich in selbstorganisierten Initiativen und Aktionen andere Politikformen entwickelt hat. Die Gruppen, die über eine partielle und kurzfristige Interessensvertretung hinaus, Lebenszusammenhänge politisieren, sind immer noch stark auf Jugendliche und die linke Szene beschränkt. Gerade an der gesellschaftlichen Krise und der Ökologiebewegung zeigt sich aber, daß die politische Identität großer Teile der Bevölkerung vermittelt über die Formen bürgerlicher Öffentlichkeit aufgebrochen und unter ihrem Einfluß auch wieder neu stabilisiert werden kann. Wer dieses Feld konservativen Umweltschützern auf der einen und der Rechten um Franz-Josef Strauß auf der anderen Seite überläßt, tut so, als könne ein gesellschaftlicher Politisierungsprozeß wie ein reformpädagogisches Projekt nach den Ansprüchen der linken Veranstalter organisiert werden. Die Unsicherheit, die aus einem meist noch unartikulierten Leiden an der Kehrseite des kapitalistischen Fortschritts entsteht, kann massenhaft zunächst nur über bürgerliche Formen, die Medien und nicht zuletzt in Auseinandersetzungen um die staatliche Politik aufgegriffen werden.

Neue Parlamentarismus-Illusionen?

Vor diesem Hintergrund muß auch über die Parlamentarismuskritik neu diskutiert werden. Der Antiparlamentarismus der westdeutschen Linken kann ja beim besten Willen nicht als reflektierter Teil unserer politischen Praxis betrachtet werden. Er ist vielmehr ein in sich widersprüchliches Konglomerat, in dem leninistische Versatzstücke, denen staatliche Institutionen nur als unmittelbare Instrumente der Klassenherrschaft erscheinen, mit antiautoritärem Unmittelbarkeitspathos und demokratietheoretischer Kritik an der Entmachtung der Parlamente koexistieren und sich gegenseitig verstärken. Die bisherigen Stellungnahmen in der "links" boten zu diesem Punkt bisher nicht mehr als einen dünnen Aufguß vor allem des Unmittelbarkeitspathos und kamen so über das Niveau von Gegenüberstellungen zwischen Basis-Stellvertreter oder gar nah und "fernes Bundesparlament"-Klaus Vack) nicht hinaus. Daß dieser Parlamentarismuskritik die oben dargestellten Möglichkeiten der Kandidatur einer linken ökologischen Partei entgehen müssen, liegt auf der Hand. Darüber hinaus kann sie aber noch nicht einmal die tatsächlichen Gefahren der Formierung einer Wahlpartei aufdecken. Um dies an einem Punkt zu verdeutlichen, der in den nächsten Wochen in der Auseinandersetzung zwischen konservativen und linken "Grünen" eine wichtige Rolle spielen sollte:

Die Verselbstständigung von Parlamentariern gegenüber denen, die sie repräsentieren, liegt wesentlich ja nicht am bösen Willen der Beteiligten, sondern daran, daß die vertretenen Interessen selbst im Parlament (oder schon im programmatischen Bezug darauf) zum Allgemeinwohl und damit zum staatsbürgerlichen Interesse vermittelt werden. Diese verkehrte, immer schon affirmativ auf Grundstrukturen gesellschaftlicher und staatlicher Herrschaft bezogene Reflektion gesellschaftlicher Interessen müßte von einer rot/grünen Partei im Ansatz aufgebrochen werden. Das heißt, daß die außerparlamentarische Bewegung sich über Vertreter im Parlament der Institutionen auf der Ebene politisch bedeutender Mehrheitsentscheidungen – etwa zur Verhinderung weiterer AKWs, des schnellen Brüters etc. – sowie zur Verbreiterung ihrer gesellschaftlichen Alternativen bedient, ohne sich in ein allemal herrschaftliches Allgemeinwohl einbinden zu lassen. Die Voraussetzungen dafür sind vom Konflikt her, der kaum wie Verteilungskämpfe Raum für quantitative Kompromisse läßt, durchaus gegeben.

Die jüngsten Entwicklungen, die Art der Parteigründung wie auch die Mehrheitsverhältnisse in Karlsruhe, lassen mich im Vergleich zum Buchschlag-Papier der Tübinger skeptischer beurteilen, ob diese Partei zur Keimform oder besser zum Katalysator in der Entwicklung einer gesellschaftlichen Alternative werden kann. Was von den nun im SB geäußerten und vor zwei Jahren noch tabuisierten Vorstellungen zu halten ist, die Linke könne unabhängig davon und von der Basis her in einigen Jahren zum politischen Faktor werden, haben die Saarbrücker in der Dezember-"links" deutlich genug gesagt. Es hängt unverändert viel davon ab, ob es gelingt, jenseits der beiden bürgerlichen Blöcke gesellschaftliche Perspektiven zu entwickeln, die Emanzipationsziele auch in den Formen bürgerlicher Öffentlichkeit wirksam werden lassen. Hierzu kann das SB mit seinem weitreichenden Umfeld einen wichtigen Beitrag leisten, und es sollte sich dieser Aufgabe auch ohne Vorausgarantie stellen. Die altväterliche Beschwörung zeitloser Prinzipien mag dem einen oder anderen das Wählen erleichtern – von dieser Aufgabe kann sie uns aber nicht befreien.

WINFRIED THAA

Die Verselbständigung von Parlamentariern liegt ja nicht am bösen Willen der Beteiligten.

Reaktionen auf eine Diskussion

Keine Partner

Nach der Lektüre einiger der Beiträge in der Dezember-links zur Wahldiskussion, konnte ich mir eine Stellungnahme nun endgültig nicht mehr versagen. Ich beziehe mich dabei zunächst exemplarisch auf den Leserbrief des SB Saarbrücken. Ich frage mich wirklich, ob man das Verhältnis zum Parlamentarismus (hier Wahlen), was dort zum Ausdruck kommt, in dem man z.B. die Unterstützung des grünbunten Spektrums als alternativlos, eine Wahl der SPD-FDP-Koalition als Katastrophe für die Linke (SB) bezeichnet, ob man diese Position noch sozialistisch nennen kann.

Als Sozialist stehe ich zu bürgerlichen Wahlen zunächst einmal in einem taktischen Verhältnis, d.h. ich unterstütze die politische Partei, unter deren Regierung ich, in dem Arbeitsfeld, wo ich als Linker politisch tätig bin, die größten Freiräume zu erwarten habe. Diese Position gilt selbstverständlich nur so lange, wie es keine ernsthafte linke politische Alternative gibt , die dieses taktische Verhältnis überflüssig macht. An diese Alternative, was ja wohl die Hauptfrage ist, haben Sozialisten natürlich gewisse Maßstäbe anzulegen. Ich bin, im Gegensatz zum SB Saarbrücken, nicht der Meinung, daß der wichtigste Maßstab dabei sei, den Kontakt zur Alternativbewegung nicht zu verlieren oder ihn zu den bürgerlichen Kräften in der Ökologiebewegung erst herzustellen. Alternativbewegungen hat es in der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts schon mehrere gegeben, ich will hier nur an die Jugend- und Wandervogelbewegung in der Weimarer Republik und vor dem 1. Weltkrieg erinnern, die sich aber noch nie zum revolutionären Faktor im Sinne der Linken entwickelt haben, sondern eher nach rechts (Faschismus) abdrifteten. Wenn man sich heute mit den Linken auseinandersetzt, die sich der heutigen Alternativbewegung angeschlossen haben, so läßt sich bei vielen eine bemerkenswerte inhaltliche Verflachung der Standpunkte konstatieren; es findet keine Differenzierung mehr statt, sondern es wird oft nur noch nach dem Motto "alles ist Sch...e" gehandelt.

Revolutionäres Subjekt bleibt, wie Marx bis heute unwiderlegt feststellte, immer noch die Arbeiterbewegung. Sozialisten haben, im Gegensatz zu Bürgerlichen, ihr Verhältnis zu einer jeden politischen Bewegung immer daran zu messen, was diese für Positionen gegenüber dieser alles entscheidenden politischen Kraft vertritt. Arbeiterpositionen habe ich aber in den Programmentwürfen der Grünen (auch dem von Offenbach) noch keine gefunden. Bei der Analyse der letzten Wahlergebnisse der Grünen/Alternativen, läßt sich auch keine Ablösung relevanter Teile der Arbeiterbewegung von der SPD konstatieren, die von den Arbeitern immer noch als ihre Vertretung angesehen wird. Wenn man sich z.B. Bremen ansieht, wo die jetzt angestrebte Synthese aus Grünen und Bunten noch am besten gelang, so gewann die Bremer Grüne Liste die entscheidenden Stimmen in den bürgerlichen Villen- und den Studentenvierteln, während sie in den Arbeiterbezirken deutlich unter fünf Prozent blieb. Im Gegensatz zu den Saarbrückern erscheint mir deswegen die Gefahr wesentlich wichtiger, daß eine Alternative Liste, indem sie der immer noch Arbeiterpartei SPD die Prozente wegnimmt, die Strauß dann ins Bundeskanzleramt helfen, die Linke zunächst auf Jahre von der Arbeiterbewegung unüberbrückbar trennen könnte. Bei einem Kanzler Strauß mit einer qualitativ ganz anderen Politik, dürften dann alle Ansätze der Linken, die in der sich verschärfenden ökonomischen Krise angetreten war, den Ablösungsprozeß der Arbeiterklasse von der SPD voranzutreiben, wieder verloren gehen. Die Linke würde um Jahre zurückgeworfen werden. Neben weiteren inhaltlichen Schwachstellen, worauf z.B. auch H.D.Zahn in seinem Beitrag hingewiesen hat, und die ich darum hier auslasse, zeichnet sich die grün/bunte Bewegung auch durch eine bemerkenswerte personelle und inhaltliche Heterogenität aus, die es mir fraglich erscheinen läßt, ob sich daraus die von den Saarbrückern beschworene "Jahrhundertalternative" entwickeln kann. Wenn man sich den Verlauf des Offenbacher Kongresses ansieht, hat sich klar gezeigt, daß die "Bewegung" bei entscheidenden Fragen, wie z.B. der Mitarbeit von Kommunisten, gespalten ist. Es erscheint mir klar, daß bestimmte Meinungsverschiedenheiten in dieser von braun bis rot alles vereinenden Bewegung, bis zum Wahltag sicher verkleistert werden können, dann aber hinterher um so offener zum Ausdruck zu kommen. Naturgemäß zwingt, meine ich, der Eintritt in bürgerliche Institutionen, wie Parlamente, jeder Bewegung einen Vereinheitlichungsprozeß auf, den diese Bewegung sicher nicht überleben würde. Die Saarbrücker Genossen haben den Arbeiterkampf als lobendes Beispiel für eine gute Diskussion der Wahlfrage angeführt. Meiner Meinung nach läßt sich gerade der KB als ein Beispiel in einer ganz anderen Richtung benutzen, als einer Organisation, deren Strategie es über Jahre war, Randgruppen zu sammeln, ohne diese organisatorisch sofort zu vereinheitlichen und nun, wo zumindestens ein gewisser Vereinheitlichungsprozeß versucht wird, kurz vor der Spaltung oder sogar Selbstauflösung steht.

Nun wird von den Freunden der Grünen und Bunten immer angeführt, daß es ja gerade die zentrale Aufgabe des SB sei, diesen Prozeß der Vereinheitlichung herbeiführen zu helfen. Dazu kann ich, der ich mich, offenbar im Gegensatz zu einigen anderen, immer noch als Sozialist verstehe, zunächst nur sagen, daß für mich z.B. Personen wie Gruhl stellvertretend für eine bestimmte Richtung bei den Grünen, einfach keine Partner sein können. Leute dieser politischen Richtung lassen sich auch durch intensivste Bearbeitung nicht zum Sozialisten machen.

Neben der Unmöglichkeit dieses Prozesses widerstrebt es auch meinem sozialistischen Politikverständnis, eine Vereinheitlichung der verschiedenen Grünen und Bunten Strömungen von oben verordnen zu versuchen, was im Hinblick auf den Oktober 1980 der einzig gangbare Weg wäre. Ich habe unter dem Basisverständnis des SB bis jetzt immer noch den umgekehrten Weg verstanden, was heißen würde, daß wir die verschiedenen, sich auf lokaler Ebene herausbildenden alternativen Listen unterstützen, und zwar dort, wo sich tendenziell antikapitalistisches Potential ausmachen läßt, um zur weiteren Herausbildung von Bewußtsein beizutragen.

Völlig unklar sind mir auch die Beiträge jener Genossen, die die Basisorientiertheit, die sich angeblich auf dem Kongreß der Grünen in Offenbach manifestiert hätte, beschwören. Wenn ich mir die dort verabschiedete Präambel ansehe, wo die Struktur der zu gründenden Partei festgelegt wird, kann ich nichts davon finden. §2 schließt die Mitgliedschaft in anderen Organisationen aus, wenn man bei den Grünen mitmachen will, ein für jede bürgerliche Partei normaler Schritt, für den Anfang einer neuen alternativen Sammlungsbewegung, die Menschen aller Strömungen in einem solidarischen Diskussionsprozeß vereinigen soll, erscheint mir diese Paragraph aber doch sehr merkwürdig.

In §12 wird unter "Ordnungsmaßnahmen", in der Präambel einer der längsten Absätze, z.B. der Ausschluß ganzer Landesverbände möglich gemacht, etwas, was mich an die Praktiken der GEW in Bezug auf den Landesverband Berlin oder Schorsch Lebers Kommunistenhatz als Funktionär der Baugewerkschaft, jetzt in seinen Memoiren nachzulesen, erinnert. Dem, was ich unter freier Diskussion und Basisorientiertheit verstehe, widerspricht dieser und andere Paragraphen fundamental. Eine der Stärken der Ökologiebewegung, die hier nun parlamentarisch repräsentiert werden soll, war es bis jetzt, daß sie für die bürgerlichen Medien, ja für die bürgerliche Öffentlichkeit insgesamt, nicht faßbar war. Durch ihre Basisbezogenheit, den weitgehenden Verzicht auf Führerpersönlichkeiten, hatte sie den Spaltungs- und Differenzierungsversuchen weitgehend widerstehen können, die von außen an sie herangetragen wurden. Eine Wahlbeteiligung, was auch heißt, die Strukturen bürgerlicher Öffentlichkeit zu akzeptieren, würde dieser Bewegung den genannten Vorteil nehmen und sie bei der vorhandenen Heterogenität entscheidend schwächen.

Wenn man also der Meinung ist, daß es eine überzeugende linke Alternative für die Wahlen 1980 noch nicht gibt und auch nicht geben wird, bleibt die Frage zu klären, wie man sich den für seine eigene Arbeit als Linker notwendigen Freiraum bei den nächsten Wahlen erhalten kann, d.h. konkret, ob ein Kanzler Strauß eine so weitgehende politische Veränderung im bürgerlichen Lager darstellt, daß es auch im nächsten Jahr notwendig wird, das kleinere Übel SPD zu wählen, um die durch Strauß repräsentierten Kräfte von der Macht fernzuhalten.

Der Genosse Jahn hat in seinem Beitrag in der November-links bereits darauf hingewiesen, daß die politischen Veränderungen im konservativen Lager von der Linken weitgehend unbeobachtet geblieben sind. Auch im SB ist diese Diskussion über Ansätze nicht hinausgekommen, obwohl sie doch hauptsächlich unsere Wahlentscheidung beeinflussen müßte.

TILMAN CLAUSEN, GÖTTINGEN

Kopffüßler

Man könnte zur Tagesordnung übergehen, wenn nicht.....

Tja, da liegt sie nun vor, eine Erklärung des Delegiertenrates des SB zur "grünbuntalternativen" Diskussion. Eher kompromißlerisch, glättend, integrierend, und das ist auch gut so. Die "SB-Basis" bzw. deren Stellvertreter, wie das nunmal so ist in allen Organisationen, hat sich geäußert, ...und sofort melden sich zwei berufsmäßige "links"-Vielschreiber und Schreibtischstrategen zu Wort. Nichts Neues in der "links", aber für mich mal wieder – wie so oft – Anlaß, mich darüber zu ärgern.

Damit kein falscher Eindruck entsteht: ich stimme mit vielen Kritikpunkten (sie sind ja auch sattsam bekannt), die von Volkhard Brandes und Klaus Vack angeführt werden, sogar überein; trotzdem ärgert mich die besserwisserische und z.T. überhebliche Art und Weise, wie sie sich mit lange an der Basis diskutierten und sicher nicht einfachen politischen Entscheidungen zu Fragen der "Grünen" und "Bunten" auseinandersetzen.

Ich kann und will mich nicht im Detail mit diesen beiden Einzelmeinungen auseinandersetzen (ein Leserbrief ist dazu wohl auch nicht geeignet, abgesehen davon, daß er vermutlich in der "links" nicht abgedruckt werden wird); ich möchte nur meine Einschätzung geben, warum Genossen wie Volkard und Klaus grundsätzlich anderer Meinung sein müssen als die Mehrheit der sogenannten SB-Basis: beide haben – soweit mir bekannt ist – noch nie in den von ihnen immer beschworenen "Basis- und Arbeitsfeldgruppen" mitgearbeitet, sondern sie haben sich immer ein falsches, idealisiertes Bild von dieser politischen Arbeit gemacht und versucht, die Heterogenität dieser Erfahrungen in ihrem eigenen Kopf aufzuheben und in ein konstruiertes Bezugssystem (genannt SB + Dunstkreis) einzubetten. Im selben Moment, wo viele SB-Gruppen und -Genossen diese Spiegelfechterei und SB-Nabelschau nicht mehr mitmachen, eben aufgrund der Einsichten, die sie in ihrer jahrzehntelangen politischen Praxis in den Arbeitsfeldern und an der Basis gewonnen haben, sind die "Apparatgenossen" verärgert. Der eine beschört die eher anarchistischen "Keine Macht für Niemand"-Träume der BRD-Linken (V.Brandes), der andere (K. Vack) steigert sich in politisch-personalisierte "Schwarze-Mann-Visionen", die sich nur noch auf einer individualpsychologischen Ebene analysieren lassen, sich politischen Kategorien – zumal mit sozialistischem An-

Reaktionen auf eine Diskussion

spruch – vollends entziehen. Beiden fehlt ein Einblick in die gegenwärtige "grün-bunte" Diskussion; aber vielleicht wollen sie davon auch nichts wissen – sie müßten langgehegte Vorurteile zumindest relativieren. Vielleicht hilft die "grün-bunte" Diskussion im SB mehr, als beide ahnen, diese "Kopf- und Apparat"-betonte Sehweise wieder auf die Füße zu stellen.

HEINER NITZSCHKE, HANAU

P.S. Ein altgedienter SB-Genosse, der sich auch mit Austrittsgedanken beschäftigt, fragte mich – nachdem er die "links" Jan.80 gelesen hatte –, ob Helmut Schmidt auch bald zu den regelmäßigen Autoren in der "links" gehören würde. Ich konnte nur die Schultern zucken.

Lagermentalität

Etwas mehr als 5 Jahre alt ist die Ökologiebewegung schon heute zu einem bedeutenden politischen Faktor geworden. Wurden noch vor wenigen Jahren AKW-Gegner mit Terroristen gleichgesetzt, so kommt heute keine Organisation mehr an den von dieser Bewegung aufgeworfenen Fragen vorbei. Auch die Bewegung selber hat einen qualitativen Sprung vollzogen. Kämpfte man anfangs nur gegen Kernkraftwerke als menschenbedrohende Technik, so befaßt sich die Basisbewegung bzw. Ökologiebewegung heute mit gesamtgesellschaftlichen Alternativen zur kapitalistischen Wachstumsgesellschaft.Diese Bewegung und selbst die Grünen sind heute objektiv eine antikapitalistische Bewegung. Ohne Kernenergie kann der Kapitalismus überleben, ohne Wachstum ganz sicher nicht. Aus den anfänglichen radikalen Protesten gegen AKW's entwickelte sich eine Bewegung, die konkrete Alternativen zum bestehenden System aufzeigt und dabei Fragen anschneidet, die bisher auch von Sozialisten vergessen wurden. Diese Bewegung könnte zur entscheidenden gesellschaftsverändernden Kraft in Westeuropa werden.

Zur selben Zeit, wo die Basisbewegung erste Erfolge verzeichnet, wird über eine Wahlbeteiligung nachgedacht. Tiefe Gräben werden aufgerissen zwischen denen, die unter allen Umständen für eine Wahlbeteiligung zu den nächsten Bundestagswahlen plädieren und denjenigen, die die Kraft dieser Bewegung in der außerparlamentarischen Aktion sehen. Woher kommt diese Diskussion um eine grüne Wahlbeteiligung?

Ein wichtiger Aspekt ist sicher die Heterogenität der Ökobewegung. Dabei war von dem konservativ-liberalen Teil dieser Bewegung von Anfang an nichts anderes zu erwarten als eine parlamentarische Orientierung. Erscheint die parlamentarische Fixiertheit dieser Fraktion der Ökobewegung noch erklärbar, so wirft sich doch die Frage auf, warum vor allem auch viele Linke eine Wahlbeteiligung begrüßen?

Hierzu ist eine genauere Untersuchung noch notwendig. Zwei Punkte erscheinen mir jedoch besonders hervorhebenswert:

Viele Genossen, die seit Jahren Basisarbeit machen und dabei nur sehr geringe Erfolge verzeichnen, beginnen seit einigen Jahren zu resignieren. Viele dieser Genossen, die sich eigentlich schon aus der politischen Arbeit zurückziehen wollten, schöpfen plötzlich neue Hoffnung. Sie glauben, bei den Grünen eine Organisation gefunden zu haben, die zu einer systemumwälzenden Kraft wird. Dies ist jedoch eine Fehleinschätzung. Die Grünen sind noch immer fast ausschließlich auf Ökologiefragen beschränkt, da hier der größte Konsens möglich ist. Die Basisbewegung hat jedoch schon zum großen Teil viel weitergehende Fragen angeschnitten. Dies ist den Grünen nicht möglich, da sonst die konservativ-liberalen Kräfte ausscheren würden. Sichtbar wird die Trennung zwischen Basisbewegung und Grünen in der Distanzierung vieler Basisgruppen und selbst des BBU von einer grünen Partei.

Der zweite Punkt für die grüne Euphorie ist der, daß viele Genossen nach 10-jähriger Orientierungslosigkeit wieder eine politische Heimat suchen. Hierbei spielt sicher die von Negt/Kluge beschriebene "Lagermentalität" eine wichtige Rolle. Da die Grünen sicher nicht zu einer der vielen bedeutungslosen Sekten werden würden, könnten sie ein neues politisches Zuhause bieten. In Wirklichkeit werden jedoch langjährige politische Lernprozesse über Bord geworfen, denn eine grüne Partei würde die gleichen Ausgrenzungsmechanismen hervorbringen. Sie würde Strukturen der Stellvertreterpolitik erzeugen und damit zu einem Instrument der "Organisierung nach Köpfen" statt der viel diskutierten "Organisierung nach Interessen" werden, wie sie in den etablierten Parteien von uns immer kritisiert wurden.

Meiner Meinung nach würde eine Grüne Partei und Wahlbeteiligung der Bewegung mehr Schaden zufügen, als eine von F.J.Strauß geführte Bundesregierung. Zu dieser These einige Erklärungen:

1. Durch die Gründung einer bundesweiten Partei "die Grünen" würde die Basisbewegung in mindestens zwei Lager zerfallen und politische Grabenkämpfe erzeugen, die der Basisarbeit schwer schaden würden. Der Wahlkampf würde außerdem noch von der wirklich wichtigen Arbeit ablenken.
2. Durch das Mitmischen in der "Realpolitik" wird man in Argumentationen verfallen, die von Sachzwängen diktiert werden. Konkrete Utopien-Ansätze gesellschaftsverändernder Praxis werden darunter leiden.
3. Die besondere Kraft der Basisbewegung liegt in der Ablehnung jeder Stellvertreterpolitik. Durch Parteigründung und Wahlbeteiligung würden neue Formen der Stellvertreterpolitik entstehen, die wieder die Spaltung zwischen Führung und Basis erzeugen würde. Die Folgen der Stellvertreterpolitik sollten doch mittlerweile endlich bekannt sein. Volkhard Brandes trifft den Kern, wenn er den Schluß zieht (links Nr.118) ... "was wir brauchen, sind keine besseren Stellvertreter. Wir brauchen überhaupt keine."

Was ist zu tun?

Ein grundsätzlicher theoretischer Klärungsprozeß über die noch vorhandenen Schwächen der Basisbewegung wäre noch zu leisten. Im weiteren müssen Aktionsformen gefunden werden, die das Bewußtsein breiter Teile der Bevölkerung mit einbeziehen und zu verändern versuchen. Hier wurden schon sehr positive Ansätze gefunden, vor allem die Einbeziehung breiter Teile der Arbeiterklasse ist jedoch unbedingt notwendig. Im Mittelpunkt der nächsten Zeit sollte jedoch der Kampf für demokratische Rechte stehen und damit einher der Kampf gegen eine von Strauß geführte Bundesregierung. Denn trotz des Schwerpunkts der außerparlamentarischen Arbeit bin ich nicht der Ansicht, daß bei den nächsten Bundestagswahlen nur eine Wahl zwischen "Pest und Cholera" (Lenin) bzw. Pepsi- und Coca-Cola besteht.

Auch nach dem Berliner SPD-Parteitag ist die SPD nicht zur "Schmidt-Partei Deutschlands" geworden. Es existiert eine starke Minderheit, die trotz vieler Schwächen aber immer noch von der Parteiführung miteinkalkuliert werden muß. Die Basis der SPD ist eine andere als die der CSU/CDU. Die SPD könnte keinen radikal antigewerkschaftlichen Kurs fahren, wenn sie nicht fast die Hälfte ihrer Wähler verlieren will. Strauß hat eine Einschränkung gewerkschaftlicher Rechte schon sichtbar werden lassen. Bei aller notwendigen Kritik an den Gewerkschaften sollte man nicht glauben, neben den Gewerkschaften eine wirklich systemverändernde Kraft entwickeln zu können. Immerhin sind ein Drittel aller abhängig Beschäftigten Mitglied einer DGB-Gewerkschaft und der Organisierungsgrad steigt ständig. Auch die Gewerkschaften befinden sich zur Zeit in einem Veränderungsprozeß, der eine stärkere Basisorientierung verspricht.

Vor allem in kulturellen, sozialen und bildungspolitischen Bereichen, wird der Unterschied zwischen einer SPD/FDP- oder einer CSU/CDU-Regierung sehr schnell sichtbar werden.

Obwohl durch die Entwicklung der letzten 10 Jahre sehr verständlich ist, daß viele keinen Unterschied mehr sehen wollen, erinnert die Argumentation doch teilweise an die "Sozialfaschismus"-These der KPD während der Weimarer Republik. Wenn Strauß seine Versprechen wahrmachen würde, vielleicht wagt es dann wirklich keiner mehr, das Maul aufzumachen.

RAFAEL HÜNTELMANN

Der unhaltbare Aufstieg

Künstler haben Franz Josef Strauß zum Thema genommen und keineswegs erst, seit er nach der Kanzlerschaft greift. Wir stellen diese Stellungnahmen zu einer Wanderausstellung zusammen und bringen einen Katalog heraus. In diesem werden etwa zum gleichen Anteil Autoren mit Gedichten, Kommentaren und Liedern vertreten sein. Wir beabsichtigen, die Autoren in Beiprogrammen der Ausstellung zu Wort und Ton kommen zu lasssen. Wir bitten um umgehende Zusendung von Bildern, Zeichnungen, Druckgrafiken, Postern, Plastiken zunächst als Foto (für den Katalog) für eine möglichst umfassende "Liebeserklärung, Loyalitätsadresse oder Kampfansage" an den herausforderndsten Kanzlerkandidaten des Nachkrieges. Wir haben zudem beschlossen, die Thematik über die Person Strauß hinaus auszudehnen auf die Gesamtsituation, in der ein Strauß möglich werden konnte, um nicht in den alten Fehler zu verfallen, eine Person zu dämonisieren (und damit eher von ihrem Hintergrund und ihren Hintermännern abzulenken). Unter Ausweitung der Thematik stellen wir uns alles das vor, wofür Strauß besonders repräsantativ ist und was durch Srauß möglicher wird.

Diesem Wahlkampf werden Kunstproduzenten nicht fernbleiben, die Intelligenz des Landes weiß, was für sie auf dem Spiel steht. Und wir bitten um Schneeballpropaganda, da wir auf die Veröffentlichung des Aufrufs in sehr wenigen Zeitschriften/Zeitungen angewiesen sind (versteht sich). Als Rainer Barzel per Mißtrauensantrag an die Macht wollte, kam es zu spontanen Massendemonstrationen und Warnstreiks. Ist es seitdem "stiller" geworden im Lande? Diesen Schuh ziehen sich Künstler nicht an. Wem zu Strauß nichts einfällt, dem braucht nichts mehr einzufallen.

Wir bitten schon jetzt um Terminangebote von Galerien, Kunstvereinen und anderen Ausstellungsorganisatoren für diese Wanderausstellung.

Der Bilder- und Gedichtemacher Hartlib Rex ist Kontaktadresse: Rex, Hoher Berg 6, 2 Hamburg 73. Er ist Initiator des Aufrufs.

Teilnehmerstand am 15.12.79, 21 bildende Künstler und 21 Autoren. Bild: Branchart, Geck, Gölzenleuchter, Hauenstein, Husel, Jung, Kindermann, Kurowski, Kuschnerus, Lang, Lasch, Ohlmann, Rex, Riedel, Schaffernicht, Siegert, Siewert, Staeck, Tomei, Volland, Waller. Wort: Astel, Brecht, Dayan, Doinet, Fried, Gremliza, Jacobi, Kittner, König, Langer, Leist, Pakulat, Rex, Ritter, Siebeck, Sonnau, Süverkrüp, Weick, Weißenborn, Wiech, Wulff.

★

Grüne im SB

Die Erklärung des Delegiertenrats des SB "Orientierungen zur politisch-ökologischen Politik des SB" stellt einen bemerkenswerten Schritt in der Entwicklung des SB dar. Die Erklärung geht aus vom SPD-Parteitag in Westberlin, dessen Pro-Kernenergie-Entscheidung den Ausbau der KKW-Industrie in Westdeutschland ermögliche. An dieser Formulierung sind zwei Aspekte interessant: zum einen scheinen unsere "grünen" Genossen

Reaktionen auf eine Diskussion

ganz schön auf die SPD fixiert zu sein. Sei es, daß liebe, gute alte Hoffnungen mal wieder herb enttäuscht worden sind; oder sei es, daß man damit Politik machen will (dazu später mehr). Zum anderen gibt es ja auch nach dem SPD-Parteitagsbeschluß noch eine Anti-AKW- und Ökologie-Bewegung, die zumindest bislang einiges von dem verhindert hat, was irgendwelche Parteigremien, Parlamente oder Regierungen in Sachen Atomkraft so ermöglichen wollten. Erfreulich immerhin – auch wenn es nicht so sehr des SPD-Beschlusses bedurft hätte –, daß der DR zur Verstärkung des praktischen Engagements in Basisgruppen und Bürgerinitiativen aufruft.

Den Unterstützern der Erklärung reicht das aber nicht mehr aus: gleich im nächsten Satz stürzen sie sich in die grüne Spekulation. Die Stärkung der Ökologie-Bewegung erfordere Initiativen in Parlamenten und Parteien ... die Bewegung bedürfe parlamentarischer Verankerungen und Stützpunkte in Bund, Land und Kommunen (und im Europaparlament! mein Zusatz, M.K.)

Diese Lebenslüge einer grünen Partei wird so keck nicht einmal von den Initiatoren der "Grünen" vertreten. Gewiß ihre Wahl- und Parlamentsaktivität soll laut Programm der Anti-AKW- und Ökologie-Bewegung nützen. Aber die eigenen parlamentarischen Pläne und Ambitionen gleich zum Bedürfnis und Erfordernis der Bewegung zu erklären, ist nicht nur grüner als grün, sondern es verweist auch darauf, daß man kein praktisches Verhältnis zur Bewegung hat.

Die Frage, wo eine Beteiligung an Wahlen bisher der Bewegung in irgendeiner Weise genützt hat, wo und wann ein Atomvorhaben durch grünbunte Wahl- und Parlamentsarbeit verhindert worden ist, ist trotz monatelanger Diskussion über den möglichen Nutzen der "Grünen" unbeantwortet. Die Frage nach dem Schaden, den die Unternehmungen der "Grünen, Bunden und Alternativen Listen" für die Bewegung bedeuten könnten, gewinnt im Gegenteil zunehmende Berechtigung: Manipulation bei der Grünen-Gründung, die Diskussionen über Unvereinbarkeiten, die Spekulation über 4, 5, 6 oder mehr Prozent Wahl-"erfolg" und andere sehr unalternative, geschweige denn "basisdemokratische" Belange der "Grünen" verdrängen die Anti-AKW- und Ökologiebewegung mehr und mehr aus den Medien der öffentlichen Meinungsmache. Etwa das Echo auf die BBU-Versammlungen oder die Massendemonstration in Bonn im Oktober 1979 blieb in dem traditionell wahl-, parteien- und parlamentsfixierten Pressewald deutlich hinter den öffentlichkeitswirksamen Reaktionen auf die "Grünen"-Kongresse in Offenbach und Karlsruhe zurück.

Aber nicht nur hinsichtlich der Einwirkung in die bürgerliche Öffentlichkeit geraten "Die Grünen" und die Bewegung in Konkurrenz, Widerspruch und Konflikt. Die Frage einer Unterstützung der "Grünen" ist für die Anti-AKW- und Ökologie-Bewegung von vornherein spalterisch. Stärke der Bewegung ist gerade ihre parteiliche und gewerkschaftliche Unabhängigkeit, ihre Fähigkeit in Parteien und Verbände hineinzuwirken. Grüne Bewegung und grüne Partei, dies Bild ist viel zu sehr den bürgerlichen Apparaten abgeguckt – und natürlich läßt auch Lenin grüßen mit Partei und Gewerkschaft.

Wahlergebnisse einer grünen Sonderpartei, mit der sich die Basisbewegung identifizieren würde, wären in jedem Fall eine Schwächung der Bewegung; man stelle sich die nächste Bundestagswahl mit der Deutungsmöglichkeit als Volksabstimmung über AKWs vor: SPD, FDP, CDU/CSU pro und Grüne contra. Geben wir ihnen großzügig 90:10; das Ergebnis wäre in jedem Fall verheerend.

Der BBU ist da schlauer als die grünen Genossen im SB: nicht nur, daß er die "Grünen" nicht als seine Partei annimmt, er verbot sogar die gleichzeitige Übernahme einer Funktion bei den "Grünen" und im BBU. Unvereinbarkeit mal anders herum! – Nicht nur hinter die BBU-Erkenntnis, daß die grüne Doppelstrategie nur schadet, sondern auch gegenüber so differenzierten Positionen, wie denen der Alternativen Liste Berlin, fallen unsere Delegiertenratsgrünen zurück. Die AL knüpfte immerhin an die Mitarbeit bei den "Grünen" politische Voraussetzungen und gibt sich nicht mit der parlamentarischen Artikulation ökologischer Lebensinteressen zufrieden.

Das Dilemma unserer grünen Genossen, Strauß durch eine Kandidatur der "Grünen" zu begünstigen, findet in der Erklärung des Delegiertenrats einen erstaunlichen Ausdruck. Da wird zum Zeitproblem (... 'zur Zeit noch keine Wahlempfehlung" ...), was eigentlich ein eminent politisches Problem ist: solange man eigene Interessen und politische Anliegen hat, fragt man sich, welche Bedeutung Schmidt und welche Bedeutung Strauß für die eigene politische Arbeit hat. Eine Wahlentscheidung fällt dann taktisch: ist ein Übel größer, eines kleiner? Wichtig bleibt die eigene politische Arbeit in Bürgerinitiative, in Alternativprojekten oder in sozialistischen Basisgruppen. Für den Tanz auf dem Wahleis aber wird die Orientierung an der eigenen politischen Arbeit in der Ökologie- und Anti-AKW-Bewegung zum Hindernis: Strauß oder nicht Strauß wird zur Gesinnungsfrage; nimmt man ihn ernst oder vielleicht doch nicht? Ist die Grüne Chance größer als die schwarze Gefahr?

Hinsichtlich einiger Grüner im SB mag der Beschluß des Delegiertenrats von Hamburg und ihr eigenes Engagement für die Grünen aber auch andere Bedeutung haben: SPD-Fixierung im SB wird immer bei Vack, Buro, Negt, Narr u.a. gesucht. Politischen Sinn macht aber auch die DR-Erklärung als Versuch, die SPD von links zu beeinflussen: wenn Du, böse SPD, für Kernkraft eintrittst, dann kriegst Du unsere Stimmen nicht mehr – nicht als kleineres Übel und erst recht nicht als Träger von Hoffnungen, also richte Dich danach!

Spekulation mit Wahlen scheint die politische Denkart der Stunde zu sein! – Denn man Viel Glück, das braucht man beim Spekulieren.

MICHAEL KRAWINKEL

Geburtsfehler

Von Dinné – einem der "Grünen"-Abgeordneten in Bremen – stammt wohl die Erkenntnis, daß einem bei Wahlen die Distanzierung von den K-Gruppen "2-3 % im bürgerlichen Lager einbringen" würde. Und distanziert wird sich kräftig, und das nicht nur von Dinné. Seit langem wird von Sozialisten – gerade auch dem SB – Kritik am selbsternannten "Avantgardetum" einer Organisation wie der meinigen geführt. Es hat lange bei uns gedauert, aber zumindestens großen Teilen in meiner Organisation dämmert seit einiger Zeit, welchen Schaden wir mit verdinglichten Organisationsvorstellungen, Sektiererei und "Partei-der-Arbeiterklasse"-Vorstellungen angerichtet haben – auch für uns selber als politische Menschen. Lernprozesse sind in Gang gesetzt – wenn auch mühsam – die von Sozialisten offensichtlich nicht zur Kenntnis genommen werden, gerade vom SB nicht. Meint Ihr ernstlich, Genossen, daß die Mehrheit unserer Organisation etwa tatsächlich "nach wie vor" einen "Avantgarde"-Anspruch in der Wahldiskussion und Formierung einer grün-alternativen Partei-Bewegung zu den Bundestagswahlen beansprucht?!

Wenn man – wie ich es tue – davon ausgeht, daß in der "Grünen"-Bewegung eine innere gesellschaftliche Dynamik steckt, die weder "geführt" oder hochnäsig von traditionellen Vorstellungen linker Politik aus zu kritisieren sind, so steht für Sozialisten und Kommunisten sehr wohl die Aufgabe kritischer und lernender Begleitung, wie praktischen Eingreifens und der Einbringung von Erfahrungen und Forderungen, wie sie in der Arbeiterbewegung entstanden sind. Dies erfordert keine "Fraktions"-Mentalität, wohl aber eine gemeinsame Diskussion, die sich auf sozialistische Plattform bezieht. Dies wäre nicht gegen die Grüne Bewegung gerichtet, sondern im Gegenteil darauf, aus sozialistischer Tradition kommend mit zum Geburtshelfer zu werden.

Nun diskutiert das SB. Aber unter sich. Andere kommunistische und sozialistische Ansätze bleiben ausgegrenzt. Auf den Bunte-Treffen z.B. in Frankfurt, hält sich das SB vornehm heraus. Ähnlich bei den wichtigen Auseinandersetzungen in den meisten Städten NRWs.

Willi Hoss hat in verschiedenen Interviews – TAZ, FR, aber auch im letzten "links" – einen Hauptteil seiner Anstrengungen darauf gerichtet, die K-Gruppen (im übrigen ohne jede Differenzierung, als wenn tatsächlich z.B. KBW und KPD noch große Gemeinsamkeiten außer dem gemeinsamen falschen Anspruch hätten) zu denunzieren und sein Verständnis für das Verbot der Doppelmitgliedschaft auszudrücken. Genosse Hoss wie auch andere, haben sicherlich in der Vergangenheit mit dazu beigetragen, daß einigen von uns die Falschheit wesentlicher Elemente unserer Politik klar wurde. Aber was, wenn in einigen Monaten auf dem III.Parteitag der KPD der Popanz endlich zerfällt, und stattdessen hoffentlich ein kommunistischer Diskussions- und Handlungszusammenhang produktiver Art herauskommt?! Haben Willi Hoss und andere mit ihren Erklärungen der letzten Monate tatsächlich einen Beitrag zur Stärkung der Linken (– auf die es in der nächsten Zeit angesichts der Krise des Marxismus verdammt ankommt–) geleistet oder eher Hilfsdienste in die falsche Richtung geleistet?!

Rudolf Bahro sagte auf einer Großveranstaltung in Westberlin:

"Und wenn ich von allen sozialistischen Kräften spreche, die eine große Verantwortung dafür haben, was aus der grünen Bewegung wird, dann spreche ich von allen sozialistischen Kräften innerhalb und außerhalb der SPD; und außerdem selbstverständlich von dem ganzen breiten Band sowohl der sogenannten undogmatischen Sozialisten, als auch der Genossen in den K-Gruppen, mit denen wir uns über diese großen Ziele und Aufgaben einigen müssen...".

Ist nicht eine bestimmte Art undogmatischer Kritik an uns längst zu einem Dogma verkommen?

BERND ZIESEMER (KPD)

Zeitlos

Die Thesen des SZ Tübingen zur Strauß- bzw. Wahldiskussion in Buchschlag fanden in einigen Artikeln der "links" ein spätes, dafür umso gewaltigeres Echo. Im Prinzip freut uns das natürlich, auch wenn dieses Echo durchweg negativ, ja eigentlich verheerend ausfällt. Klaus Vack beobachtet in unseren Thesen das "grüne Saturday Night Fever", es überkommt ihn gar ob unserer "realpolitischen Patentrezepte" der "schwarze Humor". So weit so gut. Wir können auch den verkraften, werden des öfteren selbst gern polemisch und haben deshalb hier nicht vor, uns beleidigt über irgendwelche kräftigen Sprüche zu beschweren.

Was den Artikel von Klaus Vack betrifft, hätten wir es allerdings ganz gut gefunden, wenn er auf die trotz der knappen Thesenform doch zumindest angedeutete und Klaus darüber hinaus aus vielen Diskussionen bekannte **Begründung** unseres Eintretens für die Kandidatur eines Bündnisses zwischen Linken und Ökologen eingegangen wäre. Statt sich damit auf die gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik einzulassen und die politischen Konsequenzen, die wir daraus ziehen, **von daher** zu kritisieren, beschwört Klaus Vack in seinem Artikel dann nur die zeitlos schönen Prinzipien der SB-Politik.

Als ähnlich prinzipienfest erweist sich Volkhard Brandes. Wie er, ansonsten exponierter Anwalt solidarischer Umgangsformen, mit unseren Thesen umspringt, finden wir allerdings ärgerlich.

Reaktionen auf eine Diskussion

Er unterstellt uns kurzerhand, wir würden aus der Ökologiebewegung eine einheitliche Kraft und aus den Widerständen gegen Sozialpartnerschaft und Rationalisierung eine deutliche politische Strömung machen, um seine Kritik dann im hilfreich gemeinten Ratschlag an den lieben Leser gipfeln zu lassen, er solle das Ganze doch "weniger analytisch ernst nehmen, sondern als propagandistischen Schachzug der Befürworter einer Wahlbeteiligung begreifen, die sich ihren Wählerblock zu konstruieren versuchen". Volkhard müßte eigentlich nicht an thesenartig verkürzten und damit notwendigerweise auch reale Widersprüche einebnenden Aussagen in Richtung Unterstellungen spekulieren. Er weiß genau, daß wir die Differenzen zwischen Rationalisierungsabwehr im Betrieb und den vielfältigen Ansätzen in Ökologie- und Alternativbewegung auch sehen – schließlich haben wir genau zu diesem Problem im Herbst eine Tagung organisiert.

Wer so auf die 9 Thesen eingeht, die dazu beitragen sollten, im SB eine viel zu lang hinausgeschobene Diskussion zu eröffnen, der offenbart vor allem eigene Ängste und Tabus, die, wie der Artikel von Volkhard demonstriert, weniger mit dem aufgebauten Buhmann als vielmehr mit der unzureichend aufgearbeiteten eigenen (sicher nicht individuellen) Geschichte zu tun haben. Um dies an zwei entscheidenden Strängen in der Argumentation von Volkhard Brandes zu verdeutlichen: Da schießt er sich zum einen vehement auf die Leute ein, die nun "alles Heil von der neuen Partei" erwarten. Heilserwartungen an **die** Partei haben natürlich Tradition. In unseren Thesen ist nun aber noch nicht einmal von einer Partei die Rede, und auch sonst erinnern wir uns an keinen Diskussionsbeitrag im SB, der in bezug auf die Wahlkandidatur Parteivorstellungen vertreten hätte, wie sie leninistischer oder auch nur sozialdemokratischer Tradition entsprechen. Es scheint doch eher das Problem von Volkhard Brandes zu sein, wenn er sich das politische Handeln linker und ökologischer Kräfte auf parlamentarisch-institutioneller Ebene nur in dieser Parteiförmigkeit vorstellen kann. Etwas anderes wäre es, vor allem jetzt nach Karlsruhe, darüber zu diskutieren, ob und wenn ja, wie unsere Vorstellungen von einem Bündnis ökologischer und sozialistischer Kräfte noch zu realisieren sind. Offensichtlich geht es aber darum, sich auf diese Ebene noch nicht mal argumentatorisch einzulassen. Das bestätigt auch die zweite große Angst, die vor einer aufgezwungenen Vereinheitlichung. Hier unterstellt Volkhard Brandes, zugegeben begünstigt durch den unguten Begriff des "Alternativen Blocks", es ginge uns, dem "traditionell linken Dogma" entsprechend, um ein "zusammenschweißen", um die Eliminierung der realen Pluralität der Emanzipationsbewegung. Volkhard Brandes kann aber nachlesen, und weiß es ja auch so besser, daß wir in bezug auf ein Wahlbündnis von einem Minimalkonsens sprechen. Ein Minimalkonsens allerdings, der Keim zur Entwicklung einer gesellschaftlichen Übergangsperspektive sein kann und deshalb unseres Erachtens in der Konsequenz gegen die kapitalistische Rationalität der Arbeit gerichtet sein muß. Es bleibt zu hoffen, daß die kommende Arbeitsgruppentagung sich mit diesem Problem der Entwicklung einer Perspektive gegen Strauß **und** Schmidt, beschäftigen und darauf bezogen Emanzipationsvorstellungen an politische Formen **und Inhalte** einbringen wird, anstatt, wie in den meisten "links"-Beiträgen geschehen, politische Prinzipien ungeachtet gesellschaftlicher Prozesse vor sich herzutragen.

SABINE EULERICH,
WOLFGANG KNAPP,
BERTOLD MATZANKE/
SZ-TÜBINGEN

Letzte Krise

Einige grundsätzliche Bemerkungen zu den grundsätzlichen Überlegungen von W. Hoss in der links vom Dezember 1979.

W. Hoss formuliert am Anfang des Interviews in der "links" einige Leitgedanken, die für ihn die Grundlage für sein politisches Handeln darstellen.

1.) Dem heute in Erscheinung tretenden, weitverbreiteten Unbehagen in der Bevölkerung an Umweltvergiftung, Stadtzerstörung, Zerstörung im Arbeitsprozeß usw. liegen vermutlich antagonistische, d.h. im Rahmen des Kapitalismus nicht lösbare Widersprüche zugrunde.

2.) Der alte, von Marx analysierte Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital ist in diesem Widerspruch aufgehoben... Es ist eine antikapitalistische Bewegung entstanden, die andere Teile der Bevölkerung erfaßt, die mit der Art zu produzieren und Profit zu maximieren nichts mehr zu tun haben wollen ...

Die gesamte Diskussion um die Rohstoff-Umweltkrise läßt sich, glaube ich, im wesentlichen auf die Frage zuspitzen, ob der Kapitalismus in der Lage ist, die von ihm erzeugte Krise zu meistern. Wenn es sich bei dieser Krise um den Ausdruck eines antagonistischen, d.h. systemsprengenden Widerspruches handelt, die ökologische Bewegung entsprechend systemtranszendierenden Charakter besitzt, ist das Kapital nicht in der Lage, die Krise zu überwinden. Meiner Ansicht nach entfaltet diese Krise und der ihr zugrundeliegende Widerspruch keine notwendig systemsprengende Kraft. Nach der Logik des Kapitals muß die Erde keineswegs schrankenlos ausgebeutet werden. Anders formuliert, die natürliche Grenze der vollständigen Ausplünderung unseres Planeten muß vom Kapitalismus logisch nicht erreicht werden. Diese Krise beinhaltet so nicht notwendig das logische und historische Ende des Kapitalismus, obwohl sie in ihrer Zuspitzung die Möglichkeit einer grundsätzlichen Umwälzung eröffnen kann (aber dazu müßte eine starke sozialistische Bewegung existieren, und die sehe ich noch nicht) ...

Das Einzelkapital ist völlig gleichgültig gegenüber seinen Verwertungsobjekten, d.h. gegenüber Mensch und Natur. Es kennt so keine Grenzen in seinem Verwertungsdrang. Dieser schrankenlose Verwertungszwang läßt das Gesamtkapital in seiner Entfaltung auf verschiedene natürliche Grenzen stoßen, die einmal den Bestand des Kapitals gefährden, andererseits jeweils eine Bedrohung des Gattungswesens Mensch darstellen.

Die erste historische Schranke war die potentielle physische Verkrüppelung und Vernichtung der Arbeiterklasse in der Mitte des 19.Jahrhunderts. Die drohende Zerstörung wurde duch die Erkämpfung des Normalarbeitstages und durch Arbeitsschutzgesetze abgewehrt. Der zugrundeliegende Widerspruch existiert bis heute, seine Auswirkungen sind, auch im Interesse des Gesamtkapitals, eingedämmt.

Heute stehen wir vor zwei weiteren Grenzen.

1.) Die potentielle Vergiftung der Umwelt und die drohende Ausplünderung der natürlichen Ressourcen der Erde.

2.) Die potentielle psychische Vernichtung der Menschheit in den sogenannten Industrieländern (Drogen, Alkohol, Depressionen u.v.m.) und die physische Vernichtung der Menschen in der sogenannten dritten Welt (Hunger, Krankheit etc.).

(Ich möchte zunächst die psychische Verelendung ausklammern, da sie vermutlich eine andere Qualität besitzt.)

Die Gleichgültigkeit des Einzelkapitals in seinem hemmungslosen Verwertungsdrang führt an diesen Grenzen zur drohenden Vernichtung der eigenen natürlichen Voraussetzungen für die Verwertung. Der Bestand des Gesamtkapitals ist so gefährdet. Das Partikularinteresse des Einzelkapitals steht im Gegensatz zum Interesse des Gesamtkapitals. Mit anderen Worten, die Bedrohung der Menschheit und der Erde ist auch eine Gefahr für den Kapitalismus.

Ich gehe soweit, zu behaupten, daß das Interesse des Gesamtkapitals am eigenen Bestand, also an der Erhaltung der Umwelt, das Interesse des Einzelkapitals an besonders günstigen Verwertungsbedingungen grundsätzlich überwiegt. Das eigentliche Problem an dieser Stelle ist, ob die Verwertungsbedingungen der Einzelkapitale es zulassen, eine restriktive Umweltpolitik durchzusetzen.

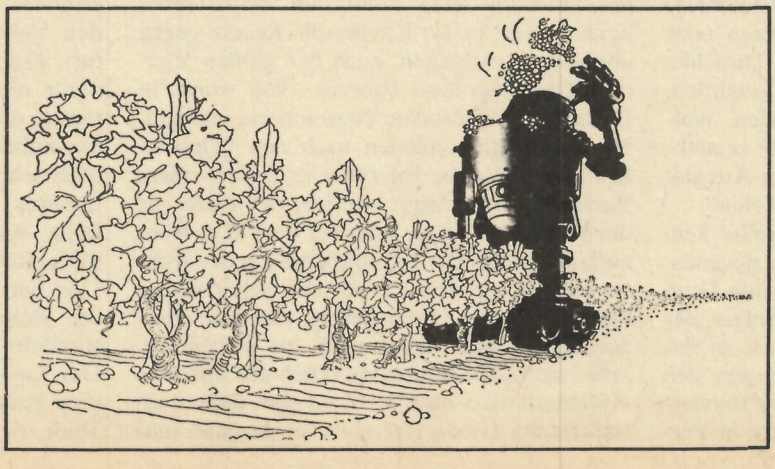
Prinzipiell spricht auf dieser Ebene der Argumentation nichts dagegen, die Ausbeutungsbedingungen zu verschärfen, trotz erhöhten Kostenpreises den Profit zu erhalten, kurz, die Krisenlasten auf die Bevölkerung abzuwälzen. Ideologisch dürfte es außerdem besonders gut begründet werden können. Auch die Akkumulation muß sich nicht notwendig verringern, nur in eine andere Richtung gelenkt werden.

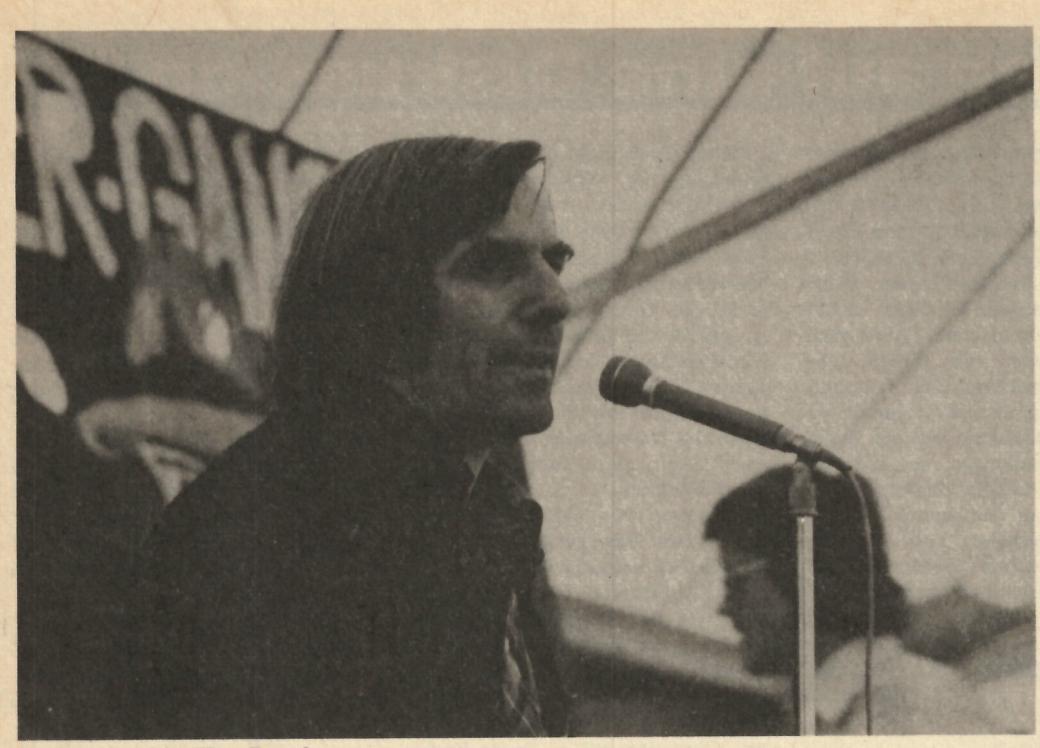
Zusammenfassend läßt sich so sagen, der ursächliche Widerspruch ist im Kapitalismus nicht aufhebbar. Der Konflikt schwelt weiter und entzündet sich an verschiedenen Punkten. Die Auswirkungen der Krise sind aber grundsätzlich eindämmbar...

Die Bedrohung durch die Krise erscheint in vielen Köpfen als das mögliche Ende der Menschheit, für viele Linke bedeutet sie auch den potentiellen Untergang des Kapitalismus. Diese Hoffnung, die auch durch die breite grün-bunte Bewegung entsteht, führt wie bei W.Hoss nach meiner Ansicht auch zu einer falschen Einschätzung dieser Bewegung. So hat diese Bewegung in ihrer Gesamtheit zwar heftige Kritik an den Auswüchsen des Kapitalismus, aber nicht an der "sozialen Marktwirtschaft" selbst u.a., da sie nicht in einem antagonistischen Verhältnis zum Kapital stehen. Sind die Auswüchse beseitigt, und das ist m.E. möglich, so werden sich große Teile auch wieder völlig in diese Gesellschaft integrieren lassen. Die Grundlage für das weitverbreitete Unbehagen und den Widerstand ist kein systemsprengender Widerspruch. Die Bewegung ist im Kern nicht systemsprengend, selbst wenn sie an der Oberfläche antikapitalistische Züge aufweist. Es handelt sich also nicht um den beginnenden Aufstand der Gattung Mensch gegen den Kapitalismus...

Ordnet man diese Krise in einen übergeordneten historischen Rahmen ein, so bedeutet sie zwar einen scharfen gesellschaftlichen Einbruch, es handelt sich aber nicht um die letzte Krise des Kapitals. Diese letzte Krise kommt, wenn das Kapital an seine in ihm selbst liegende Grenze stößt, wenn es nicht mehr in der Lage ist, die materiellen und menschlichen Produktivkräfte (und das ist die über die momentane Situation hinausweisende Qualität der psychischen Verelendung) zu entwickeln, wenn das Kapitalverhältnis keine Produktivkraft mehr ist.

DIETMAR SCHLÜTER





Rudi Dutschke auf dem Pfingst-Kongreß

Zum Tod Rudi Dutschkes

"Alles totschlagen!", so meinte ein Berliner den Trauermarsch auf dem Kudamm empfangen zu müssen, als man sich der Stelle des Attentats auf Rudi Dutschke 1968 näherte. Hier hatten ihn die Kugeln getroffen, von denen er sich nicht mehr erholen konnte. Mit ungeheurer Energie hat er gegen diese Verletzung gekämpft; denn er wollte kein Märtyrer sein, sondern leben. Sein Leben war wichtig für alle, die ihm auch nur von Ferne begegnet sind, und sein Tod reißt ein Loch in die Reihen, das niemand wird schließen können.

Der Platz jener, welche erschlagen und kampfunfähig gemacht sind, wird schlecht und recht aus den Reihen der Kämpfenden ausgefüllt, meist schlecht, denn der Gegner weiß die zu treffen, welche ihm gefährlich sind.

Heinrich Regius, Dämmerung

Daß er wieder aufstehen würde, nachdem ihn diese drei Kugeln im Kopf getroffen hatten, wir alle haben es gewünscht und gehofft; aber wer wagte es zu hoffen, nachdem er Sprache und Erinnerung verloren hatte, daß wir wieder miteinander diskutieren könnten, daß er wieder ein Kopf werden würde, daß er wieder dabei sein würde, wenn es gilt, den Sprung gegen die Wahrscheinlichkeit zu unternehmen? Müßig wie kleinlich ist es, Rudi heute für sich oder eine andere politische Richtung reklamieren zu wollen. Wenn eine Bewegung öffentlich geworden ist, können ihre Protagonisten auch nicht mehr von den Gesetzen spätkapitalistischer Öffentlichkeit verschont bleiben. Daß aus dem toten Rudi ein guter Rudi gemacht werden würde, stand zu befürchten; aber müssen **wir** uns um einen roten oder einen grünen Rudi streiten? Rudi Dutschke ist ein Opfer dieser Öffentlichkeit geworden, als ihn Ostern 1968 die Kugeln trafen. Wollen wir nachträglich sein Leben noch zerstükkeln, indem wir einen Rudi vor dem Attentat gegen den nach dem Attentat ausspielen?
Rudi wollte die Vermittlung; er wollte kein Veteran sein, und er wollte nicht verleugnen, was einmal gewesen war. Er ging zum Grab von Holger Meins. Sein Ausruf, "Holger, der Kampf geht weiter!" sollte erinnern an das gemeinsame Motiv, den Kampf gegen den Krieg der USA in Vietnam, den die Bundesrepublik unterstützt hatte. Alles schon in Vergessenheit geraten? Trauen wir uns nicht mehr, uns und andere daran zu erinnern, was dieser systematische Terror, der Vietnam zu einem prowestlichen Friedhof machen sollte, bedeutet hat? War es nicht die Kluft zwischen der offiziellen Weltinterpretation, die von wildgewordenen Vietkong-Terroristen sprach und im Glanze eines Schahs von Persien schwelgte, und der Wirklichkeit von Napalm, Folter, Massenelend und schamlosester Ausbeutung, die uns auf die Straße brachte und uns die "begrenzte Regelverletzung" praktizieren ließ, um dieser Verzerrung entgegenzuwirken?

"Fairer Gegner"

Gewalt war von Anfang an ein Spiel, als die Spielregeln durchbrochen wurden. Und die herrschende Gewalt traf Personen und nicht Sachen. Erzeugung von Volkswut, öffentliche Diffamierung durch die Politiker und staatliche Gewaltausübung gingen Hand in Hand. In Rudi Dutschke hatten sie ihr Symbol: Schon Weihnachten 1967 hatte ihm ein Rentner beim Protest in der Kirche sein Krücke gegen den Kopf geschlagen, nach der großen Vietnam-Demonstration Februar 1968 wurde in Berlin eine regelrechte Pogromhetze entfacht, Menschenjagden fanden nach den "Dutschkes" statt. Welche Energien waren bei einem Bachmann mobilisiert worden, der extra aus der Provinz anreiste, Rudi vor dem SDS-Büro auflauerte und ihn niederknallte? Jeder wußte, wer sie geweckt hatte: Die Scheinheiligkeit öffentlicher Distanzierung von dem "Einzelgänger" war kaum noch zu überbieten. Aber sie wurde überboten durch das offizielle Aufatmen, daß Rudi nicht tot war, daß er ein reduziertes Leben irgendwo im Ausland führen würde; man hatte ihn getroffen, den Sturm auf Springer überstanden, und kein Märtyrer war geschaffen.
Zwölf Jahre danach, als die Kugeln doch noch ihr Ziel erreichten, packt einen die Wut der Ohnmacht, wenn vom 'fairen Gegner in der politischen Auseinandersetzung" die Rede ist, Rudi zum Augstein-Freund avanciert, der von ihm sogar Geld genommen hat, und "Bild" ihn noch mit "stechenden Augen" in der Wanne verenden sieht. Es ist wichtig, sich zu erinnern, ohne ins Anekdotische abzugleiten. Man muß auch die persönliche Erinnerung relativieren; denn eine öffentliche Person, wie sie Rudi war und wieder wurde, kann man nicht in das Gefängnis der Privatheit einsperren, ohne ihr nachträglich noch Gewalt anzutun. Nach dem Attentat war das Erinnern für Rudi selbst eine wichtige Arbeit geworden: Rekonstruktion der eigenen und der gemeinsamen Geschichte. Das Wiedererkennen war schwierig: Als er später die Attentatsstelle besichtigte, gab es das SDS-Büro nicht mehr. Nicht nur der Ort (das Haus wurde abgerissen), sondern das ganze Land hatte sich verändert. Auch die Politik.

Agitation und Rhetorik

Rudi kam wieder nach Deutschland, als es die antiautoritäre Bewegung, die er mitbegründet hatte, nicht mehr gab. Sie hatte sich in sektiererische Organisationen aufgelöst – jedenfalls an der Oberfläche. Mit ihnen machte Rudi seine bitteren Erfahrungen, als er auf der großen Vietnam-Demonstration in Bonn 1973 sprechen wollte. Er mußte feststellen, daß die neuen Avantgarde-Politiker ihn als abgetakelten Führer behandelten. Die Repräsentation ihrer Organisationen war ihnen wichtiger geworden, als die Sache. Das hatte es in der Zeit der alten APO nicht gegeben; aber auf der anderen Seite: Hatte nicht gerade die APO diese neuen und alten "Führer" produziert? Es wäre zu billig, wie leider doch allzu oft als Erklärungsmuster benutzt, der "bürgerlichen" Presse die Schuld daran zu geben.
Wir hatten selbst diese Form der Öffentlichkeit gesucht – und der Preis, der gezahlt werden mußte, war sicher auch die Personalisierung. Aber war es nicht auch so, daß in den großen Teach-ins diejenigen zu Autoritäten wurden, die am besten reden konnten? Rudi war ohne Zweifel der beste Agitator, den die Protestbewegung hervorgebracht hat – mehr noch: **Er hat Agitation in Deutschland wieder zu einer lebendigen revolutionären Angelegenheit gemacht, die das Bewußtsein der Menschen verändert.** Jeder gute Massenredner in der APO hat die Erfahrung machen müssen, daß das Image, das einem vorausgeht, den Inhalt der eigenen Worte überholt. Ich erinnere mich an eine Versammlung gegen den Vietnamkrieg in der Universität Frankfurt, Frühjahr 1968. Rudi sprach; aber an die Stelle der Überzeugung war die Routine getreten, die Zuhörer warteten nur auf zündende Formulierungen; worum es ging, glaubte damals schon jeder zu wissen. "Wie ein revolutionäres Zirkuspferd", murmelte Krahl abfällig. Aber hatten nicht wir, der Frankfurter SDS, Rudi als Zugpferd geholt und benutzt? Uns fiel ja selber nichts Neues mehr ein als die **Steigerung der Militanz.** Deswegen verwandelte sich die Agitation in Rherorik.
Der Kampf konnte so nicht mehr weitergehen; eine Pause wäre nötig gewesen – gerade für Rudi, der sich bis zur absoluten physischen

und wenn die noch so viele umbringen

die meldung erwischte mich
mitten in einem brief
an P.P. Zahls verlobte
vor 12 minuten
um 16 Uhr 3 knallte sie
brutal aus dem lautsprecher
zwischen die buchstaben
schneidend scharf
wie damals die peitschenden laute
in Berlin schossen ins gehirn
die gedanken SPRINGER
hat's geschafft mit verzögerungs-
zünder, verdammt!
ist das nächste während
mir irgendwas die finger
von den tasten fegt die hände
hochreisst vor's gesicht, verdammt
gelogen ist das nicht wahr
kann das sein ein witz
ein schlechter scherz wie üblich
sie bei denen sind sag doch
was mensch Rudi sag
was vedammt sag schon
irgendwas und lass das
nicht so lähmend
im raum stehen hör mal das
kannst Du doch
nicht einfach machen
so abzuhauen Du
mit Deiner energie gerade
jetzt wo sich wieder
was bewegt wirst Du doch
gebraucht wie jeder
und jede und lässt Dich
so mir nichts dir nichts
einfach gehen mann
Rudi gleich
gleich sagt der trottel
da im radio liebe hörer
wir bedauern die falschmeldung
über den tod
Rudi Dutschkes bestimmt
sagt der das
gleich
nicht wahr
Rudi Du?
wir haben
diesem gekauften weihnachten
schon seit jahren
nicht mehr über den weg getraut
jetzt
hat es sich
dafür gründlichst
revanchiert
dieses verlogene
fest der hoffnung aber
Rudi
der kampf geht weiter
irgendwie
Rudi irgendwie
und wenn sie noch
so viele umbringen
gleich
oder 11 jahre
später

WERNER SCHLEGEL

Anmerkung:
Werner Schlegel, 1951 in Ansbach geboren, 1975 in der Schweiz festgenommen, 1976 an die BRD ausgeliefert und zu 6 Jahren Haft wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, versuchter Brandstiftung, Einbruch verurteilt.
Bis heute kein Normalvollzug; während der Haft dennoch publizistisches Arbeiten, zahlreiche Beiträge in Alternativ- und Literaturschriften. Zuletzt erschien sein Lyrik- und Prosaband "Die Sympathisanten in 9999 Folge" im IVA-Verlag, Tübingen. Werner Schlegel ist z.Zt. in der JVA Rheinbach, Postfach 601, 5308 Rheinbach inhaftiert.

Erschöpfung verausgabt hatte. Seinen Terminkalender sehe ich noch heute mit Schrecken vor mir. Aber es wurde für Rudi diese entsetzliche Zwangspause, die über Jahre seine gesamte Kraft fürs Überleben und dann für das Wiedererlernen der Sprache erforderte. Als er wieder nach Deutschland zurückkehrte, erst sporadisch, dann immer häufiger, bis er kurz vor seinem Tod einen Wohnsitz in Bremen nahm, begab er sich nicht allein auf die Suche nach der verlorenen Zeit. Er versuchte, sich zu verändern. Ihm war klar, daß ein neues Selbstbewußtsein nicht von außen kommen könne, sondern nur aus den sozialen Bewegungen selbst.

'Asiatischer Despotismus' und 'Aufrechter Gang'

Das Dostojewski-Motiv der Parteinahme für die Erniedrigten und Beleidigten saß zu tief in ihm als daß er sich mit einem Anlehnungsinternationalismus – an die UdSSR oder die VR China – jemals hätte abfinden können. Dazu war er selbst zu sehr ein deutscher Fall – von Ost nach West. Er wollte etwas Neues; zu sehr war er in der DDR daran gehindert worden, es zu versuchen; aber auch zu sehr hatte er dort gelebt, um in einen blinden Antikommunismus zu verfallen.
Sein "Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen" hatte beide Dimensionen. Auf der einen Seite der ursprüngliche Versuch, mit Lukács dem Marxismus seine revolutionäre, kritische und emanzipatorische Seite wiederzugeben – nicht umsonst war der Raubdruck "Geschichte und Klassenbewußtsein" ein Lektüre-Hit im SDS. Als er aber nach dem Attentat die Arbeit an dem Buch wiederaufnahm, war für ihn das Interesse in den Vordergrund getreten, den "real existierenden Sozialismus" als ein Zwangssystem zu begreifen, das emanzipatorische Tendenzen in Ost und West behindert. Seine letzte Auslandreise vor dem Anschlag ging in den Prager Frühling, der bald – nachdem Rudi angeschossen wurde – im Pariser Mai sein westliches Gegenstück fand. Dieser Prager Frühling hatte sich, als Rudi wieder die politische Wirklichkeit studieren konnte, in eine tschechoslowakische Eiszeit verwandelt. Das war ein Motiv, in der "asiatischen" Vergangenheit Rußlands, dem Despotismus und der Bürokratie den Schlüssel für das heutige System zu suchen. Seine Konsequenz für die politische Aktualität war klar und eindeutig. Er wollte uns an das Erlernen des "aufrechten Ganges" erinnern, "d.h. mit zwei Beinen zu marschieren und nicht das eine 'links' in Peking oder das andere 'rechts' in Moskau stehen zu lassen."

Voluntarismus gegen Wahrscheinlichkeit

Kein neues Modell, sondern Erkennen und Erinnern unserer eigenen Möglichkeiten. Rudi erkannte bald, daß das demokratische Potential von Engagierten in Deutschland seit 1968 erheblich gewachsen war. Aber man durfte es nicht nur bei alten Freunden suchen, die oft schon kein Freunde mehr waren. Manche waren gestorben – an Autounfällen, Selbstmorden und vielen Formen von Selbstdestruktion hat es in den siebziger Jahren nicht gemangelt. Die Alten, die noch aus der Zeit der Novemberrevolution kamen – ich schreibe die persönlich wichtigsten für Rudi hin: Bloch und Marcuse –, mußten wir begraben; doch zugleich erleben wir mit Rudis Tod auch noch den Tod der Jüngeren. Fast genau zehn Jahre zuvor begann das Dezennium mit dem Autounfall von Hans-Jürgen Krahl und Genossen. Die vielen Verluste, persönlich wie politisch, lassen sich kaum mehr begreifen – und ich kann und will sie auch nicht interpretieren. Das ergäbe nur einen Schein, einen falschen Schein von Versöhnung mit dem Tod. Bevor Rudi starb, hatte er wieder angefangen, etwas zu wagen – nämlich den Versuch einer Vermittlung zwischen Ökologie und Sozialismus. Unabgesichert, mit dem hohen Risiko des Konflikts, sogar des Scheiterns, mit einem sich selbst – vor allem seine Physis – nicht schonenden Engagement, das vor Pfiffen des Publikums ebensowenig zurückscheut wie vor dem Verlust alter Freunde, hat er in der letzten Zeit noch einmal die schönste Seite des politischen Menschen Rudi Dutschke uns allen gezeigt: den Wunsch nach einem besseren Leben, einen unbändigen **Voluntarismus gegen die Wahrscheinlichkeit.**
Selten kann es gelingen, in seinem eigenen Leben, den emanzipatorischen Wunsch mit dem zusammenzubringen, was erreichbar ist. Die Bitterkeit, die Rudis Tod hinterläßt, ist nicht die, daß das einzelne Leben zu kurz ist, sondern daß sein Leben verkürzt wurde. Selten gibt es Menschen, die so viele andere durch sich selbst gewinnen, das eigene Individuum und die Sache der Befreiung vermitteln können – jeder, der eine Veränderung der Geschichte zum Besseren wünscht, wird diesen Schmerz empfinden. Die Begegnungen, der Spaß sich wiederzusehen, Kontroversen auszutragen, sich auf dem Flughafen zu treffen, sich zu umarmen – wie soll man das beschreiben? Mir fällt nichts anderes ein als der Respekt vor dem Tod des Individuums. Der Rest ist Schweigen, und das heißt: Trauer.

DETLEV CLAUSSEN

Reinhard Lettau, Bildnis Rudi D.

aus: Reinhard Lettau, »Immer kürzer werdende Geschichten.« München. 1973. (Zit. nach Rotbuch)

Er spricht beim Schreiben, schreibt, während er spricht. Dabei hört er zu, was die andern sagen. Also das Zuhören, in diesem überfüllten Zimmer, stört ihn beim Schreiben, das ihn beim Sprechen stört, das ihn beim Zuhören stört. Da aber dringend alles auf einmal getan werden muß, tut er alles auf einmal, die anderen lernen es bald, daß das gerade Geschriebene durch das gerade Gesprochene, das es verändert, überholt wird, aber nicht unnötig, da das danach Gesprochene oder neu Geschriebene oder Gehörte, das Neues bringen kann, das vorige noch braucht, ihm womöglich wieder weichen muß als neuem Neuen, d.h. eben zutreffende Vorgänge werden von unerbetnen oder unerwarteten oder unbedachten verdrängt, d.h. jeden Schritt muß er verlängern oder sofort unterbrechen können, so daß er also so lebt, daß er an einer unendlichen, nicht endenden, sich immer verändernden, sich nach vielen Seiten stärkenden Rede arbeitet, die umgebende, erkennbare Veränderungen mit aufnimmt, von der er manchmal kurze Strecken, auf dem Podium stehend, von andern unterbrochen, atemlos mitteilt, daher die Relativsätze bei ihm, der, da sein Angriff vor allem darin besteht, daß es ihn gibt, gewinnt, indem er bleibt, bleibt, indem er redet, indem er schreibt, schreibt, indem er zuhört, ein gefährlicher Gegner.

Utopie und neue Theorie der Macht

— Zum Tod Rudi Dutschkes —

Die folgenden Auszüge haben wir aus der theoretisch-politischen Wochenzeitung der KPI, "La Rinascita" (Nr. 1, 4. Jan. 1980) übersetzt.

(...) Ich weiß nicht, wie mancher darüber nachgedacht hat, daß Dutschke mit seinem Engagement für ökologische Themen seinem politischen Programm treu blieb. Er brachte damit abermals jene Idee vor, von der sein politisches Engagement Mitte der 60er Jahre ausging, nachdem er die "Manuskripte" und die "Grundrisse" gelesen hatte: die Idee der menschlichen Emanzipation (...) Er blieb auch darin konsequent, daß er für die einzig mögliche Strategie einer revolutionären Bewegung in den spätkapitalistischen Ländern den langen Marsch durch die Institutionen hielt. Einst blieb ihm gerade noch die Zeit, ihn zu proklamieren, bevor ihn die Schüsse aus dem Revolver eines Fanatikers, in Wirklichkeit bewaffnet mit der Haß-Kampagne der "Bild"-Zeitung und Axel Springers, jenem mächtigen Bewußtseins- und Wahrheits-Boß, niederstreckten. Und jetzt ist er gerade am Vorabend der ersten wirklichen, konkreten Erprobung dieser seiner strategischen Hypothese gestorben. Man hat dabei zu berücksichtigen, daß die metaphorische Übernahme der chinesischen Erfahrung keine einfache Orientierung auf die Dritte Welt, als vielmehr das Bewußtsein von der Spezifik der Industriegesellschaften und zugleich von dem, was Mao neu in die Geschichte der Revolutionen eingeführt hat, zum Ausdruck bringt.

Rudi Dutschke ist das Kind zweier Niederlagen: jener der deutschen Arbeiterbewegung und jener Deutschlands als Nation und Staat. Auch er wurde im Krieg geboren wie viele, die zugleich gegen die Nazi-Erfahrung immun blieben, gezeichnet von der Teilung des Landes (wie andere Wortführer der antiautoritären Bewegung Westberlins stammt auch Dutschke aus der heutigen DDR, machte seine ersten politischen Erfahrungen in der FDJ und hat die Zeit der Landkollektivierung direkt erlebt: von daher kommt jener protestantische Zug zur Enthaltsamkeit, der sich dann mit der Kritik an der Konsumgesellschaft verband), und er sah, wie unter seinen Augen sich "der alte Antisemitismus in Antikommunismus verwandelte". Er mußte sich, wie er gesagt hat, von "der großen Nacht, in die wir gefallen waren", befreien, indem er zunächst die Dimension der Geschichtlichkeit und dann die der Geschichte wieder eroberte. Hegel, Bloch und damit eine hartnäckige Anstrengung zur Wiederherstellung einer theoretisch-politischen Tradition, die verloren gegangen war in den Jahren des Nazismus, dann des Kalten Krieges und Erhards "formierter Gesellschaft", jener utopischen Projektion einer vollständig befriedeten und von Konflikten "befreiten" korporativen Gesellschaft.

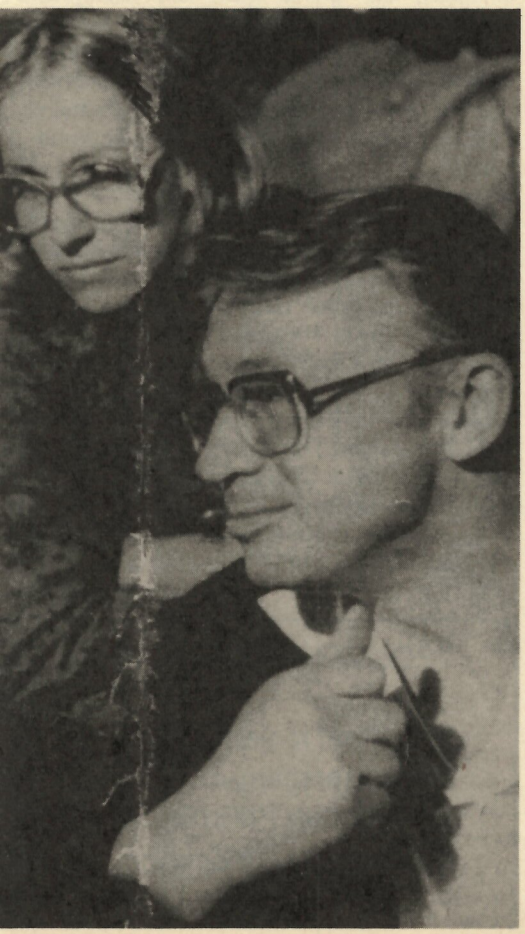
(...) Die Schubkraft, die ihn und eine ganze Generation zur Aktion trieb, war die Solidarität mit Vietnam, der Kampf gegen den Imperialismus und das, was Oskar Negt als "die abstrakte Präsenz der Dritten Welt in den Metropolen" bezeichnet hat: von Kuba bis zur Kulturrevolution. Der Aufstand der "Rand"-Völker und jener der in der spätkapitalistischen Gesellschaft an den Rand Gedrängten bildete den theoretischen und existenziellen Horizont (seinem Sohn gab er den Namen Hosea Che), in dem sich das Bewußtsein entwickelte von der kritischen Natur des kapitalistischen Akkumulationsprozesses und von der Aufgabe der notwendigen "Aufklärung", um das "falsche Bewußtsein" zur Explosion zu bringen, das die Massen gefangen hält und verhindert, daß sie sich aufrichten. Die Gefahr einer vereinfachenden Reduktion der revolutionären Strategie auf einen Gestus, der den "Nebelschleier" des Fetischismus zerreißt, auf einen Akt, der die Emanzipation will und die hohe Komplexität des Machtsystems vergißt, das die materielle Reproduktion auch von Rollen und Kultur in der hoch entwickelten Gesellschaft bestimmt, war gewiß gegenwärtig in seiner politischen und theoretischen Arbeit. In einer harten und historischen Auseinandersetzung bezichtigte Habermas ihn und die ganze Bewegung des Aktionismus, und er sagte wörtlich: "Dutschke hat hier eine voluntaristische Ideologie entwickelt, die man im Jahre 1848 utopischen Sozialismus genannt hat, die man aber unter den heutigen Umständen – jedenfalls glaube ich Gründe zu haben, diese Terminologie vorzuschlagen – 'linken Faschismus' nennen muß." (Dutschkes Antwort ließ nicht auf sich warten: "Habermas schlägt mit seinem begriffslosen Objektivismus das zu emanzipierende Subjekt tot"). Auch wurde die historische Dialektik mitunter reduziert auf den Kampf gegen oder für die Emanzipation, indem Horkheimers Ausführungen über den "Autoritären Staat" vereinfacht oder überspitzt wurden: "Die einzige raison d'être dieser Form der Klassenherrschaft besteht darin, mit allen Mitteln die Emanzipation der Massen zu verhindern." Und die politisch-institutionelle Sphäre wurde, als Ergebnis eines historischen Enteignungsprozesses der Funktionen des Parlaments, einfach zur "Interessen-Börse" verkürzt.

Gewiß wird man, wenn man heute jene Streitschrift wieder liest, sich nur allzu leicht gewahr, daß Habermas zwar Recht hatte, zugleich aber ungerecht und politisch unproduktiv ist. Übrigens hat er selbst die These über den "linken Faschismus" berichtigt und sprach vorsichtiger und weniger offensiv von der "Scheinrevolution". Es gibt in der Tat im ganzen Werk und im Denken von Dutschke einen radikalen Antijakobinismus, der aus der Kritik am Stalinismus und an der manipulierenden Gewalt des bürgerlichen Staates entspringt, aus dem Vertrauen in die Möglichkeit der Massen,

Rudi Dutschke auf dem Programmkongreß der Grünen

sich selbst zu regieren: "Eine sozialistische, revolutionäre Alternative zur gegebenen Ordnung ist allein möglich als bewußter Akt der Mehrheit der lohnabhängigen Massen. Nur so ist die Alternative möglich und nur auf diese Art wird es möglich sein zu vermeiden, daß wieder eine Minderheitsgruppe beginnt, eine Masse von Personen zu unterdrücken, die sich normalerweise entwickeln könnte, bis sie Mehrheit wird". Deshalb wurde er nie Opfer jener Verzweiflung, die eine Intellektuelle wie Ulrike Meinhof ergriff, oder jener leichten Hoffnung, einfach Schluß machen zu können, um ein Beispiel zu geben. Vergeblich wird man deshalb versuchen, Dutschke und die ganze Bewegung von '68 mit dem Schandmal des Terrorismus zu versehen. Wenn es überhaupt einen Vorwurf zu machen gibt, so umgekehrt der eines allzu großen Vertrauens in den Lauf der Dinge und der Menschen.

Rudi Dutschke ist vielleicht der Repräsentant eines modernen Typus von Berufsrevolutionär: eine Figur, die von der Entwicklung der Produktivkräfte und des gesellschaftlichen Reichtums dazu gebracht werden kann, sich "der Revolution" zu widmen, auch wenn er dabei nicht die Unterstützung einer Organisation hat, und der deshalb nicht nur die Rolle, sondern die Funktion selbst der Intellektuellen neu bestimmt. Er hat, vielleicht nicht immer mit den geeignetsten Mitteln, versucht, den Herrschaftsmechanismus, die Logik der Macht und des Politischen "aufzubrechen". Heute wissen wir, daß zur Gesellschaftsveränderung mehr Entzauberung nötig ist und daß eine kritische Haltung allein nicht mehr genügt. "Links vom Möglichen beginnt der Putschismus", schrieb Benjamin einmal: die wirkliche Schwierigkeit besteht dann darin, **das Mögliche** zu bestimmen. Dutschke hat seinen Beitrag geleistet: er hat gezeigt, daß auch die Utopie ein konstitutiver Bestandteil nicht nur des Möglichen, sondern im Grunde auch einer neuen Theorie der Macht ist.



Spendenaufruf für Rudi Dutschke's Familie

Rudi Dutschke, der als freier Schriftsteller lebte, hat bei seinem plötzlichen Tod seine Familie in gänzlich ungesicherter Lage hinterlassen.

Seine Frau ist mit einer wissenschaftlichen Forschungsarbeit beschäftigt und wird für längere Zeit wegen ihrer Kinder (12 und 10 und ein zu erwartendes drittes Kind) nicht zu einer Berufstätigkeit in der Lage sein.

Ein erster Aufruf zu Spenden für die Familie Dutschke in Verbindung mit der Todesanzeige und der Beerdigung hat ein erfreuliches Echo gefunden. (Wir werden in Kürze diese Zahlen veröffentlichen). Aber die eingegangene Summe ist weder für den Unterhalt der Familie in den nächsten Jahren noch für die Sicherung der Ausbildung der Kinder ausreichend. Wir bitten deshalb sowohl um weitere Spenden – aber vor allem auch um feste monatliche Zahlungszusagen über einen längeren Zeitraum durch Dauerauftrag von DM 10,-- aufwärts. Möglichst in Höhe von DM 50,-- und mehr.

Wir werden nach einiger Zeit über die finanzielle Situation von Rudis Familie den Spendern einen Bericht geben.

Wir erbitten diese Spenden auf das Konto der Evangelischen Studentengemeine, Geschäftsstelle Berlin, Carmerstr. 11, 1000 Berlin 12 – diese Spenden sind steuerabzugsfähig.

- Berliner Bank AG, Berlin, Sonderkonto Rudi Dutschke, Kto-Nr. 11020 50 402;
- Postscheckkonto Berlin (West), Sonderkonto Rudi Dutschke, Kto-Nr. 378 48 - 103.

CAROLA BLOCH
INGEBORG DREWITZ
HELMUT GOLLWITZER
KLAUS MESCHKAT
GISELA SOMMER

Die Heroldisierung der Justiz

"Das natürliche Interesse eines jeden, nicht unschuldig verurteilt zu werden und vor Gericht seine Unschuld durch Aufklärung des wahren Sachverhalts beweisen zu können, kann sicherlich nicht hoch genug eingeschätzt werden. Das Interesse an der Wahrheitsfindung will der Gesetzgeber aber ... nur insoweit berücksichtigt finden wissen, als die Aussage nicht dem Wohl des Bundes, des Freistaates Bayern oder eines anderen deutschen Landes Nachteile bereitet oder die Erfüllung öffentlicher Aufgaben ernstlich gefährdet oder erheblich erschwert."

Mit der Begründung wies das Verwaltungsgericht München einen Antrag zurück, die Namen dreier Polizeibeamter preiszugeben, die den Taxifahrer Günter Jendrian, ohne von ihm bedroht worden zu sein, erschossen hatten. In einem Flugblatt war deshalb der Mordvorwurf erhoben worden. Ohne die Möglichkeit unmittelbarer Befragung der Schütze 1, Schütze 2 und Schütze 3 genannten Polizeibeamten war den angeklagten Flugblattverteilern die Chance genommen, sich durch den Wahrheitsbeweis des Verleumdungsvorwurfes zu erwehren.

Nun darf man aber nicht glauben, auf eine bayerische Spezialität politischer Justiz gestoßen zu sein. Begründungen dieser und ähnlicher Art werden vielmehr in einer Vielzahl von Strafverfahren vorgetragen und akzeptiert. Insbesondere in Fällen, in denen durch V-Leute die Überführung eines Straftäters bewirkt werden sollte, wird die mündliche Zeugenvernehmung und die damit zwangsläufig verbundene Enttarnung unter Berufung auf das öffentliche Wohl oder die Gefährdung des Funktionierens der Sicherheitsbehörden verhindert. Das Interesse eines Einzelnen, zudem mit Verlust seiner Freiheit Bedrohten an umfassender Sachverhaltsaufklärung wird hintangestellt; selbst die Bestimmung, ob das öffentliche Wohl eine präzisere Sachverhaltsermittlung vertragen hätte, vollzieht sich hinter dem Rücken der Beteiligten des Strafverfahrens. Die gesetzlichen Vorschriften, derer man sich hier bedient (§ 54 StPO in Verbindung mit den jeweiligen Vorschriften des öffentlichen Dienstrechts), kennzeichnen eine Sollbruchstelle des Rechtsstaats. Sie setzen das Menschenrecht (Art. 6 Abs. 3 MRK) außer Kraft, Be- und Entlastungszeugen bestellen und unmittelbar befragen zu können. Ihr Einsatz gibt Staatsschutz- und Sicherheitsbehörden – meist im Zusammenspiel mit den angerufenen Gerichten – Mittel in die Hand, einen Strafprozeß bis ins Detail zu steuern: Zweimal schon verurteilte das Landgericht Berlin im sogenannten Schmückerprozeß die Angeklagten zu lebenslänglicher, acht- bzw. vierjähriger Freiheitsstrafe. Die Verurteilung erfolgte, nachdem von der Verteidigung im Prozeßverlauf bislang elf parallele Verfahren vor Berliner Gerichten anhängig gemacht wurden, die ausnahmslos darauf zielten, die

Zeugenvernehmung evtl. tatbeteiligter, zumindest aber informierter Verfassungsschützer zu ermöglichen. Von diesen Verfahren sind gerade drei abgeschlossen, die restlichen liegen teilweise seit fast vier Jahren in den Gerichtsschubladen. Währenddessen befinden sich zwei der Angeklagten schon mehr als fünf Jahre in Untersuchungshaft. Trotz des Versuchs der Verteidigung, den Alibi-Beweis der Angeklagten anzutreten, kam das Gericht, ohne den Verlauf dieser Verfahren abzuwarten und die Verhandlung auszusetzen, zum Strafausspruch. Bislang unwidersprochen kann behauptet werden: der ermordete Ulrich Schmücker sei V-Mann des Verfassungsschutzes gewesen, ebenso der Kronzeuge Bodeux. Möglicherweise habe ein Kontaktmann des Verfassungsschutzes an der Ermordung teilgenommen.

Nichts gesehen – nichts gehört

Die beiden vorerwähnten Fälle blieben in der Öffentlichkeit eher unbeachtet. In der Tat gehen sie in der Alltäglichkeit der Justiz unter. Erst das umgekehrte Ereignis öffnet wieder den Blick auf die gesteuerte Unabhängigkeit der Justiz: auf offensichtliche Veranlassung des Bundesinnenministeriums wurde im Frankfurter Prozeß gegen Astrid Proll der Bericht zweier V-Leute des Verfassungsschutzes zum Gegenstand der Verhandlung. Die über Jahre gehegte Vermutung, bei den Ereignissen im Februar 1971 seien sehr viel mehr Staatsschützer am Werke gewesen als zugegeben wird, bestätigte sich eher nebenbei. Wichtig war die Bemerkung der Augenzeugen: "Von den Schüssen der Frau habe ich nichts gesehen und nichts gehört."
Über Jahre hin wurden diese Berichte zurückgehalten. Die Bitte des Vorsitzenden im ersten Proll-Prozeß, es sollten weitere Tatzeugen des Verfassungsschutzes benannt werden, wurde abgelehnt: man könne keine weiteren benennen. Im öffentlichen Interesse lag es also, Astrid Proll einen versuchten Mord anzulasten und ihr über acht Jahre Elend aufzubürden: das Leben im toten Trakt mit seinen Folgen psychischer und physischer Versehrtheit, Bruch noch bestehender Kontakte, Untertauchen, das Sich-Einrichten im Zustand exilierter Verfolgtheit, neue Verhaftung und schließlich Auslieferung an eben die Behörden, die einst die Bedingungen des Verlustes an Leben bestimmten.
Der politische Hintergrund des Unterschieds zwischen Proll- und Schmückerverfahren ist wohl mit dem Hinweis auf die Trennung Astrid Prolls von den Gruppen des bewaffneten Kampfes richtig beschrieben. Ob die Angeklagten des Schmücker-Verfahrens jemals auch nur die Chance hatten, entsprechend zu überlegen, ist bei den Haftbedingungen der meisten Gefangenen konspirativer Politik zu bezweifeln. Und über den Zusammenhang zwischen der Inhaftierung im toten Trakt von Köln-Ossendorf – inzwischen geradezu Symbol unmenschlicher Haftbedingungen – und der weiteren Entwicklung der Stadtguerilla, können auch ohne Verschwörungstheorie berechtigte Spekulationen angestellt werden.

Sicherheitsbehörden als Steuerungszentrum der Justiz

Jenseits der Aktualität zeigen diese Beispiele den jederzeit steuerbaren Übergang der Strafjustiz vom Organ zur Ermittlung prozessualer Wahrheit zum Organ exekutivischer Sanktionsfindung, d.h. im politischen Strafverfahren verschwindet die individuell zu bestimmende Strafbarkeit hinter dem vorrangigen Ziel der Sicherstellung, derer man habhaft geworden ist. Ihr administratives Steuerungszentrum liegt bei den jeweils eingesetzten Sicherheitsbehörden. Deren unmittelbare Legitimation liefern die angeblich ermittlungsführenden Staatsanwaltschaften bzw. die Bundesanwaltschaft. Über die Kooperation dieser Behörden mit Hilfe modernster Informationstechnologien zu sprechen, ist ein besonderes Thema. Hier genügt es, auf die sehr traditionelle Form der Zusammenarbeit hinzuweisen, die der ehemalige Bundesanwalt Martin beschrieb: "Bei gegenseitigem Verständnis und gutem Willen aller beteiligten Stellen wird sich wohl fast immer ein gesetzlich vertretbarer Weg finden lassen, die operativen Belange des Verfassungsschutzes und die Notwendigkeit einer wirksamen und zügigen Strafverfolgung aufeinander abzustimmen." Von narzißtischen Ergänzungen einmal abgesehen (z.B. ich und Herold, anstatt: alle beteiligten Stellen) hat noch jeder Nachfolger im Amte Martins es für nötig befunden, diese besondere Eleganz im Umgang mit gesetzlichen Befugnissen fast wortgleich hervorzuheben.
Der Anspruch auf wirksame und zügige Strafverfolgung ist nur dann einzulösen, wenn der Justiz ein Rest an Unabhängigkeit gewährt wird. Ihre Glaubwürdigkeit darf nur innerhalb gewisser Grenzen strapaziert werden, denn es bedarf zumindest eines matten Scheines Gerechtigkeitsideologie, um Strafaussprüchen auch gesellschaftliche Wirkung zu verleihen: es darf nicht abgekartet aussehen.
Selbst die Erhaltung dieses Restes liegt in den Händen der Sicherheitsbehörden: theoretisch läßt sich das leicht aus den Begriffen "Wohl des Bundes oder eines Landes" oder "Gefährdung der Erfüllung öffentlicher Aufgaben" ableiten. Beidesmal geht es um Wirksamkeitserfordernisse, die einzig von Verwaltungsstellen, zumal von den im Geheimen tätigen Diensten bestimmt werden können. Ihre gerichtliche Kontrolle ist durch das Informationsmonopol der Behörden eher aussichtslos und führt meist nur zu legitimatorischer Absicherung: Wer soll schon wirksam überprüfen können, ob die Preisgabe eines V-Mannes, dessen Nähe zum Tatgeschehen im Einzelnen noch unbekannt ist, dem Wohl des Bundes oder eines Landes schadet – ein Wohl über das zu streiten vor den Gerichten ohnehin ein mühseliges Unterfangen ist.
Praktisch ergibt sich die Befähigung zu manipulierender Steuerung aus der gezielten Aufbereitung und Zusammenstellung der Ermittlungsergebnisse und darüber hinaus aus der Zielsetzung, mit der Ermittlungen geführt werden. Gerade vor dem Hintergrund des Proll-Prozesses läßt sich die These bestätigen, daß im Zusammenspiel der Staatsschutzbehörden nicht nur Strafverfolgungsinteressen verfolgt wurden, sondern Kriminalität produziert wurde. Auch wenn man damals noch keinen Toten zur Verfügung hatte, propagierte man den mörderischen Terroristen. (Das erste Opfer war dann Petra Schelm). Der damals aufgebaute Verfolgungsapparat – dessen Observationserfolg gar nicht so schlecht gewesen sein kann – bedurfte der Eskalation, um seine Berechtigung zu erweisen; die aufgewandten Kosten erzwangen herbeigeführte Nutzen.
Und unter der Grundannahme, daß die Mitglieder konspirativer Gruppen nicht erst einen Mord begehen müssen, sondern Mörder **sind**, wurden mit abenteuerlichsten Konstruktionen Ermittlungen eingeleitet, Fahndungserfolge produziert und Überführungen vor Gericht geplant. Die Verfahren wegen Werner Hoppe, P.P. Zahl aber auch das glücklicher ausgegangene Verfahren gegen K.H. Roth und Roland Otto sind Beispiele hierfür.
Schließlich steht den Verfolgungsbehörden über die Manipulation des Zeugeneinsatzes hinaus in der Einflußnahme auf die Haftbedingungen ein weiteres, nicht zu unterschätzendes Mittel zur Verfügung, das Strafverfahren im erwünschten Sinne zu prägen: die Isolation ist der Ansatzpunkt, Gefangene entweder zu zerbrechen, gegen die eigenen Genossen umzukehren und als für alle Seiten unglaubwürdige Kretins untergehen zu lassen. Ruhland und Müller, Speitel und Dellwo wurden wohl auch hierdurch instrumentalisiert. Im anderen Falle wird die Isolation zur Bestätigung der "faschistischen, menschenvernichtenden und terroristischen Qualität des Staates" – auch diese Version läßt sich mit absehbarem Verurteilungserfolg vor Gericht präsentieren: die Beteiligten geben sich gegenseitig Recht.
Mit dem Hinzufügen bislang zurückgehaltener Zeugenaussagen im Proll-Prozeß ist vielleicht eine Lücke eröffnet worden. Es wird eine Auseinandersetzung innerhalb des sonst so monolithischen Apparates erkennbar, die vielleicht Fronten in Bewegung geraten läßt. Die Eröffnung der Möglichkeit, ohne zum Kretin werden zu müssen, politische Entwicklungen vollziehen zu können, ist sicher ein Fortschritt. Und gerade in Erkenntnis dieser Zwecksetzung lassen sich neue Forderungen zur Verbesserung der Haftbedingungen aller politischer Gefangener stellen. – Forderungen übrigens, die gewiß nicht die Kleingruppenisolation im Hochsicherheitstrakt zum Ziel haben dürfen, sondern die Integration in den Normalvollzug. Sie werden sicherlich von vielen Gefangenen ebenso kopfschüttelnd zurückgewiesen wie von der Bundesanwaltschaft.
Indes, die Decke, die gespannt ist, bleibt dünn und fadenscheinig. Zur Vertrauensseligkeit besteht kein Anlaß. Denn die Entscheidungsgrundlage im Innenministerium bleibt ambivalent. Hier sollte nicht vergessen werden, was Adolf Arndt 1961 vielleicht etwas pathetisch, wohl aber im Bewußtsein geschichtlicher Erfahrung formulierte: "Mit der letzten Gewißheit, daß es keinen Primat der Politik vor dem Recht geben kann, steht und fällt der Rechtsstaat. Wer von einem Primat der Politik vor dem Recht meint nicht lassen zu können, muß sich anrufen lassen, daß er sich auf schreckliche Spuren der Willkür begibt."

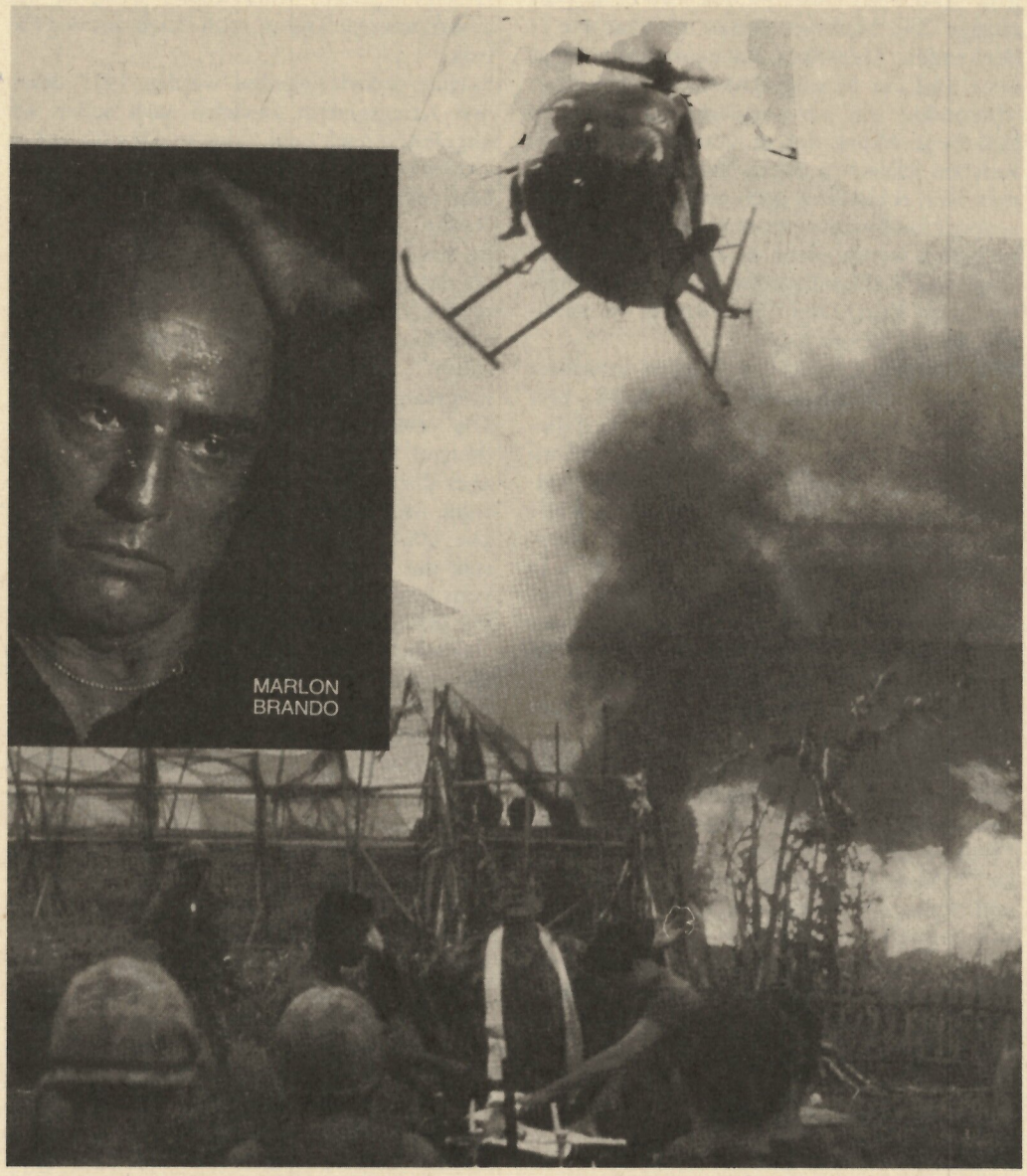
JÜRGEN FISCHER

»POLIZEISTAAT«

Der Staat rasiert sich.
Im Rasierspiegel
sieht er den Polizeistaat.
Er verbietet die Spiegel.

Arnfried Astel

Apokalypse damals — Apocalypse now



Die eigentlich qualitativ neue Gewalt in Vietnam – der Ökzid – ist nicht Thema des Films, sondern es ist die technologisch gereifte, ziellose Gewalt der amerikanischen Städte in einem Milieu, in dem der bedrohliche innere Feind zum tödlichen äußeren Feind wird, den die GI's kindlich-ängstlich, familiär-beschwörend Charly nennen.

Der Vietkong hat in dem Film nicht die Rolle eines Antagonisten, sondern eher jene der Moira, des unsichtbar aber unbeirrt wirkenden Schicksals. Apocalypse now ist kein Film über Vietnam, sondern über die US-amerikanische Realisierungsform einer allgemein werdenden Bewußtseinskrise, die in Europa am Ende des 19. Jahrhunderts eingesetzt hatte und im I. Weltkrieg ihren Höhepunkt erlebte ... und folglich doch ein Film über Vietnam. Ich versuche in dieser Besprechung zu zeigen, daß Coppolas Film eine ins US-amerikanische Kulturmilieu übertragene Fassung der literarischen Vorlage, der Novelle "Herz der Finsternis", Joseph Conrads, ist. Die Möglichkeit einer solchen in Abstand von fast 70 Jahren erfolgenden künstlichen Variation entspricht auf der realgeschichtlichen Ebene die Wesensgleichheit der von Conrad (ideologische Krise des europäischen Kolonialismus) und von Coppola (ideologische Krise des US-amerikanischen Neo-Imperialismus) behandelten Problematik.

Zwei Gesichtspunkte können anhand dieser beiden Werke diskutiert werden. Erstens sind beide Werke interessante Veranschaulichungen, wie eine objektive Krise der Gesellschaft vom Subjekt als Sinnkrise empfunden wird, das sein Handeln als in diese Sinnlosigkeit eingekerkert und real wirkungslos wahrnimmt; der tatgerichtete männliche Narzißmus sucht dann Befriedigung, indem er sich entweder eine Welt in diesem Kerker einrichtet, erdichtet, oder aber im zielbeliebigen Tatenrausch – faschisierend! – Realität zurückzuerobern versucht. Im ersteren Fall wird einer faschistischen Entwicklung tatenlos zugesehen, im letzteren tatkräftig zugearbeitet. Bei Conrad und bei Coppola ist Kurtz gleichzeitig Dichter und Gewalttäter.

Zweitens: Diese Erkenntnis erschließt sich erst der geschichtsbewußten Reflexion, die – das wird hier wohl gezeigt – in den Bildern Coppolas gespeichert ist. Sie entzieht sich einer sich selbst kommentierenden Unmittelbarkeit wie sie z.B. für Thomas Krögers Rezension ("TAZ", "Pflasterstrand") kennzeichnend ist, was dann zu Reflexen führt – in einigen Leserbriefen zu Recht bemängelt – wie dem lauten guruhaften Aufruf an die imaginäre Jüngerschaft zur Boykottierung des Films, wo meines Erachtens der stille Entschluß, sich den Film selbst doch noch ein zweites Mal anzusehen, angemessener gewesen wäre.

Conrads Novelle "Herz der Finsternis"

Diese beschreibt den Erkenntnisprozeß des Erzählers Marlow, dem in Afrika der letzte "besonnene Glauben" an die emanzipatorische und zivilisatorische Wirkung des Kapitalismus in imperialistischer Zeit abhanden kommt. Am Anfang steht die resignativ-bejahende Aussage, daß das vom Kapitalismus gestiftete historische Fortschrittsmoment der Nutzeffekt sei, der sich durch die erhabendsten und niederträchtigsten Charaktere hindurch durchsetzt. Der Einzelne kann sich aber im direkten Streben nach Verwirklichung dieses Fortschrittes sowohl mit dem Zeitgeist wie mit dem eigenen moralischen Anspruch versöhnen.

Als Kind hat Marlow davon geträumt, wie er als Erwachsener der Zivilisation einen noch weiß gebliebenen Fleck auf der Weltkarte erschließt. Als er dann ins Bewährungsalter gekommen ist, sind längst alle weißen Stellen der Weltkarte erforscht. Zwischen Idee und ihre Verwirklichung haben sich die organisaten Handelsinteressen geschoben. Das Weitere ist eine Odyssee der Desillusionierung, eine Geisterfahrt, vorüber an den Ruinen seines Glaubens. Das nach Entdeckung von Neuland nach Aneignung der Natur durch Arbeit strebende Individuum muß sich zunächst durch die schon äußerst verwaltete Welt würgen. Um den Befehl auf einem Dampfboot zu erhalten, muß er in den Vorstandsvorzimmern antichambrieren. Die Wissenschaft ist auch bereits mit von der Partie in der Gestalt eines bienenfleißigen Psychiaters, der seine besondere Theorie aus den Seelen in Afrika zugrunde gegangener Existenzen zu saugen bemüht ist. Unterwegs in das afrikanische Land, in dem sich der Strom, von dem er als Kind geträumt hat, befindet, begegnet er nur sinnverkehrten Verwirklichungen seiner Idee und hört Berichte vom moralischen Untergang einzelner Personen, die von derselben Idee wie er beschwingt gewesen waren. Ein französisches Schiff feuert in den Busch, obwohl weit und breit kein Feind zu sichten ist. Mitten im Dschungel trifft er einen Buchhalter, der leidenschaftlich an seinen Büchern hängt, "die sich in der schönsten Ordnung befanden. Alles sonst in der Niederlassung war in Unordnung". Ein Direktor verdankt seine Position lediglich dem Umstand, daß er dank seiner robusten Natur alle überdauert hat. Ein Ziegelbrenner wartet seit Jahren auf irgendein Zusatzmaterial. Nieten, um Marlows Boot zu reparieren, sind überall zu finden," ... und keine Niete war dort zu finden, wo sie gebraucht wurde".

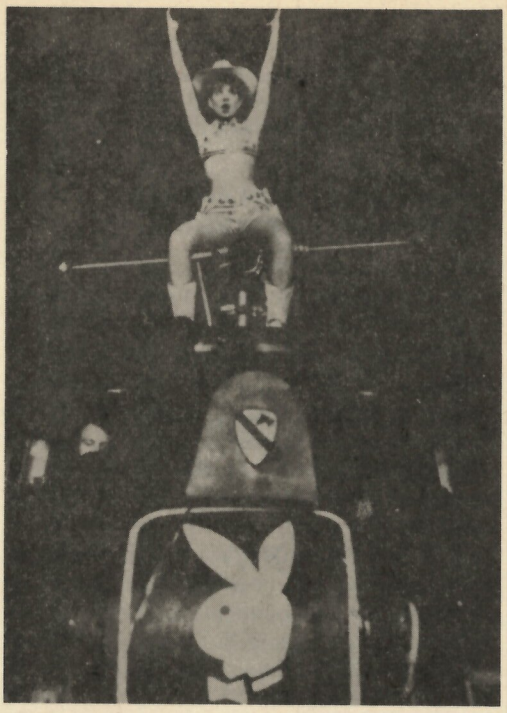
Was Conrad beschreibt, ist der Übergang von der frühkapitalistischen zur imperialistischen Phase und die damit einhergehende restlose Abstreifung des letzten Scheins kapitalistischer Ethik. In Großbritannien drückt sich das politisch in der Ablösung der Disraeli-

schen durch die Rhodessche Politik aus.
Disraeli verkörpert den auf die frühkapitalistische Dynamik und ihre spezifischen sozialisierenden Wirkungen setzenden Staatsmann. Dieser Auffassung entspricht auf der ideologischen Ebene das Ideal des schöpferischen Individuums als Agent der Geschichte. Rhodes' Zynismus ist vielleicht ebenso sehr Skepsis gegenüber den Selbstheilungskräften des Systems angesichts der Sprengkraft des sozialen Problems. Imperialismus nach Rhodes' Verständnis ist mindestens genauso Export des sozialen Problems als Import von Rohstoffen.
Das System stößt an seine sozialen Grenzen und stößt seinen Wertballast ab. Der Vulkan speit seine innerste Wahrheit aus: Akkumulation, und begräbt sein zivilisatorisches Grün unter der aschgrauen Habgierlava: Arbeit afrikanischer Sklaven statt europäischer freier Arbeiter, Konsum als soziales Zuckerbrot statt Sparsamkeit als soziale Peitsche, statt des schöpferischen Einzeln das scheffelnde Individuum, statt Reichtum und Selbstverwirklichung durch Arbeit Reichtümer und Selbstwertgefühl in der Vernichtung von anderen, statt Entfaltung durch Unternehmungen Erhaltung durch Verwaltung. "Den Eingeweiden des Landes Schätze zu entreißen, das war ihr Verlangen, und dabei schienen diese Menschen von keiner hochsinnigeren Absicht geleitet zu werden als Banditen beim Aufbrechen eines Geldschrankes".
Oder vielleicht gibt es dies doch, daß ein Einzelner mit einer besonderen charakterlichen Disposition die gegen ethisches Handeln gleichgültig bis feindlich gewordenen Verhältnisse intakt übersteht? Marlow hat unterwegs

über den in allen Hinsichten hervorragenden Herrn Kurtz gehört, einen Mann mit ethischen Prinzipien, der seine Stellung als Direktor nicht nur als Karriere, sondern auch zivilisatorisch zu verstehen scheint. Er ist Leiter der "inneren Station", und seine besondere Begabung wird ihn nach allgemeiner Auffassung bald an die Spitze des Unternehmens bringen. Mitten der Desillusionen wird es nun das einzige Ziel Marlows, diesen offenbar wie er denkenden Menschen kennenzulernen. Der erste Teil der Novelle schließt mit dem Satz: "Immerhin war ich neugierig, zu sehen, ob sich dieser Mann, der, ausgerüstet mit irgendwelchen ethischen Ideen hier herausgekommen war, schließlich doch noch zu einer Spitzenposition hinaufarbeiten und wie er zu Werke gehen werde, wenn er einmal oben angelangt war." (Das Ergebnis ist denkbar negativ, Herr Kurtz, der Übermensch, ist zu einem Wrack geworden)
Während bei Conrad das Problem in seinem historischen Kontext erkennbar bleibt, wird im deutschsprachigen Literaturraum insbesondere von Rainer Maria Rilke dieser Kontext verkannt und das Problem als ewig-tragisches existenzialisiert. Die Conradsche Reise ins Innere wird zum Verweilen in der Innerlichkeit, im "Weltinnenraum" (Vor allem in den als seine reifste Dichtung geltenden Duineser Elegien). Rilke vertont einer ganzen Generation aus der Geschichtlichkeit Vertriebener die nach Praxisentzug auftretenden Symptome der Katerstimmung und des Katzenjammers zum klangvollen Gesang des narzißtisch sterbenden Schwans. Schreibt dieser Generation die – inzwischen Allgemeingut gewordene – Losung auf die weiße Fahne: "Wer spricht von Siegen – Überstehn ist alles!" Diese Generation politisch Frustrierter und kulturell Kompensierender wird dann von der sich ihr bietenden Chance ergriffen, aus dem Getto der Selbstbespiegelung auszubrechen und auf das geschichtliche Bewährungsfeld zurückzukehren: das Schlachtfeld des I. Weltkrieges.

Krise im Abendland USA

Anders als in Europa haben sich die USA kaum an der Kolonialisierung, wie sie in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in großem Maßstab einsetzte, beteiligt; sie waren noch vollauf daran, die innere Kolonialisierung abzuschließen, die mit der Besiedlung des Nordwestens beendet wurde.
Anders als Europa hat das amerikanische Bürgertum nie eine Kultur (und auch keinen integrativen Nationalismus oder vereinheitlichende Religion) hervorgebracht, die in Abhebung von den feudalistischen Hofkulturen auch gewisse aristokratische Züge der letzteren übernommen hätte. Was davon auf den Plantagen des Südens entwickelt worden war, ging als gesellschaftsrelevanter Lebensstil mit dem Sieg der Yankees im Bürgerkrieg zu Ende.
Der amerikanische Traum des sich selbst verwirklichenden Einzelnen konkretisierte sich am Frontiermythos, am harten Mann des Westens, der mit der Natur kämpft. Dieser amerikanische Traum war tatbezogener als der eigentlich abendländische, voller Vitalität, und schien kaum anfällig für die Dekadenz, wie sie in Europa umging. Als die Grenze tatsächlich erreicht worden war, entstand als Massenhofsänger Hollywood, Traumfabrik, Mythen Unlimited. John Wayne ist die selbst legendäre Verkörperung dieser Legende in zahllosen Filmen, die ihn entweder als hartgesottenen Cowboy oder als tapferen Hauptmann der Kavallerie in dunkelblauer Uniform mit gelbseidenem Halstuch zeigen, der unter Trompetenschall seine Mannen zum Angriff führt. Als in der europäischen Kulturwelt das Dekadenzgefühl beherrschend wird, ist der amerikanische Traum noch frisch aus der Fabrik.
Soziale Schwierigkeiten wurden 1917 durch den Kriegseintritt zunächst nach außen hin abgeleitet, nach dem Krieg wurden die linken Gewerkschaften durch das gerade gegründete FBI zerschlagen, und 1920 setzte die Auto-, Radio- und Kühlschrankkonjunktur ein, die im siechen Europa dem Glauben an die USA als das Land der unbegrenzten Möglichkeiten neuen Vorschub leistete. Die USA hatte nach dem Ersten Weltkrieg ihre "verlorene Generation", die als solche (lost generation) ein literaturgeschichtlicher Begriff geworden ist. Die verlorene Generation: Hemingway, Nathanael West, Scott Fitzgerald u.a. wanderte aber dorthin aus, wo sie hingehörte: nach Europa, nach Berlin und Paris.
Die USA zogen sich, zumindest im Bewußtsein der Amerikaner, in "splendid isolation" vom kranken Europa zurück. Sie engten damit ihren Markt ein, als der Binnenmarkt für Verbrauchsgüter gesättigt war, Europa durch die monetäre Politik des Goldstandards daniederlag und sich die USA den europäischen Absatzmarkt durch ihr Beharren auf der Rückzahlung der Kriegsdarlehen – auch und gerade seiner nicht so wie Deutschland zur Ader gelassenen Verbündeten Großbritannien und Frankreich – verdorben hatte, brach die große Krise aus.
Erst nach dem Zweiten Weltkrieg festigten die USA in Bretton Woods ihre nun auch monetäre Vormachtstellung in der kapitalistischen Welt. In erbitterten Verhandlungen mit der britischen Delegation unter Führung von John Maynard Keynes schufen sie sich damit die Voraussetzungen für den Erfolg der nach dem Großen Krach nur dürftig anschlagenden New-Deal-Politik, für die eben Keynes die Theorie erfunden hatte. Herausragender Zankapfel zwischen den beiden Delegationen waren die "imperialen Präferenzen", die sich Großbritannien vergeblich in ihren noch existierenden Kolonien zwecks Wiederaufbau ausbedingen wollte. Der neue amerikanische Wirtschaftsimperialismus fegte überall den alten europäischen kolonialistischen Imperialismus weg. Die Politik war von langer Hand geplant worden. Der spätere südvietnamesische Präsident und Diktator Diem lag schon fertig in der Schublade amerikanischer Strategen – ohne Gesicht und ohne Namen noch, aber schon als Funktion.
Keynes' Rezept – und das des New Deal – hieß kurz: Vollbeschäftigung durch Rüstung und Konsum. Die Rüstung wird 30 Jahre später die Vietnamesen nicht besiegen können, der Konsum wird die Army besiegen.
1950 begann der Korea-Krieg. Erzeugt erneut eine Hochkonjunktur. Hollywood erzeugt nach John Wayne dem konsumfreudiger gewordenen Land eine neue Legende: Marilyn Monroe, die die Moral der Truppe in Korea durch indiskret verdecktes Bein und Busen heben soll. Das Bild der vor den begeisterten GIs tanzenden und singenden Marilyn Monroe ist das weitaus bekannteste Bild aus



dem Korea-Krieg. Hätten die USA im Korea-Krieg ihre Unabhängigkeit erkämpft, wäre das Bild der Monroe und nicht die Stars und Stripes in dem amerikanischen Banner.
1960 wieder Arbeitslosigkeit. Kennedy und Johnson versuchen wieder die Keynessche Wirtschaftspolitik. New Frontier nennt Kennedy das neue New Deal.
Der Vietnam-Krieg schafft die Bedingungen für den kurzfristigen Erfolg dieser Wirtschaftspolitik. Rüstung und Konsum. In Vietnam trifft das ein, was Max Weber, selbst Apologet der frühkapitalistischen Tugendhaftigkeit, befürchtet hatte und sich nicht auszumalen wagte:
"Auf dem Gebiet seiner höchsten Entfesselung, in den Vereinigten Staaten, neigt das seiner religiös-ethischen Sinnes entkleideten Erwerbsstreben heute dazu, sich mit rein agonalen Leidenschaften zu assoziieren, die ihm nicht selten geradezu den Charakter des Sports aufprägen. Niemand weiß noch, wer künftig in jenem Gehäuse wohnen wird, und ob am Ende dieser ungeheuren Entwicklung ganz neue Propheten oder eine mächtige Wiedergeburt alter Gedanken und Ideale stehen werden ..."

Das elende Ende der Legende

Der erste Teil des Films ist eine Folge von Szenen, von denen bis auf zwei filmische Umsetzungen von Metaphern sind, die auch in der europäischen Literatur vor und nach dem I. Weltkrieg als Symbol für das Ausweglosigkeits- und Dekadenzgefühl des Individuums stehen: das Tier als äußere Bedrohung und Sehnsuchtsträger des mit sich selbst uneins seienden Einzelnen (bei Rilke das Tier schlechthin, bei Coppola ein Tiger), die blindwütig schießenden Soldaten, obwohl kein Feind sichtbar wird (wie in Conrads Novelle), die Tötung als Entladung der inneren Angst, das Anfangsbild des Hauptmanns Willard (nahezu eine choreographische Umsetzung des Gedichts "Der Panther" von Rilke).
Die zwei Ausnahmen, die den ersten Teil dominieren, sind genuine Szenen amerikanischer Geschichte hollywoodscher Machart: Die bis zur Wahrheit verzerrten Bilder des John Wayne und der Marylin Monroe. Beide werden mit dem neuen Roß des modernen amerikanischen Helden eingeflogen: der Hubschrauber.
Oberst Kilgore trägt – ein Anachronismus in chronologischer Sicht, aktuell als Idee – das gelbseidene Halstuch der ehemaligen Yankee-Kavalerie und einen Cowboyhut auf der grünen Uniform. Der Hubschrauberangriff setzt ein unter dem aus John Wayne-Filmen stattsam bekannten Trompetenschall. Wagner-Musik suggeriert, daß es hier um die Abendlandkrise der USA geht. Das – wie Max Weber es nannte – zur agonalen (sportlichen) Leidenschaft verselbständigte ethische Erwerbsstreben – hier der leistungssportlich geführte Krieg im Namen der westlichen Zivilisation – gipfelt in dem absurden Entschluß Kilgores, eine Vietkongfestung zu schleifen, als er hört, daß es an dieser Stelle des Flusses ideale Wellen für Surfing gibt, die in vietnamesischen Gewässern ansonsten eine Seltenheit sind. Seine "Jungs" spricht er nicht an in der Art eines gewöhnlichen Oberst, sondern im besonders leistungsmotivierenden Kumpelton eines Coachs oder Fußballtrainers. "Napalm am Morgen" riecht wie Sieg. Die Ziele sind weit entrückt, der Leistungswille ist geblieben. Oberst Kilgore fühlt sich so zu Hause im leergewordenen "Gehäuse des protestantischen Geistes", daß er, so kommentiert der sich nicht mehr dazugehörig fühlende Hauptmann Willard, "nie einen Kratzer abbekommen wird".
Willard steht auch anteilnahms- bis fassungslos dabei, als die Hubschrauber die Schau einfliegen. Alles technologisch gesteigert im Vergleich zu den Urbildern. Aber der Hauch naiver Unschuld des Sex-Idols Marilyn Monroe ist aggressiver Geilheit, Pornographie des Todes gewichen. Das blonde Häschen (und das dunkelhaarige – vermutlich eine Anspielung auf Amerikas zweites Busenwuner der 50er Jahre, Jane Russel) pflanzt sozusagen als drittes Monroebein ein Mg zwischen die beiden anderen. Und die GIs sitzen nicht mehr jubelnd auf den Bänken, sondern stürmen die Bühne. Die Schau tut ihre Wirkung nicht mehr, sie tut sie zu sehr. Amerikas puritanische Maske fällt herunter, die Frustration von zweihundert Jahren stürzt sich von Sinnen ins Sinnlose.
Derweil ist Willards einziger Gedanke Oberst Kurtz. Kurtz hat offenbar die Konsequenz gezogen, ist ausgeschert und auf die Suche in seinem Innern gegangen. Nicht in Vietnam, sondern jenseits der vietnamesischen Grenze ins Ich. Dieses Innere allein beschäftigt Willard. Bis zur Grenze zur Innerlichkeit wehrt er die äußere Realität ab: Überläßt das Kommando des Bootes dem Steuermann, bis zur Grenze ist er nur "Passagier", "Tourist", "Fremder", "Zuschauer" im Geschehen. Das Fischerboot will er unkontrolliert vorbeifahren lassen, doch der farbige Steuermann besteht auf der äußeren Wirklichkeit. Das sterbende Mädchen tötet er, um nicht zurück ins Krankenhaus zu müssen und keine Zeit zu verlieren. Es ist nicht die Hingabe an seine Mission oder die Verachtung für alles Fremde und potentiell Feindliche, was ihn töten läßt, sondern die totale Unempfindlichkeit gegenüber der äußeren, auch der sozialen, Realität.
An der Grenze der Innerlichkeit übernimmt Coppola unmodifiziert die Novelle Conrads. Der auf der äußeren Realität bestehende Steuermann stirbt durch einen Speer aus der Welt der Innerlichkeit. Die schrille Dampfpfeife (die Sirene bei Coppola) vertreibt die in ihre Innerlichkeit Zurückgezogenen, die Flüchtenden vor der sie bis zum Schmerz reizenden "physiologischen Realität". Auch im zweiten Teil, die faschistische Republik Kurtzens, folgt Coppola weitestgehend (logischerweise) Conrad, handelt es sich doch um die in bürgerlicher Innerlichkeit angelegte Möglichkeit des Faschismus. In einem bestimmten Sinne ist "Apocalypse now" doch ein Film über Vietnam, über den Sieg der traditionellen Solidarität des vietnamesischen Dorfes über den in amerikanischer Stadt sozialisierten Menschen. Das Handeln des Vietkong ist Praxis, Tat im Hinblick auf das historische und kollektive Ziel der nationalen Befreiung. Sie begründet einen über den Einzelnen hinausgehenden mitmenschlichen Sinn. Und gleicht dadurch auch noch die ausgetüftelste Technologie und Strategie, Produkte okzidentaler Rationalität, aus, weil eben das menschliche Produkt dieser Rationalität so erbärmlich richtungslos ausfällt. Oberst Walter Kurtz wird dies am Ende des Films erkennen. Freilich wird er in seiner individualistischen Wahrnehmungsperspektive nur das Ergebnis, nicht den wesentlichen Unterschied zwischen dem amerikanischen Kampf und dem Kampf des Vietkong sehen, was seine Aussage zu einem Ausdruck schlichter Gewaltfaszination und faschistisch gesteigerten männlichen Narzißmus werden läßt: "Sie (der Vietkong) waren nach uns gekommen und hatten jeden von uns geimpften Arm abgeschlagen. Sie töteten und gingen dabei nicht zugrunde. Sie waren Männer, richtige Männer. Gebt mir zehn Divisionen solcher Männer und ich löse das Problem hier mühelos."

ROBERT DETOBEL

Die afghanische Krise

Der folgende Beitrag ist ein Auszug aus einem Redebeitrag auf dem vom Afghanischen Studentenverein veranstalteten teach-in im Audimax der FU am 18.1.80. Der Verfasser ist Hochschullehrer für Soziologie an der Uni Münster und hielt sich als "Feldforscher" 1966/67 sieben Monate in Kabul und vor allem in der südlichen Grenzprovinz Paktia auf.

"Es herrscht Ruhe im Lande" diese verräterische, aus einem, sollte man meinen, ganz anderen Kontext stammende Formel gebrauchte der sowjetische Journalist Grioriants am 30.1.1980 in Höfers Frühschoppen. Daß diese gewünschte Friedhofsruhe von der Sowjetunion durch ihren Einmarsch hergestellt werden mußte, wird durch verschiedene Verschwörungstheorien plausibel gemacht.

Nicht wenige Sozialisten lassen sich durch zwei Rechtfertigungen des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan verunsichern: es gehe 1. um die Abwehr einer imperialistischen Invasion und 2. um die Erhaltung der Errungenschaften der antifeudalen Revolution am 27. April 1978.

Die Legende von ausländischer Einmischung, insbesondere von der Gefahr einer imperialistischen Invasion seitens des CIA ist nur eine Schutzbehauptung, die das Versagen der afghanischen Kommunisten kaschieren und den russischen Einmarsch rechtfertigen soll. Seit bald zwei Jahrhunderten, seit den Tagen des britischen Diplomaten Elphinstone, ist Afghanistan ein Tummpelplatz für Agenten. Und sicher hat in den letzten Jahren der CIA seine Aktivitäten v.a. im Grenzgebiet von Afghanistan und Pakistan verstärkt. Aber diese Umtriebe sind nicht in erster Linie für den Widerstand gegen das Regime in Kabul verantwortlich. Die Stämme haben auch in der Vergangenheit im wesentlichen aus folgenden Gründen rebelliert: gegen drohende Umwandlung in eine Kolonie; gegen effektive Staatskontrolle; gegen Steuern; gegen den Wehrdienst in einer staatlichen Armee; gegen den Bau von Straßen und von Schulen (insbesondere für Mädchen).

Den Feudalismus abschaffen – ist eine richtige Zielsetzung, die meist nur in einem gewaltsamrevolutionären Prozeß durchzusetzen ist. Nicht erlaubt sein kann, das Scheitern dieses Prozesses durch militärisches Vorgehen gegen "rückständige" Völker von außen unter Mißachtung der nationalen Souveränität kompensieren zu wollen.

Großgrundbesitzer haben ein Naturrecht darauf, von ihren eigenen Knechten an die Wand gestellt und nicht von einem ausländischen Hubschrauber aus umgebracht zu werden. Widerstand gegen administrativ aufgezwungene Modernisierung ist eine primäre Verhaltensweise, die sich auch in Afghanistan nicht nur gegen Modernisierung seitens eines prosowjetischen Regimes gerichtet hat. Dazu bedarf es keiner Geheimdienstoperationen.

Wechsel der Außenorientierung - Fortdauer der Abhängigkeit

Die Anwendung der Agententheorie auf Volksrebellionen ist immer eine zweifelhafte Sache.

Was sind nun aber die Ursachen für die Verschärfung der Rebellion großer Teile des Volkes gegen ein progressives Regime bis zu dem Punkt, daß die sozialistische Schutzmacht einmarschieren muß und in unerhörter Brutalität einen Führungswechsel herbeiführt und sich im Lande festsetzt?

"Die Revolution (oder eher: der Staatsstreich) in Afghanistan ist sehr isoliert. Die Partei, die an die Macht gekommen ist, hatte vor der Machtergreifung wenig Kontakt mit den Massen; in ihren Reihen waren fast überhaupt keine Bauern und Arbeiter".

Diese Aussage eines Afghanen vom Oktober 1978 bezeichnet den gesellschaftlichen Kern der gegenwärtigen afghanischen Krise. Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan ist eine Folge des bezeichneten gesellschaftlichen Widerspruchs von Partei mit revolutionärem Anspruch und "rückständigen" Massen.

Gerade die militärische Abhängigkeit mit der fatalen Möglichkeit für das revolutionäre Regime, fehlenden Consens und unzureichende Mobilisierung durch "geliehene" militärische Macht kompensieren zu können, verhinderte die notwendigen Lernprozesse auf Seiten der politischen Führung wie der Massen.

In einer rückständigen Agrargesellschaft, in der es unter etwa 15 Millionen Einwohner nur 40.000 Industriearbeiter, aber beispielsweise zwei Millionen Nomaden gibt, konnte eine proletarische Partei keine Basis finden. Statt aber entsprechend der Lehre vom nichtkapitalistischen Entwicklungsweg eine neudemokratische Bewegung geduldig voranzutreiben, ließ sich die Demokratische Volkspartei auf den abenteuerlichen Weg einer vom Militär gestützten Revolution von oben ein. Die Parallele zu Äthopien ist deutlich.

Es gab gleichwohl schon vor 1973, dem Jahr des Sturzes der Monarchie, gute objektive Bedingungen für eine demokratische Bewegung. Die Verschuldung der Kleinbauern wuchs von Jahr zu Jahr; Versuche der Gegenwehr beantworteten Feudalherren in Badakhshan (z.B. 1966) mit der Verbrennung der Rebellen.

Das ancien regime war bis auf die Knochen korrupt. Die königliche Sippe genoß Zollfreiheit und zahlreiche umfangreiche andere Privilegien. Die Mitglieder des Königshauses benutzten dies, um mit zollfrei eingeführten Pkws etc. einen einträglichen Handel zu betreiben, womit sie sich den Haß der afghanischen Bourgeoisie zuzog. Damit nicht genug. Die Schwester des Königs soll Spenden für den Roten Halbmond, deren Präsidentin sie war, unterschlagen haben.

Zu dieser Korruption trugen auch die mulinationalen Konzerne bei. Insbesondere die Bestechung des damaligen Ministerpräsidenten Jussuf durch einen deutschen Konzern, führte zum Scheitern des parlamentarischen Experiments, nachdem im Oktober 1965 Studentenproteste vom Militär blutig niedergeschlagen worden waren. In das gleiche Jahr fiel auch die

Gründung der Khalqpartei.
Die von Daud während seiner ersten Amtszeit forcierte Modernisierung hatte das Land in tiefe Abhängigkeit vom Ausland verstrickt. Der Anfang wurde mit einem total gescheiterten überdimensionalen Bewässerungsprojekt (Helmand-Projekt) gemacht, dessen Kosten schließlich in Hunderte von Millionen Dollar gingen.
An diesem Fehlschlag bereicherte sich v.a. die US-Baufirma Morrison & Knudsen, die es auch versäumt hatte, die notwendigen Bodenanalysen anzustellen und somit für die Versalzung der Böden verantwortlich war.
Mit diesem gigantischen Fehlschlag wurde erst die ökonomische Abhängigkeit Afghanistans hergestellt. Sie wurde von den USA aufgebaut, aber der Sowjetunion gelang es, diese Situation zu nutzen und schon in den 60-er Jahren zum größten Gläubiger Afghanistans zu werden und obendrein durch Waffenlieferungen und Offiziersausbildung einen weitgehenden Einfluß im Offizierscorps zu erlangen.
Dieser Einfluß und die wachsende Empörung über die Korruptionspraktiken ausländischer Firmen und die Brutalitäten der von deutschen Polizisten ausgebildeten Polizei verstärkten die prosowjetische Orientierung der afghanischen Intelligenz. Im Bündnis mit Teilen der Armee stürzte eine kleine Führergruppe zuerst den Shah Zaher (1973) und schließlich seinen von ihm selbst eingesetzten Nachfolger Daud (1978).
Rückblickend muß es als verhängnisvoll erscheinen, daß sich der besonnenere Babrak Karmal nicht zu Anfang der Machtnahme in der DVP durchsetzen konnte mit seiner Konzeption einer graduellen Veränderung der afghanischen Gesellschaft unter Fortführung einer begrenzten Kooperation mit verschiedenen ausländischen Mächten, sondern vielmehr Voluntarismus und Militarismus die Oberhand gewannen. Selbstüberschätzung und Größenwahn charakterisieren die Khalq-Fraktion. Schon am Kabuler Flughafen werden die Reisenden von der "Modell-Revolution" begrüßt. "Unsere Revolution ist beispielgebend für die Entwicklungsländer; sie ist eine Innovation. Vorher ist man den Schritten der sowjetischen Oktoberrevolution gefolgt, aber seit der Saur-Revolution weiß jede Arbeiterklase in jedem Entwicklungsland, daß es eine Abkürzung gibt" – so Hafizullah Amin noch im Mai 1979 gegenüber einem westlichen Journalisten. Diese Sucht, originelle "Abkürzungen" zu forcieren, ist einer der Gründe für das Scheitern der Revolution.
Die wechselseitige Überbietung in solchen Abkürzungsstrategien führte zu einer Terrorherrschaft, die auch vielen Sympathisanten das Leben kostete.
Diese blutigen Machtkämpfe waren die Konsequenz einer Machtnahme durch eine modernistische städtische Elite, die nicht im Volk verankert war, sondern sich an ausländischen Vorbildern orientierte.
Für jeden afghanischen Sozialisten mußte nach den historischen Erfahrungen mit Arnanullahs Modernisierungsprojekten und ihrem Scheitern an der Rebellion der Volksmasse 1928-29 klar sein, daß vor einer radikalen Veränderung eine langwierige Aufklärungsarbeit in der Landbevölkerung zu leisten war. Es konnte nicht genügen, in Kabul und wenigen anderen Städten Studenten und Gymnasiasten zusammen mit unzufriedenen Arbeitern und Handwerkern zu Demonstrationen zu mobilisieren. Selbst wenn der Politisierungsgrad der städtischen Massen stärker gewesen wäre und nicht der Verstärkung durch putschende Militärs und ihrer sowjetischen Berater bedurft hätte, wäre ein solcher, auf die Städte beschränkter Umsturz von der Gefahr der ländlichen Konterrevolution bedroht gewesen. Am Beispiel der Agrarreform und des Widerstreits von Modernisierung und traditionalistischer Revolte sollen die strukturellen Widersprüche, an denen die Voluntaristen scheiterten, aufgezeigt werden.

Feudalismus und Agrarreform

Was heißt: Abschaffung des Feudalismus?
Hier wird nur eine halbe Information gegeben. In Afghanistan gibt es feudale und rentenkapitalistische Ausbeutungsverhältnisse. Nur etwa 20 % des Bodens wurde von freien Bauern (owner-cultivators) bewirtschaftet. Teilpachtsysteme und Schuldknechtschaft bestimmen die Verhältnisse auf dem Dorf.
Die afghanischen Dörfer sind aber nicht nur durch feudale Strukturen und durch rentenkapitalistische Abhängigkeit bestimmt.
Zugleich existieren immer noch Gentilorganisationen (patrilineare Verwandtschaftsgruppen) und Stammesinstitutionen. Diese Relikte der patriarchalistischen Gentilverfassung stärken nun aber die Ausbeutungsbeziehungen und immunisieren die Parasiten gegen die egalitären Mechanismen.
Der Khan, der erfolgreich die Interessen seines Stammes gegen den Nachbarstamm durchsetzt, macht vergessen, daß er und auch schon sein Vater den Stammesgenossen Land gewaltsam abgenommen hat. Der Malek, der von der Regierung Zugeständnisse erreicht, überspielt damit die Tatsache, daß er sich in den Jahren zuvor seine Interventionen bei der Verwaltung von den Interessenten bezahlen ließ.
Schließlich gibt es immer noch Überbleibsel der alten Dorfgemeinschaft in Form des Deputathandwerkertums. Der Bau von unterirdischen Kanälen (Karezen) schließlich ist eine Gemeinschaftsaufgabe, auch wenn sie von fremden Spezialisten verrichtet wird. In all diesen kollektivwirtschaftlichen Zusammenhängen haben die Khane und Maleks wichtige organisatorische Funktionen. Die Zerstörung der Feudalstrukturen durch eine Agrarreform müßte begleitet werden von einer Umorganisation gesellschaftlicher Funktionen, die bisher die Khane erfüllten, soll nicht das organisatorische Chaos eintreten.

Landreform

Die Landreform war von früheren Regierungen, insbesondere aber von Daud, immer wieder in Aussicht gestellt worden. Aber erst die Regierung Taraki nahm diese wichtige Aufgabe in Angriff. Schon am 17.7.78 war das Dekret No.6 veröffentlicht worden, das u.a. bestimmt, daß die Pachtschuld (grawi) nach fünf Jahren abgegolten ist. Am 2. Dezember 78 wurde das 8. Dekret zur eigentlichen Landreform veröffentlicht. Im wesentlichen geht es um die Festsetzung des Maximums an Boden bester Qualität (bzw. des Äquivalents für Böden schlechterer Qualität), das eine Kernfamilie selbst bewirtschaften darf. Alles Überschußland sollte entschädigungslos enteignet werden. Beabsichtigt war die Verteilung von 680.000 ha an eine gleichgroße Zahl von landlosen Bauern. Über die "Qualität" der Agrarreform gibt es widersprüchliche Urteile. Wenn die Regierung Mitte März 1979 die Verteilung von 148.000 ha Land an 75.000 arme Bauern bekanntgab, bedeutet dies noch nicht, daß damit mehr als eine juristische Fiktion geschaffen wurde.
Die Grundbesitzer und Klane haben vielfach wohl diesen Transfer geschehen lassen, aber unter der Hand die bisherigen Pächter die "Vorläufigkeit" dieser Maßnahme spüren lassen, zumal auch diese Reform von oben durchgesetzt wurde, ohne daß zuvor Bauernvereinigungen geschaffen wurden.

DOLLAR$ & TRÄUME
Studien für Politik, Ökonomie und Kultur der USA

bringt in Nr. 2/1980 Beiträge zu:

Wilde Streiks in der Autoindustrie
Organisierung der Textilarbeiter
Tendenzen der US-Oekonomie
Film- und Buchrezensionen
Reiseberichte

DOLLARS & TRÄUME
erscheint 2 x im Jahr
EINZELHEFT 12,- ABO 20,- im Jahr

zu überweisen an: G. Armanski, Sonderkonto USA, Postsch.amt Bln-W. Nr. 341974
Hrsg. von der Joseph Weydemeyer-Gesellschaft für sozialwissenschaftliche USA-Forschung, Postfach 311463, 1 Berlin 31

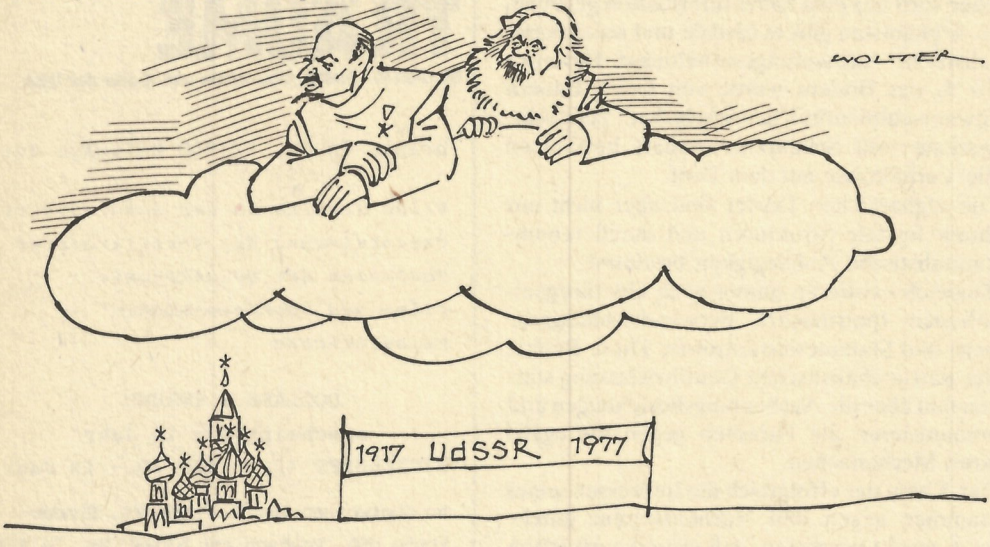
Der Klient (hamsaya) eines Khans strebt sicher danach, sich aus dieser Abhängigkeit zu befreien, aber nicht um den Preis, daß das ganze Land zum hamsaya, Klienten, Schatten einer Supermacht wird.

Widerstand gegen Modernisierung

Der Widerstand gegen die Modernisierung ist grundsätzlicher Natur und läßt sich nicht ausschließlich als Antikommunismus verstehen. Löbliche Vorhaben des Khalq-Regimes wie das Verbot kommerzieller Brautpreise und der Kinderheiraten waren bereits von Reformern wie Amanullah, aber in den letzten Jahrzehnten auch von aufgeklärten Mullans angegangen worden.
1958 kam es zu einem regelrechten Krieg der Mangal, eines pashtunischen Stammes gegen den afghanischen Staat. Anlaß war der Bau einer Straße und die beabsichtigte Eröffnung einer Mädchenschule. Der König konnte sich zwar zunächst gegen die Mangal militärisch durchsetzen. Aber diese gingen dann zum großen Teil nach Pakistan, von wo aus sie dann verhandelten. Sie kehrten erst zurück, als sie die Zusage erhalten hatten, daß auf der Mädchenschule nicht bestanden werden sollte.
Beispiele wie diese zeigen, daß die Stämme aus Eigeninteresse gegen Modernisierungsmaßnahmen rebellieren. Es bedarf dazu keiner Bestechungsgelder. Diese werden selbstverständlich, entsprechend alter Tradition, von den Stammesführern gern akzeptiert. Aber man kann diesen Widerstand analytisch nicht auf die Umtriebe von Geheimdiensten reduzieren. Schon in den letzten Jahren der Monarchie hat-

te sich die Feindschaft zwischen der islamischen Intelligenz und der progressiven Intelligenz verschärft und von den Städten, wo sie traditionell war, auf das Land ausgeweitet. Universitätsabsolventen, die versuchten, in ihren Dörfern Frauen zu alphabetisieren, wurden vertrieben oder gar erschlagen. Als verhängnisvoll hat sich der zynische Umgang mit der Tradition erwiesen. Einerseits haben Taraki und Amin offiziell immer wieder die Treue zum richtig verstandenen Islam beteuert, während gleichzeitig die Parteiintellektuellen religiöse Überzeugungen und Praktiken verhöhnten.
Dazu nur ein Beispiel: 1970 war zum 100. Geburtstag Lenins in "Parcham" ein Artikel erschienen, in dem dieser mit Ephitheta, wie sie nur dem Propheten zustehen, bedacht wurde. Die Antwort waren Demonstrationen von Mullahs in Kabul, die auf Lastwagen aus dem ganzen Land angefahren worden waren. Diese Demonstrationen nahmen einen solchen Umfang an, daß sich selbst die konservative Regierung zum Einschreiten genötigt sah.
Die unter der ideologischen Kontrolle der Mullahs stehenden Stämme stellen gegen **jede** Modernisierung programmierende Regierung ein konterrevolutionäres Potential dar. Dies ließe sich nur ändern durch 1. eine langfristige Basisarbeit auf dem Lande, 2. ein durchdachteres, die Stämme bereits bei der Konzeption hinzuziehendes Modernisierungskonzept.

CHRISTIAN SIGRIST



„Ohne rechthaberisch sein zu wollen, Karl – was ich schon vor 60 Jahren gesagt habe: Rußland ist reif für die Revolution!"

Die KPF ist aus besonderem Material geformt

Auf der XXII. Parteitag im Frühjahr 1976 entledigte sich die KPF einiger Ladenhüter des Marxismus-Leninismus. Jener Parteitag fand Beachtung weit über Frankreich hinaus. Man sah in ihm einen Versuch, sich der großen Herausforderung des Mai 1968 endlich zu stellen und nach neuen Konzeptionen gesellschaftlicher Transformation zu suchen, die sowohl den vielfältigen Emanzipationsinteressen in den spätkapitalistischen Gesellschaften als auch der mit aller Repression nicht mehr zu kaschierenden Krise des "real existierenden Sozialismus" Rechnung tragen. Die französische KP schien endlich auf den Zug des "Eurokommunismus" aufgesprungen. Zugleich ließ die anschwellende Dynamik der Linksunion darauf hoffen, daß die traditionelle französische Linke dabei sei, jene tiefe Identitätskrise zu überwinden, in die sie durch Frankreichs Verstrickung in Kolonialkriege und de Gaulles autoritäre V. Republik geraten war.

Namhafte Intellektuelle der KPF betonten allerdings schon damals, der Kampf um die Veränderung ihrer Partei habe noch gar nicht erst begonnen. Denn trotz der Übernahme "eurokommunistischer" Positionen und der verabschiedeten Verheißung eines eigenständigen "Sozialismus in den Farben Frankreichs" blieb die verknöcherte Struktur der Partei unangetastet. Undurchlässigkeit für jede Initiative von unten, autoritär-hierarchische Entscheidungsstrukturen und die (aus der späten Kominterm-Zeit und der illegalität überkommene) Ideologie der Einstimmigkeit charakterisieren die KPF als einen nach militärischen Regeln funktionierenden "Herrschaftsapparat" (Althusser). Die Geltung ihrer Geschichte erstreckt sich mithin nicht bloß auf die Vergangenheit. Für Althusser war die Preisgabe der Diktatur des Proletariats "eine symbolische Handlung, die es ermöglichte, einen spektakulären Bruch mit einer bestimmten Vergangenheit zu vollziehen, die als solche im Dunkeln gelassen wurde". In der Tat fand in der KPF bei allen neuen Positionen, die sie sich gleichsam über Nacht zugelegt hatte, bis heute keine kritische Reflexion auf ihre Geschichte statt. Diese wird parteiamtlich nur politisch eingesetzt zum apologetisch-legitimatorischen Nachweis, daß die Partei immer recht hatte: Geschichtslosigkeit als Prinzip. Die unbewältigte Geschichte lastet schwer auf der Gegenwart der KPF und holt sie immer wieder ein. Wie Jean Elleinstein in einem kritischen Beitrag in "Le monde" (8.1.80) schreibt: "An diesem Jahresanfang 1980 ist der eiserne Vorhang der Geschichte auf uns gefallen, die wir verwaltet werden von einer Führung, die unfähig ist, die Ereignisse zu meistern, und der es an Mut fehlt, die Realitäten unserer Zeit und unseres Landes anzugehen. Die Linksunion wird beiseite geworfen. Die innere Demokratisierung der französischen KP wird auf die sowjetischen Kalenden vertagt". Der Artikel trägt den auf Marchais' Moskau-Reise gemünzten Titel "Moskau Canossa".
Wenn die Parteiführung der KPF jetzt den sowjetischen Großmacht-Stiefel in Afghanistan als Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt in ihrem antiimperialistischen Kampf und als Beitrag zur weltweiten Kräfteverschiebung zugunsten der Kräfte des Sozialismus und des Fortschritts rechtfertigt, so liegt es nahe zu glauben, sie sei im Grunde trotz aller "eurokommunistischer" Bekenntnisse und Distanzierungen in Moskau stets ihrer aus den Zeiten der späten Komintern und des Kominform stammenden servilen Unterordnung unter die sowjetischen Staatsinteressen treu geblieben. Der "Eurokommunismus" als trojanisches Pferd Moskaus, wir haben es immer gewußt, schallt es jetzt wieder aus allen bürgerlichen Gazetten. Die Wirklichkeit ist allerdings komplizierter. Denn die Identifikation mit der sowjetischen Außenpolitik ist jetzt **nicht** mehr **Ursprung,** sondern vorläufiger Schlußpunkt einer politischen Regression der KPF, die zuhause begonnen hat.

Das jüngste Elend

Zuvor noch eine Bemerkung zum **Anlaß:** daß gerade die sowjetische Besetzung Afghanistans die neuerliche Regression der KPF wenn nicht ausgelöst, so doch unübersehbar manifestiert hat, ist kein Zufall. "Die Kolonialpolitik der französischen KP" ist nicht nur, wie Jakob Moneta eindringlich nachgewiesen hat, eines der schmutzigsten Kapitel ihrer Parteigeschichte, sondern bis heute auch eines der am wenigsten erhellten. KPF-Minister stimmten Sonderkrediten für die französische Kolonialarmee in Indochina zu, die Kämpfer der Algerischen Befreiungsfront (FLN) wurden von der KPF als "Provokateure" und "Agenten" denunziert, um nur zwei Beispiele aus der chronique scandaleuse einer international konterrevolutionären Politik anzuführen, die der Revolutionär Frantz Fanon treffend als "kommunistischen Paternalismus" kritisiert hat. Die KPF hat die antiimperialistischen Bewegungen der Dritten Welt, die ihre Identität seit je anders (wie immer ideologisch und politisch widersprüchlich) zu finden suchten, als es Stalins geschichtsrationalistisches Küchenrezept der fünf aufeinander folgenden Produktionsweisen erlaubte, noch nie anders einzuschätzen gewußt als mit Hilfe des eindimensional rationalistischen Schemas: entweder Fortschritt oder Reaktion, basta. Insofern bezeugen ihre neuesten Stellungnahmen zu Iran und Afghanistan, die man gewiß nicht ahistorisch mit Algerien gleichsetzen kann, daß sie aus der Entkolonialisierung der französischen Kolonien nicht nur nichts gelernt hat, sondern den komplizierten und widersprüchlichen Prozeß der Befreiung und Identitätsfindung in der Dritten Welt noch immer nicht begreift. Unfähig zur konkreten internationalistischen Solidarität, die doch in erster Linie darin bestünde, Giscards imperialistische Afrika-Politik zu stoppfen, identifiziert sich sich mit dem brüderlichen Export sowjetischen Fortschritts: Stellvertreter-Internationalismus.
Das jüngste Elend der KPF begann im Herbst 1977. Denn die einst größte Partei Frankreichs mußte die Erfahrung machen, daß ihr in der modernisierten Sozialistischen Partei Mitterrands, mit der sie seit 1972 verbündet war und der nicht zuletzt die sektiererische Abschottung der KP zu ihren Wahlerfolgen verhalf, eine ernsthafte Konkurrenz erwuchs, die sie selbst zum Juniorpartner der Linksunion zu machen drohte. Um das zu verhindern, suchte sich die KPF sozialen Schichten und Bedürfnissen zu öffnen – das ist die Substanz der "eurokommunistischen" Öffnung –, gegen die sie sich zuvor hermetisch abgeriegelt hatte. Jedoch kam dies

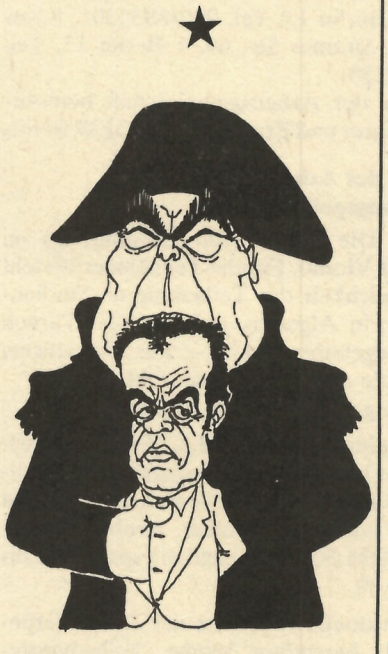
zu spät, um kurzfristige (Wahl-)Erfolge zu zeitigen. Geprägt vom Organisationsinteresse einer durch und durch traditionalistischen KP und wachsenden Profilneurosen gegenüber den Sozialisten, provozierte die Parteiführung im Herbst 1977 den Bruch der Linksunion und startete eine pausenlose Propagandakampagne zur Negativabgrenzung vom Sozialdemokratismus (als wären die Sozialisten 1972 revolutionärer gewesen als 1977), die noch kein Ende gefunden hat. Ihre unvermittelte Zickzack-Politik, die nicht nur die Massen, sondern auch die eigenen Parteimitglieder manipuliert, ist nur möglich, weil der stalinistische Parteiapparat unverändert funktioniert. Hatte jene Öffnung die traditionelle Identität der Partei in Frage gestellt (ohne ihr allerdings zum Sprung auf 25 % Stimmen zu verhelfen, den Marchais immer wieder als Ziel nannte), so sucht die erschreckte Parteiführung sie nun mit massiver Propaganda und Abgrenzung wiederherzustellen. Sie zieht dabei nicht nur alle Register des Taktizismus, sondern schreckt auch nicht davor zurück, die trübsten chauvinistischen und antideutschen Ressentiments zu mobilisieren, um sich gegenüber den mit der SPD liierten Sozialisten als eigentlich revolutionäre Partei und eigentliche Wahrerin nationaler Tradition und Interessen zu präsentieren. Die ideologische Annäherung der KPF an die nationalistischen Gaullisten hat man nicht zu Unrecht als "hysterischen Kompromiß" bezeichnet. Nur kann die KPF dabei nichts gewinnen, denn auf Chauvinismus versteht sich die Rechte allemal besser. Oberstes Ziel der Parteiführung war und ist, den Bündnispartner zu schwächen und die eigene Partei zu stärken. Damit stärkte sie – selffulfilling prophecy – den wirklich sozialdemokratischen, antikommunistischen Flügel in der Sozialistischen Partei. Aber noch schlimmer: da die Parteiführung selbst den Ausgang der Wahlen im März 1978 ihrem bornierten Organisationsinteresse unterordnete und den Wahlsieg der Rechten in Kauf nahm, trug sie aktiv zur Demoralisierung und Demobilisierung der Massen bei, die erstmals seit Jahrzehnten wieder auf die Verwirklichung eines mit Frankreichs republikanischer Tradition versöhnten Sozialismus zu hoffen gewagt und sich dafür engagiert hatten. Die fatalen Verschiebungen im politischen Klima Frankreichs hat Dany Diner vor kurzem ("links" Nr. 116, Nov. 79) skizziert.

Die KPF hat sich mit dieser im klassischen Sinn sektiererischen Politik, der die eigene Organisation wichtiger ist als die Emanzipation der Massen, innenpolitisch in eine gesellschaftliche und politische Isolation hinein manövriert, die an die fünfziger Jahre erinnert, als sie als proletarische Massensekte zur Propagierung eines fernen Kommunismus den Kalten Krieg überwinterte. Die Unfähigkeit zur konkreten gesellschaftsverändernden Politik machte sie damals wett durch Propaganda, Verbalradikalismus, militantistischen Aktionismus, Lagermentalität und Kompensationsideologie, man sei eben "keine Partei wie die anderen". Die Not der Isolierung wurde zur Tugend der eigenen Identität; Stalins oft zitiertes Diktum schmückte das selbstgefällige Sich-Einrichten in der gesellschaftlichen Selbstabschottung: "Wir Kommunisten sind Menschen von besonderem Schlag. Wir sind aus besonderem Material geformt."

Rückzug in die Festung

Das Problem der KPF in den siebziger Jahren liegt nun darin, daß sie sich öffnen muß, Parteiführung und der alte Apparat dazu über unfähig sind. Deshalb ist der Prozeß der Öffnung, seit 1972 zögernd eingeleitet, der mit innerer Logik auf einen Prozeß dr Selbstveränderung der Partei zutrieb, 1977 gestoppt worden. Mit Althusser zu sprechen: statt wie ein Fisch im Wasser sich zu bewegen, zieht sich die KPF, deren Führung vor nichts so sehr graut wie vor einer Bewegung, die sie nicht mit dem eigenen Apparat kontrollieren kann, wieder zurück in die "Festung". Zugleich entfernt sie dieser Rückzug diesmal nicht nur weit von jeder Möglichkeit, zur Änderung des seit der Überwindung der faschistischen Regimes in Portugal, Griechenland und Spanien am autoritärsten verfaßten Staates Westeuropas eine konkrete Perspektive zu entfalen. Vielmehr hat sich die KPF damit auch vom Eurokommunismus und der westeuropäischen Linken abgesetzt, was die Garnisonsmentalität noch zusätzlich verstärken muß. "Machiavelli sagt, daß derjenige, der eine Festung baut und sich darin zurückzieht, zum Gefangenen ihrer Mauern wird: Er ist dann nicht nur für den Krieg, sondern auch für die Politik verloren." (Althusser) Vielleicht beginnt die Parteiführung der KPF dies zu ahnen. Nur traut sie sich vorläufig noch nicht aus der Festung heraus, sondern baut stattdessen wieder auf die trügerische Unterstützung durch eine entfernte Truppe. Wenn die Eingeschlossenen schon unfähig sind, die V. Republik zu verändern, deren Staatsapparat und Ideologie die sogenannte Neue Rechte mit den Ungeheuerlichkeiten ihrer biologistisch-faschistischen Sozialtheorien durchdringt, so sollen sie sich wenigstens in der Gewißheit wähnen, daß in weltweitem Maßstab der Fortschritt über Imperialismus und Reaktion triumphiert. Die neuerliche, freiwillige Anlehnung an die Sowjetunion ist Folge des Rückzuges der KPF in die traditionellen Gewißheiten und Ausdruck der politischen Hilflosigkeit zugleich. Die KPF ist heute bei weitem nicht auf jener Höhe des Prinzips, das der junge Marx in Deutschland einst nur in der Philosophie fand, weshalb er "französisch zu lernen" begann. Gerade darauf käme es jedoch im Zeichen weltweiter Krisen und politischer Rückfälle in Spannung und Kalten Krieg zwischen den beiden Supermächten mehr als je zuvor an, will die westeuropäische Linke endlich auf eigenen Beinen gehen und nicht mehr bloß Anhängsel sein. Was die KPF angeht, so bleibt nur die Hoffnung, daß Unzufriedenheit, keineswegs erloschener Wunsch nach Einheit und Selbsttätigkeit der Massen Frankreichs, denen die Herrschenden erst recht keine Perspektiven zu bieten wissen, sie zwingt, bei Strafe ihrer Aushungerung die Festung wieder zu verlassen, zur unitarischen Politik zurückzukehren, und, um die Gesellschaft verändern zu können, sich selbst zu verändern.

BRUNO SCHOCH



IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Ludwigstraße 33, 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/82006 ● Redaktion "links" (ISSN 0024-404 X) zur Zeit: Helmut Burgwinkel, Roland Roth (im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich für diese Ausgabe), Hanfried Scherer, Jürgen Schmidt, Gudrun Witte ● Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Ludwigstraße 33, 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/82006. Verlagssekretär: Klaus Vack ● Erscheinungweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 2,00, Jahresabonnement DM 22,00 zuzüglich DM 6,00 Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach Nr. 17412695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt ● Druck: hbo-druck Einhausen ● Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospektkarte "links" + "express"; Prospektkarte "Jetzt abonnieren!"; Prospekt des VSA-Verlag "Sozialismus 1980".

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere ab 1.1.1980 "links" sozialistische Zeitung

Bezugspreis für 1980 DM 28,– (einschl. Versandkosten)
Das Abonnement läuft weiter, wenn es nicht bis zum 30. November zum Jahresende gekündigt wird.

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____

Datum: _____

Unterschrift

Roter Terminkalender

Februar-Programm der Manufaktur
(Gmünder Straße 36, 706 Schorndorf 1, Tel. 07181/61166)

10. Februar: Karl Napps Chaostheater.

15. u. 16. Februar: Theater in der Tonne aus Reutlingen gastiert mit "Die Gerechten" von Albert Camus.

27. Februar: Autorenlesung mit Yaak Karsunke.

AStA Göttingen

8., 9. u. 10. Februar: Wochenendtreffen für tätige und angehende Hausbesetzer in der besetzten Göttinger Augenklinik (wo es genügen Betten zum Übernachten gibt!). Erfahrungsaustausch und Überlegungen zur Aufhebung der Vereinzelung solcher Aktionen. Bringt Dokumenationen, Lieder, Filme usw. mit.
Informationen: AStA Göttingen, Nikolausberger Weg 9, 34 Göttingen (Tel. 394564-72)

Seminare des Spiel & Lernzentrum Braunschweig e.V.

Seminare fürSozialpädagogen und Erzieher (richten sich an Mitarbeiter aus Kindergärten und alle, die mit Kindern bis zu 7 Jahren arbeiten).
4.-5. Februar: Kindergärten anderer Länder
25.-26. Februar: Zusammenarbeit von Eltern und Erziehern
Jeweils vom Montag 10 Uhr bis Dienstag 16 Uhr. Teilnahmebeitrag: DM 34,--, dazu Kosten für Übernachtung (DM 6,50) und Essen sowie Arbeitsmittel.

Seminare für Lehrer (der 1.-6. Klasse):
16.-17. Februar: Gruppendynamik in Schulklasse und Kollegium
10.-11. März: Spiele für Viele
Jeweils von Montag 15.30 bis Dienstag 21 Uhr Teilnahmebeitrag: DM 38,--. Dazu: siehe oben.

Seminare für Eltern (von Kindern im Alter von 3-12 Jahren).
3. März: Mein Kind kommt zur Schule.
Montag von 20-22 Uhr. Teilnahmegebühr: DM 7,50. Weitere Informationen erbitten bei: Spiel & Lernzentrum Braunschweig e.V., Bruchtorwall 1-3, 3300 Braunschweig.

Tagungen und Kurse des Zyklus Bewußtseinsbildung.

9.-10. Februar: Die Bewußtseinsbildung und das Problem der Gewalt.
Sprache: Französisch. Ort: Opheylissen (Belgien); Ausgehend von den praktischen Erfahrungen der Teilnehmer und auf der Basis der Pädagogik Freires werden Machtstrukturen untersucht.
Anmeldung: Friedensuniversität, schreiben an Université de Paix, rue du Marché, 35, B-5200 Huy (Belgique)

29. Februar - 2. März: Zur Theorie und Praxis der Friedensarbeit.
Sprachen: Deutsch, Franz. und Niederl.
Ort: Bornheim-Walberberg.
Anmeldungen: Jugendakademie-Walberberg, 5303 Bornheim-Walberberg, (Tel. 92227-2095).

Harlan County U.S.A.

Auf der einen Seite: Streikbrecher, Schlägertrupps, schießwütige Vorarbeiter, Bundespolizei und gedungene Mörder. Auf der anderen Seite: singende, anklagende, verzweifelte Gesichter von Bergarbeiterfrauen nach einem Grubenunglück, bei einer Versammlung oder einer Demonstration, Männer mit vom Kohlenstaub zerfressenen Lungen. Keine Szenen aus dem 19. Jahrhundert, sondern bittere Wirklichkeit aus dem Amerika von heute. Der Film zeigt wie kein anderer die Auseinandersetzungen mitfühlend und dennoch unpathetisch. Er ist ein Monument gegen Gewalt und Unterdrückung, ein Beispiel für die Solidarität aller Betroffenen und ein eindringliches Dokument des armen, dreckigen Amerika.
Harlan County (16 mm, Farbe, Lichtton, 104 Min.) kann in der amerikanischen Fassung mit Originaldeutschen Untertitel ausgeliehen werden:
Zentral-Film-Verleih, Karl-Muck-Platz 9, 2 Hamburg 36.
Ab Mitte des Jahres steht eine synchronisierte Fassung zur Verfügung.
Für die Anschaffung des Films benötigt der Film-Verleih noch Darlehen in Höhe von DM 500.-- bis 2000,--.

15.-16. März: Bewußtseinsbildung und Selbstverwaltung. Sprachen: Fr. u. Nied. Ort: Tihange-Huy (Belgien). Anmelden: Université de Paix, rue du Marché, 35, B-5200 Huy.

17.-21. März: Die bewußtseinsbildende Aktionsforschung. Sprache: Fr. Ort: Paris.
Anmelden: INODEP, Avenue Reille, 34-F 75014 Paris.

Salecina-Seminare 1980

18.-25.5. Sozialarbeit – Caritas oder Solidarität – Anpassung oder Widerstand? Wie hält man den Beruf Sozialarbeiter aus?

31.5.-7.6. Erwachsenenbildung (Kleinkarierte Karrieren – Fortbildung oder exemplarisches Lernen zur Veränderung der Gesellschaft.

7.9.-14.9.: Die 3. Bloch-Woche. Programme anfordern! Vorschläge und Beiträge melden! Anschrift: Zeitdienst, Postfach 195, CH 8025 Zürich.

28.7.-8.8.80: Lehrertreffen, organisiert vom SZ Stuttgart.
Vorbereitung der inhaltlichen Gestaltung dieses Treffens am 26./27.4.80 bei einem Vortreffen im Raum Stuttgart (max. 40).
Anfragen "Anmeldung zum Vortreffen" bis 14.4.80. Lore Ritter, Lienzinger Str. 78, 7130 Mühlacker
Verbindliche Anmeldung für Salecina mit Anzahlung von 100 DM bis **15.6.1980:** Karin Krug, Rohrbacher Str. 40, 69 Heidelberg.

Schwules Pfingsttreffen für Lehrer und Erzieher am 24.-26. Mai in Hannover
Ziel unseres Treffens ist es, Möglichkeiten zu erörtern, gemeinsam gegen unsere Diskriminierung am Arbeitsplatz anzugehen.
Mehr Informationen: Detlef Mücke, Schlüterstr. 55, 1 Berlin 12, Tel. 030/8832301; Klaus Schreiner, Bremer Str. 64, 1 Berlin 21, Tel. 030/3955255.
Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft homosexueller Lehrer und Erzieher in der GEW Berlin.

Seminare des Arbeitskreises Entwicklungspolitik (AKE)

18.-23.2. Die Dritte Welt (Einführung) im Jugendhof Vlotho. Für die Teilnehmer besteht evtl. Möglichkeit der Teilnahme an Studienseminaren in Algerien, Spanien oder Türkei. Teilnahmegebühr: DM 80,--. Für Jugendliche, Studierende und Arbeitslose: DM 50,--. Anmeldung spätestens bis 10.2.80.

25.2. (Beginn 18 Uhr) - **29.2.** (Ende 16 Uhr): Spanien. Ort: Jugendbildungsgaststätte Gahlen bei Gelsenkirchen. Teilnahmegebühr: DM 70,--, für Studenten, Schüler, Azubis und Arbeitslose DM 50,--. Anmeldung spätestens bis zum 20.2.80.

8.-9.3.: Aktuelle Probleme der Ausländerpolitik. Ort: Jugendhof Vlotho. Teilnahmegebühr: DM 22,--. Für Jugendliche (bis 25 Jahre) und Ältere, die noch in der Ausbildung stehen: DM 16,--. Nähere Informationen: AKE, Postfach 1109, 4973 Vlotho.